DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

64 7. JAHRGANG JANUAR '90 5,00 DM

EUROPA GEGEN DEN STROM

The Show must go on

Ein Beispiel, Verbindungen innerhalb der radikalen, alternativen und unabhängigen Medienszene in Europa zu knüpfen, war das Festival „Europa gegen den Strom". Was war passiert, was wird für die Zukunft geplant? Die OrganisatorInnen des Festivals versuchen auf acht CONTRASTE-Seiten, zweisprachig Englisch/Deutsch, Antwort zu geben.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● Im September letzten Jahres fand in der Amsterdamer „Beurs von Berlage" drei Tage das Festival „Europa gegen den Strom" statt. Es präsentierten sich cirka 350 Aussteller einem Publikum von 6.000 Besuchern. Das Spektrum der TeilnehmerInnen umfaßte CassettenherstellerInnen, ZeitschriftenmacherInnen und andere MedienproduzentInnen aus 21 europäischen Ländern. Dieses dreitägige babylonische Sprachgewirr war auf europäischer Ebene einer der ersten Versuche, die unterschiedlichsten Medien, sowohl was die Form betrifft als auch von ihrer inhaltlichen Ausrichtung, räumlich und zeitlich zusammenzubringen. Das dies nicht ganz einfach ist, liegt auf der Hand (siehe auch CONTRASTE, Oktober 1989).

Als positiv empfanden viele Aussteller und Besucher allgemein die Möglichkeit, grenzüberschreitend zu anderen Gruppen und Individuen Kontakte zu knüpfen. Dies wurde auch reichlich genutzt: Anarchistische Gruppen aus den verschiedensten europäischen Ländern trafen sich während des Festivals und vereinbarten, in der Zukunft in Kontakt zu bleiben, sich gegenseitig mit Material zum Thema Europa auszutauschen. Die Palette der Kritik am Festival reichte von „Warum war das Mineralwasser teurer als die Suppe?" bis hin zum Vorwurf des Sexismus.

In der vorliegenden CONTRASTE haben die Amsterdamer VeranstalterInnen von „Europa gegen den Strom" acht Seiten redaktionell zusammengestellt, um ein Resümee zu ziehen. Intention der Veranstaltung, Einschätzungen des Ablaufs des Festivals, Gedanken zur Zukunft von „Europa gegen den Strom" werden ergänzt mit Reaktionen von BesucherInnen und AusstellerInnen.

Desweiteren zwei Beiträge zur Situation linker, alternativer und unabhängiger Medien in Europa am Beispiel der Sowjetunion (Osteuropa) und der Bundesrepublik Deutschland (Westeuropa). Auch wenn diese Beiträge natürlich nicht den Anspruch erheben können, repräsentativ für die Situation unabhängiger Medien in Europa zu stehen, so geben sie doch einen Einblick in die Unterschiedlichkeit und Breite der europäischen Medienszene. Es werden jedoch in dem Beitrag von M. Hoffmann (Westberlin) und M. Trofimenkow (Leningrad) auch Gemeinsamkeiten sichtbar: Der Sender „Radio Hafenstraße" in Hamburg als Teil einer Bewegung des Kampfes um Selbstbestimmung oder in Leningrad, wo ein ganzes Wohngebiet von Punks und Künstlern besetzt wurde. Alle diese Aktionen sind Ausdruck des Bemühens, Freiräume gegen die herrschende Kultur durchzusetzen. Die andere Seite der Medaille ist der Versuch der Unterdrückung, beispielsweise durch westdeutsche Zensurgesetze oder in der Sowjetunion, wo die rechte russische „Pamiat"-Bewegung versucht, eine Progromstimmung gegen avantgardistische KünstlerInnen und AktivistInnen zu erzeugen. Der Facettenreichtum von Unterdrückungsversuchen ließe sich bestimmt anhand von jedem beliebigen europäischen Land dokumentieren.

Als Premiere CONTRASTE diesmal zweisprachig (Englisch/Deutsch). Die acht Seiten „Europa gegen den Strom / Europe against the the Current" werden von den Amsterdamer VeranstalterInnen in mehreren tausend Exemplaren als Sonderdruck den verschiedensten Gruppen in Europa zugesandt, damit von den drei Tagen nicht nur das „allgegenwärtige, billige Amsterdamer Dope als gefühlsduselige Erinnerung bleibt".

Was bleibt, was kommt, wird sich in diesem Jahr zeigen. Der Vorschlag steht im Raum, das Festival fortzuführen sowie dieses Jahr Diskussionsveranstaltungen zur Vorbereitung eines zukünftigen Festivals zu organisieren (Ostberlin, Ljubljana, Mailand, Barcelona), um damit der Forderung des Manifestes von „Europa gegen den Strom" – „überschreitet existiertende Grenzen zwischen verschiedenen Disziplinen; bildende Kunst/Literatur/Musik/Theater/Film... fördert multidisziplinäre Erscheinungen (...) strebt nicht das Zusammenbringen einer Gruppe Gleichgesinnter an, sondern die Präsentation eines breiten Spektrums von Auffassungen" – eine Prise konkretes Leben einzuhauchen. ●

AUS DEM INHALT:

EG-SOZIALCHARTA

Was für eine Art von Freiheit haben wir -Gesamteuropäer- vom EG-Binnenmarkt zu erwarten, solange die soziale Dimension z.B. für die Briten kein Thema ist? Der freie Kapitalverkehr und die Grenzen der Armut: Soziale Minimalstandards, die für uns eine Selbstverständlichkeit darstellen, sind dies auf keinen Fall europaweit. Während Gewerkschaften sich auf europäischer Ebene für ArbeitnehmerInnenrechte einsetzen, haben vom Erwerbsarbeitsprozeß Ausgeschlossene keine Chance auf Vertretung ihrer Rechte. Von der Akzeptierung eines materiellen Existenzrechtes sind wir noch weit entfernt.
Siehe Seite 3

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Als Fortsetzung des Schwerpunktthemas vom Dezember '89, werden in dieser Ausgabe zwei weitere Energiegenossenschaften vorgestellt: Die Pfadfindergenossenschaft zur Nutzung alternativer Energien e.G., die in Westernohe im Westerwald ein Windkraftwerk errichten will, und die Wittmunder Elektrizitätsgenossenschaft, die inzwischen 10 Prozent des regionalen Energiebedarfs über ihre Anlagen produziert.
Näheres siehe Seite 5

FRAUENKRISENTELEFON

Seit 1982 gibt es in Westberlin ein Frauenkrisentelefon, das insbesondere von Gewalt betroffenen Frauen Hilfe von ehrenamtlich arbeitenden Projektfrauen bietet. Ob dieses Angebot nun auch nach Ostberlin ausgedehnt werden kann, wie überhaupt eine Zusammenarbeit Ost- und Westberliner Frauen in Zukunft aussehen kann, wird sich zeigen.
Auf jeden Fall ist sowohl im Ost- als auch im Westteil der Stadt ein großes Interesse da, sich auszutauschen und sich kennenzulernen. Auch wenn die Frauenbewegung in der DDR sicherlich auf einen anderen Stand ist als bei uns, begegnet frau dort natürlich sehr ähnlichen Problemen.
Berichte hierzu auf Seite 15

WIRTSCHAFT: DDR-BRD

Planwirtschaft und Sozialismus, Marktwirtschaft und Kapitalismus – auch wenn dies oft als untrennbare Begriffskoppelung erscheint, ist ein dritter Weg letztendlich möglich. Helmut Creutz versucht in seinem Beitrag, in dem er zunächst die Begriffe in ihrer Bedeutung unter die Lupe nimmt, einen solchen zu skizzieren.
Näheres auf Seite 17

UdSSR

Die Einführung privatwirtschaftlicher Elemente innerhalb der Planwirtschaft in der Sowjetunion birgt einige Schwierigkeiten in sich. Preissteigerungen führen natürlich dazu, daß die VerbraucherInnen den Geschäftspraktiken der Privaten mit Unmut begegnen, auch wenn beispielsweise in den privaten Genossenschaften ungewohnt schneller und qualitativ besser gearbeitet wird.
Siehe Seite 18

DDR: VEREINIGTE LINKE

Ein breites Spektrum linker Gruppierungen, von kritischen SED-Mitgliedern über Anhänger kirchlicher Bewegungen bis zu Antifas und Autonomen, versuchen momentan in der DDR eine -Vereinigte Linke- zu bilden.
Ein vorläufiges Ergebnis ist die -Böhlener Plattform-, in der die Linke ihre gesellschaftlichen Ziele für eine sozialistische Umgestaltung der DDR artikuliert.
Dokumentation auf Seite 16

P 8008 E

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Knete

Berliner Turnschuhbanker gehen nach drüben

Alternative Berliner Bürgschaftsbank im Aufwind / Eigenkapitalspritze in Höhe von 10 Mio. DM vom Berliner Senat erhalten / Förderschwerpunkte für feministische Wirtschaft und ökologische Investitionen / Büros in Rostock und Leipzig geplant

Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● Mit ihrer Satzung war die Berliner Haftungsassoziation seit eh und jeh gesamtberlinerisch angelegt. „Kleine-kooperative Betriebe" werden da durch Bereitstellung von Bürgschaften sowie Entwicklung und Beurteilung von Investitions- und Finanzierungskonzepten unterstützt.

Nun kommt eine Satzungsänderung ins Gespräch. Die Berliner SzenebankerInnen denken an die Eröffnung von Büros in Rostock und Leipzig. Vielleicht sogar bereits in diesem Monat wollen sie diesen Schritt in Angriff nehmen. Kontakte über die Evangelische Kirche machen es möglich.

Derzeit laufende Fördergespräche mit dem Berliner Senat drehen sich um die stolze Summe von DM 20 Millionen. Diese sollen dann in der DDR nach dem Modell der Bürgschaftsbank eingesetzt werden.

Das Modell Haftungsassoziation

Die Berliner Haftungsbank ist die ältere und – inzwischen – größere der beiden Alternativbanken in unserem Land. Die in der Rechtsform einer Genossenschaft gebildete Kreditabsicherungseinrichtung besteht seit nunmehr fast vier Jahren als Modellprojekt. Bereits 1984 hatte die Evangelische Landeskirche 1 Million DM Eigenkapital in Aussicht gestellt. In zähen Verhandlungen mit dem damaligen CDU-Senat waren Rückbürgschaften ausgehandelt worden.

Im Unterschied zur Ökobank, der anderen Szenebank hierzulande, vergibt die Haftungsbank aber nicht selber Kredite. Diese werden vielmehr im Zuge eines integrierten Betreuungs-, Beratungs- und Vermittlungskonzepts lediglich besichert.

Diese Art Kreditgarantiegemeinschaft besteht in der traditionellen Wirtschaft ohnehin für etliche der diversen Branchen. Der Clou bei den Berliner BankerInnen ist lediglich der, ein anundfürsich altes Finanzierungsinstrument nach neuen Interessen zu definieren. Es sind eben nicht die Unternehmensverbände, die hier den Ton angeben sollen, sondern kleine und kleinste, kooperativ arbeitende, eben Szene-Betriebe und ihre Bedürfnisse.

Dies verfolgen die BerlinerInnen unter anderem dadurch, daß neben den Selbstverwaltungsorganen ihrer, regionalen und damit ohnehin überschaubaren, Genossenschaft ein Bürgschaftsausschuß unter Beteiligung von VertreterInnen selbstverwalteter Betriebe Kreditvergabeentscheidungen betreut. Als Förderschwerpunkte derzeit gelten:

- Unternehmensgründungen mit Frauen als Selbständigen. Hier soll demnächst ein Bürgschaftssonderprogramm aufgelegt werden. Aber auch
- ökologisch orientierte Investitions- und Finanzierungsvorhaben in Kleinbetrieben. Dabei will die Haftungsassoziation sich nicht nur für solche Projekte verbürgen, sondern eine eigene Informations- und Beratungspolitik für eine ökologische Orientierung von Kleinbetrieben entwickeln.
- Des weiteren erarbeiten die Berliner HaftungsübernehmerInnen aktuell an einem Konzept zur Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen kleiner Unternehmen in der DDR. Gemeinsam mit ExpertInnen entwickelte Lösungsvorschläge sollen demnächst auf einer Fachkonferenz in Potsdam der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Die Erfahrungen mit dem Modell Haftungsassoziation gelten in Berlin als durchaus erfolgreich. Fachleute der (für Vergabe von ERP-Existenzgründungsdarlehen in Berlin zuständigen) Industriekreditbank möchten den Sachverstand der alternativen KollegInnen für den Bereich der Kleinbetriebe gar nicht mehr missen und der Senat gab Ende vergangenen Jahres eine kräftige Eigenkapitalspritze von 10 Mio. DM.

Nach Eigenkapitalausstattung und auch nach Ertragslage avancierte das Berliner Geldinstitut hiermit an die Spitze der alternativen Geldvergabeeinrichtungen. Besichert werden können mit solchen Mitteln immerhin Kredite in einem Gesamtumfang von ca 50 bis 80 Millionen DM. Mit einem solchen Bürg-

Fortsetzung auf Seite 2

PROJEKTEMESSE

Der Anfang vom Ende...

... der Projektemessenidee war das in Wasser gefallene 2. Koordinationstreffen zur Europäischen Projektemesse hoffentlich noch nicht. Noch gibt es hoffnungsvolle Menschen, die daran weiterbasteln, die schon konkrete Vorhaben für Teilbereiche entwickeln. Probleme bereitet vor allem die Verantwortung für eine Gesamtkoordination, die man von Anfang an nicht irgendwelchen Zufällen überlassen kann.

Regina Engel ● Auf allen bisherigen Treffen wurde betont, daß eine Verantwortlichkeit für die Vorbereitungsarbeit weg muß von der CONTRASTE, da die alleinige Trägerschaft einer einzelnen Gruppe sowohl inhaltlich als auch organisatorisch problematisch ist. Dies lag auch nie in unserem Interesse, konkrete Konsequenzen sind aus dieser Einsicht jedoch bisher nicht erfolgt. So geriet dann auch die Planung des 2. Koordinationstreffens in der Krebsmühle zu einem Fiasko: Da zum ursprünglich angesetzten Termin (24./25. November) im Betriebscafe der Krebsmühle eine Hochzeit ausgerichtet werden sollte, verschob man kurzerhand den Termin auf den 8./9. Dezember. Leider waren die Einladungen von Heidelberg aus schon vorher verschickt worden, für eine weitere Beschickung reichten die Kapazitäten nicht mehr.

Einigen wird bis zum Schluß nicht klar gewesen sein, wann dieses Treffen nun stattfinden sollte, anderen war es aufgrund der Verschiebung unmöglich zu kommen, eine Ansprache von anderen Projekten und Initiativen, die bisher noch nicht vertreten waren – wie wir es uns auf dem vorigen Treffen als unabdingbares Ziel gesetzt hatten, war nicht mehr machbar. Das Ende des Lieds war die Entscheidung, die Veranstaltung kurzfristig abzusagen (Notiz am Rande: Die Hochzeit fand natürlich auch nicht statt!).

Das entbindet uns jedoch nicht von der Verantwortung, nun zu überlegen, wie es weitergehen soll mit dem „Ende der Eiszeit". Es trifft sich weiterhin die Planungsgruppe in Berlin, die im Augenblick dabei ist, Kontakte in die DDR zu knüpfen; auch an anderen Orten, wie z.B. Hamburg, hat eine regionale Vorbereitungsarbeit begonnen, eine themenspezifische Zusammenarbeit einiger Gruppen wird in die Hand genommen, ausländische Projekte und Zusammenschlüsse warten auf neueste Informationen über den Stand der Planung bei uns in der BRD.

Davon, daß das Interesse „einfach nicht da ist", kann eigentlich nicht die Rede sein. Wir müssen uns jedoch zugestehen, daß in der Organisation (liebe Grüße nach Nürnberg, der Setzer) entscheidende Fehler passiert sind. Noch ist nicht ausgeknobelt, wo und wann das nächste Vorbereitungstreffen stattfinden soll, wir haben jedoch ins Auge gefaßt, für März einen neuen Anlauf zu starten.

Inspirierend für die Idee einer europäischen Messe war uns CONTRASTlerInnen natürlich die Arbeit an dem Schwerpunkt dieser Ausgabe, der Dokumentation des Amsterdamer Medienfestivals „Europa gegen den Strom". The Show will go on... hoffentlich auch im Zusammenhang mit der Projektemesse '91. Sinnvoll könnte es sein, sich in der Vorbereitung mit den Amsterdamern zusammenzutun und „Europa gegen den Strom II" und die europäische Projektemesse parallel laufen zu lassen. Diese Ideen sind jedoch noch unausgegoren und bleiben zu diskutieren...

Sicher ist im Augenblick nur, daß, um eine Weiterarbeit zu gewährleisten, verantwortliche Personen gefunden werden müssen, die die Koordinationstreffen vorbereiten und die Beteiligten mit den notwendigen Informationsmaterialien versorgen. Die Frage ist also nicht, ob ein Verein zur Trägerschaft des Vorhabens gegründet wird oder nicht, sondern wer übernimmt welchen Bereich – egal ob formell oder informell. Wer also sein/ihr Interesse an der Messe bekundet, sollte sich auch dafür verantwortlich fühlen, die Idee produktiv zu unterstützen. Denn es nützt nichts, sich die großartigsten Ideen auf die Fahnen zu schreiben und dann davon auszugehen, daß die praktische Ebene der Sache sich von selbst ergibt. „Das, was zusammenläuft, soll entstehen... ganz ohne Koordination und aus dem realexistierendem Schwung der Bewegung" – solch hehre Töne gehen dann doch wohl etwas an der Realität vorbei. Nichts gegen den Schwung der Bewegung, obwohl es darüber sicher auch unterschiedliche Meinungen, aber eine Koordination ist nach wie vor notwendig.

Aber, um nicht ganz so pessimistisch abzuschließen, es geht natürlich weiter, im Rahmen unserer Möglichkeiten und der realexistierenden Situation der Selbstverwaltung. Bis zum nächsten Koordinationstreffen hat jede/r Zeit, sich Gedanken über die Fortführung der Abeit zu machen. Und die nächste Einladung kommt bestimmt! ●

WAS FEHLT?

– die DDR-Berichterstattung auf den Auslandsseiten der taz. Seit der Öffnung des Brandenburger Tors berichtet die taz über Gesamtdeutschland unter der Rubrik »Inland«. (gesehen in der Ausgabe vom 23.12 89)

KOMMENTAR

BRD: Eine Gesellschaft in besoffenem Zustand

Waldemar Schindowski, Redaktion Amsterdam ● Kein Medium bleibt zur Zeit davon verschont: Von den Turbulenzen in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern. Wenn man den Schreiberlingen der diversen Gazetten glauben darf, gibt es zur Zeit in der Welt kein größeres Problem als der gesellschaftliche Umbruch in der Deutschen Dememokratischen Republik, diesem ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden.

Größenwahnsinnig die Vorstellung, daß die ganze (!) Welt auf „Deutschland" sieht und mit größter Anteilnahme die Veränderungen zwischen Elbe und Oder-Neiße verfolgt. Die kleinen Probleme in Südafrika und El Salvador (da war doch etwas vor einigen Wochen) oder die zwangsweise Rückführung vietnamesischer Flüchtlinge aus Hongkong werden zu mickrigen Episoden der Weltgeschichte.

Der Feierabend am Fernseher mit Bierflasche und Knabberchips ist wieder zum Ereignis geworden. Mutige Journalisten befragen den ehemaligen ersten Mann im DDR-Staat schonungslos nach seinem Alkoholpegel, während bei einem westdeutschen Politiker schon die Frage nach seiner Zuckerkrankheit einen Einbruch in die Intimsphäre darstellt. Da wird die Volksmusikübertragung via ARD „Die Musikantenstadl aus Cottbus" (noch DDR) zu einem wohltuenden Ereignis.

Die Linke in der Bundesrepublik hat sich noch nicht entschieden: Einerseits ein Jammern über die voraussichtliche Abschaffung der „sozialen Errungenschaften" im Zuge der Umstrukturierung der DDR zu BRD II, anderseits ein Hervorkramen von politischen Konzepten, denen schon die Massen in der BRD ein „Nein Danke" entgegnet haben.

Die Einzigen, die mal wieder kapiert haben, wie der Hase läuft, sind unsere deutschen Sozialdemokraten. Eine SPD, Ausgabe DDR, ist schon vorhanden, ein Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Standort in der DDR fest in Planung. Die Erfahrungen, die die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Büro in Managua (Nicaragua) gesammelt hat, werden bestimmt sehr hilfreich sein. Auch in Nicaragua sind in diesem Jahr „freie Wahlen". Carsten Voigt, der das Stigma haben soll, ein Linker in der SPD zu sein, entblödet sich auch nicht, nach dem Vortrag des Kohlschen 10-Punkte-Plans betreff Wiedervereinigung BRD-DDR im Bundestag zum Rednerpult zu rennen und der Republik zu verkünden, daß die Sozialdemokraten hinter diesem Plan stehen.

Kleiner Mann ganz groß !
Es macht dann auch nichts mehr aus, wenn einige Tage später die SPD fordert, die Anerkennung der westlichen Staatsgrenze der Republik Polen noch in diesen 10-Punkte-Plan aufzunehmen, was ja wohl auch das Mindeste wäre, subito !

Nationale Besoffenheit hat in diesem Teil Mitteleuropas, was sich Deutschland nennt, schon immer zu Unheil für den Rest der Welt geführt.

Historische Situationen in den deutschen Parlamenten enden oft so wie im deutschen Reichstag 1914, wo mit Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie bei der Bewilligung der Kriegskredite der erste Weltkrieg eingeläutet wurde.
Alles schon vergessen ?

UTOPIEN GESUCHT

Weg von der Abstraktheit

In wenigen Wochen gehen die Achtziger Jahre zuende. Aus meiner/unserer Position sind die Perspektiven alles andere als ermutigend. Das Kapital feiert, multimedial, seine Erfolge, ohne Seitenblicke auf jene, die auf der Strecke geblieben sind. Armut, Ausgrenzung, Erwerbslosigkeit (und vieles andere) werden aus dem öffentlichen Bewußtsein ausgeblendet. Die Gewerkschaften agieren hilflos und erreichen nicht einmal die 35-Stunden-Woche; ihre „Gemeinwirtschaft" ist weithin zusammengebrochen. Schlagwörter wie „Privatisierung" machen die Runde. Weit Rechtsstehende Gruppen wie Republikaner, FPÖ, Nationale Front erzielenStimmengewinne. Abgesehen von punktuellen Kampagnen ist weder die Lage in der „Dritten Welt" noch in der Umwelt von Interessse. Der Weg in eine allumfassende Konkurrenz aller gegen alle, verschärft durch künftige Biotechnologien, ist vorgezeichnet, sollten die Dinge so bleiben wie sie sind.

In dieser Situation mangelt es an Visionen, an umsetzbaren langfristigen Lebenszusammenhängen, an Hoffnungsträgern. Wo die Sozialdemokratie an der Regierung ist (z.B. in Spanien), „modernisiert" sie. Die GRÜNEN haben sich in endlosen Richtungskämpfen, in Grenzwerttechnokratien (z.B. Umbauprogramm) und in der Armut aus folgenden Konkurrenz ihrer eigenen Mitglieder aufgebraucht. Ihre gleichwohl notwendigen neuen Stiftungen können nur einen Bruchteil der Not bearbeiten, die an sie herangetragen wird. Die neuen sozialen Bewegungen haben Teilerfolge erzielt, über die sie nicht hinausgelangt sind. Viele alternative Projekte (quantitativ gibt es mehr denn je zuvor) verharren im bloßen Pragmatismus marktwirtschaftlicher Orientierung oder staatlicher Zuschüsse. Vernetzungen, die den Namen verdienen, gibt es, 15 Jahre später immer noch nicht. Asketische Strömungen in Teilen der sozialen Bewegungen haben Überkompensationen hervorgerufen, die sich in Konsumwut Ausdruck verschaffen. Der Kollaps in Osteuropa (längst schon kein Träger der Hoffnung) bringt den Sozialismus in Verruf (als ob dieser„Sozialismus"je etwas anderes gewesen wäre als „real existierend") – dabei würden gerade die dort Lebenden andere Perspektiven benötigen als Ausverkauf, Massenerwerbslosigkeit, Arbeitsintensivierung und Preissteigerungen.

Dem versuche ich, mit wie immer schwachen Kräften, etwas entgegenzusetzen, wobei ich ‚wie folgt, Deine Hilfe erbitte:

Spätestens bis zur für Frühjahr 1991 geplanten Europäischen Projektemesse „Ende der Eiszeit" möchte ich, als (m)einen Beitrag unter vielen, eine Art Aufruf/Manifest/Broschüre /ähnlich wie 1974 „Gruppe 2000") schreiben, mit dem Titel/Inhalt „GENOSSENSCHAFTLICH LEBEN". Dazu erbitte ich auch Deinen Beitrag (in Ideen, Stichwörtern, Fragmenten), den ich (wie alle anderen Beiträge inclusive meiner eigenen) als Montagebestandteil einarbeiten will. Er kann sich auf Ökonomie, auf Lebenszusammenhänge, auf Normen beziehen – auf die Lage in der BRD, in Österreich, EG, Osteuropa, „3.Welt". Vor allem sollten Deine Fragmente Ideen (aus Deiner Erfahrung und aus Deinem Wissen) enthalten, mit deren Umsetzung ziemlich unmittelbar begonnen werden kann (der Großteil der langfristigen Utopien und Strategien ist mir bekannt, und ein erneuter, bloß abstrakter Hinweis auf Dualökonomie, Subsistenz, assoziative Wirtschaft, 3.Weg, Grundsicherung etc. etc. hilft nur begrenzt weiter). Angenehm wäre es mir, wenn Deine Ideen bis Ende März bei mir sein könnten.

Rolf Schwendter
Fachbereich Sozialwesen
Arnold-Bode-Str.10
D-3500 Kassel

AUFRUF ZUM NATURKOST-RATSCHLAG

- ○ für radikalökologische Umgestaltung
- ○ für ein Konzept: ÜBERLEBENSMITTEL
- ○ für Überzeugungstäter und Bioladner
- ○ ohne Großhändler und Fabrikanten
- ○ ohne Gummibärchen und Lutscher
- ○ für Unabhängigkeit der Bioläden vom Großhandel
- ○ gegen die Verbetriebswirtschaftlichung unserer Beziehungen
- ○ für Aufrichtigkeit, Liebe und Menschlichkeit
- ○ für fruchtbare Ideen und neue Taten

Termin: Anfang April 1990?
Ort: wer weiß wo?
Worüber: Jeder kann Vorbereitungsinfos schicken...
Koordination: (vorläufig) CONTRASTE-Naturkostredaktion,
Herrmann Cropp, Postf. 1811, 45 Osnabrück, ☎ 05402-7373
Es rufen auf: Wolfgang Otto, Kassel; Achim Wagner, Usingen; Rudolf Dörr, Vlotho; Jan, Mutter Erde, Saarbrücken; Werner, Schwarzwurzel, Ludwigshafen.

Fortsetzung von Seite 1

schaftvolumen entwickelte sich die Haftungsassoziation bereits zu einer mittelgroßen Institution der 22 deutschen Bürgschaftsbanken oder Kreditgarantiegemeinschaften.

Regionalbezug – auch in der DDR

Trotzdem bleibt der Regionalbezug prägendes Merkmal der Unternehmensphilosophie der HaftungsbankerInnen. Gewünscht wird keine anonyme Großgenossenschaft, deren Selbstverwaltungsorgane dann gar nicht mehr funktionieren, wie es am Niedergang der Gemeinwirtschaft anschaulich demonstriert wurde.

So soll auch das DDR-Engagement der BerlinerInnen nicht dazu führen, daß eine neue Großbank entsteht. Die hierfür beantragten Gelder sollen nach Kriterien fördern, die mit Leuten aus der DDR entwickelt werden und regionale Belange berücksichtigen. Die demnächst in Rostock und Leipzig eröffneten Büros werden auch keineswegs mit Wessis besetzt, sondern mit Einheimischen und haben die Aufgabe

- ○ einen Kontakt mit allen interessierten gesellschaftlichen Gruppen herzustellen,
- ○ Informationen über bestehende Möglichkeiten zur Existenzgründung auf Veranstaltungen, Seminaren und in Beratungen bereitzustellen und
- ○ einen Kriterienkatalog darüber zu entwickeln, welche regionalen Förderschwerpunkte verfolgt werden sollen.

Problematisch sieht Marlene Kück, Vorstandmitglied der Haftungsassoziation e.G., in erster Linie das Verhältnis der Währungen Ost zu West. Ausgeschlossen werden muß eine Kredittilgung in – mittlerweilen entwertetem – Ostgeld. Sie erwartet aber, daß eine freie Konvertierbarkeit der Währungen in absehbarer Zeit „sowieso nicht machbar ist" und geht von einem stabilen Kurs 1:3 in den kommenden Jahren aus.

Die Haftungsbank wäre die zweite bundesdeutsche Bank, die ihre Pforten in der DDR eröffnet. Zuerst kam die Dresdner Bank nach Dresden, auch auf persönliche Vermittlung vom Dresdner OB Berghofer. Gemeinsam mit dieser befände sie sich zunächst im rechtsfreien Raum, da es noch kein Gesellschaftsrecht a la DDR gibt.

Ihren pikanten Aspekt hätte dieses Vorhaben aber noch in etwas anderem: die von der Haftungsassoziation in Berlin besicherten Existenzgründungsmittel des ERP-Programms sind nichts anderes als die Fortschreibung des Marshall-Plans, mit dem Westdeutschland zum „Bollwerk gegen den Kommunismus" gerüstet wurde. Würden solche Mittel auch einmal in die DDR transferiert, käme es zu einer besonderen Art von Wiedergutmachung. Soll da wohl ein „Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" zur Kapitalbildung in einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" beitragen?

Vorschläge, solche Mittel für Unternehmensgründungen in der DDR bereitzustellen, kamen bisher auch von Lothar Späth. Anders als in seiner Späth-Kapitalistischen Variante hätte das Modell Haftungsassoziation aber den Vorteil, die Definitionsmacht, wo regionale Entwicklung finanziert werden soll, auch auf die jeweilige DDR-Region festzuschreiben.

Ungelöst bliebe nach solch einem Vorgehen hingegen das Problem der Eigenkapitalbildung. Das ist in Berlin auch nicht anders. Anders als gegenüber den von der Haftungsassoziation geäußerten Vorschlägen zur Fremdkapitalabsicherung blieb der Berliner Senat gegenüber einer anderen Forderung der Berliner Projekteszene bislang taub. Gefordert wurde unter anderem auch eine Risikokapitalbeteiligungsgesellschaft nach ähnlichem, regional orientierten Muster. Verhandlungen hierüber kommen aber bislang nicht voran.

Im Wessiland hingegen bleibt Eigen- sowie Fremdkapitalbildung vorerst Eigenproblem von Projekten, die sich halt vereinzelt mit Banken um Existenzgründungsmittel und Eigenkapitalhilfe des Bundes auseinandersetzen müssen. Kreditgarantiegemeinschaften oder gar Risikofinanzierungsgesellschaften – in der traditionellen Wirtschaft gang und gäbe – bleiben ihnen in der Regel verschlossen.

Marlene Kück hierüber zum frustrierten Interviewer (aus dem Wessiland): „Das müßt ihr schon selber auf die Reihe kriegen..." ●

EG-SOZIALCHARTA

Der Streit um die „Soziale Dimension" des Binnenmarktes

Vorbemerkung: Damit hier keine unnötigen Verwirrungen entstehen, möchte ich kurz darauf hinweisen, daß der EG-Binnenmarkt sich absehbar bis jetzt nur auf eine der gepriesenen Freiheiten bezieht: Auf den freien Kapitalverkehr, der ab Mitte 1990 eingeführt wird.
Die anderen drei Freiheiten, der freie Verkehr bei Dienstleistungen, Waren und Personen, sind noch keineswegs in Sicht.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Birgit Cramon-Daiber, Redaktion Heidelberg ● Der Streit geht um Steuerharmonisierung ebenso wie darum, ob es denn einer armen Bauersfrau aus Griechenland tatsächlich gestattet sein sollte, in ein anderes Land umzuziehen, um dort gar etwa Sozialhilfe zu beziehen. Freiheit des Personenverkehrs? Aber bitte doch nur für Touristen. Kurzum: Im Westen nichts Neues. Die nationalen Borniertheiten und Konkurrenzen kommen in voller Freizügigkeit zum Ausdruck. Das neoliberale Wirtschaftsmodell des Binnenmarktes hat auch bei den Akteuren im Ministerrat seine Wirkung: Alle wollen zu den Gewinnern zählen, niemand will etwas umverteilen oder gar etwas von den eigenen Gewinnchancen abgeben. Dies ist der Zusammenhang, in dem man das Gerangel um eine gemeinsame Sozialcharta sehen muß.

Warum überhaupt eine Sozialcharta? Der EG-Binnenmarkt, das große wirtschaftspolitische und ideologische Projekt der EG, ist im wesentlichen auf Freizügigkeit für die Wirtschaft und auf die Weltmarktkonkurrenz angelegt. Von sozialer Sicherung oder ArbeitnehmerInnenmitbestimmung ist dabei keine Rede. Auch wenn es eben nicht der Verschlafenheit, sondern der Wachheit der Gewerkschaften zu verdanken ist, daß das europäische Unternehmensrecht an Mitbestimmungsregeln gebunden werden soll, so hat sich für soziale Sicherung lange Zeit niemand interessiert.

SOZIALE ABSICHERUNG ERWERBSLOSER

Eine erste konkretere Aktion war Anfang 1989 eine Entschließung des Europäischen Parlamentes zur sozialen Dimension der EG. Sie umfaßte neben der Forderung der verbindlichen Festlegung von angemessenen Löhnen und Arbeitsrecht das Recht auf Bildung, Alterssicherung, auch die Forderung nach einem sozialen Mindesteinkommen für alle und das Recht auf Wohnung, sowie politische Partizipation der „weniger Begünstigten" (damit sind die 44 Millionen Menschen in der EG gemeint, die von Armut betroffen sind). Die soziale Sicherung nicht nur für ArbeitnehmerInnen, sondern auch für die vom Erwerbsarbeitsprozeß Ausgeschlossenen mit in die Sozialcharta aufzunehmen, ist der wesentliche Schritt, der hier unternommen wurde.

Dies ist allerdings nicht mehr als der Versuch, traditionelle sozialstaatliche Standards auch für diejenigen Länder der EG zu finden, die bis jetzt solche Standards überhaupt nicht kennen oder, wie im Fall Großbritanniens, sich aus diesen Traditionen seit Jahren mit Macht zu verabschieden suchen.

Der weitere Verlauf der Diskussion um die Sozialcharta zeigt, daß diese sachten Ansätze keinerlei Erfolg hatten: Im Mai 89 legte die Kommission ihren Vorschlag für eine Sozialcharta auf dem Gipfeltreffen der EG-Regierungschefs zur Verabschiedung vor. Dieser Vorschlag umfaßte nicht mehr die Forderung nach einer angemessenen Sicherung und Beteiligung der vom Erwerbsarbeitsprozeß Ausgeschlossenen, hier war lediglich die Rede von einem sozialen Mindesteinkommen, das aber nach den Vorstellungen der einzelnen Mitgliedsländer geregelt werden sollte – oder auch nicht. Außerdem sollte die Sozialcharta nur noch als feierliche Erklärung ohne jede Rechtsverbindlichkeit erlassen werden. Selbst dieses Vorhaben scheiterte am Einspruch Großbritanniens, denn für die Abstimmung im Ministerrat ist Einstimmigkeit gefordert.

Nach diesem blamablen Reinfall beschloß das Parlament im September mit gehöriger Mehrheit, die weitere Mitarbeit an der Realisierung des Binnenmarktes an die Verabschiedung der Sozialcharta zu binden. Die Kommission, aufgeschreckt durch solche Keckheit, versprach, alle Mittel auszunutzen, die eine Mehrheitsabstimmung im Ministerrat möglich machen sollten. Gegen den Angriff, eine unverbindliche, feierliche Erklärung sei doch wohl ein Witz, verteidigte sich die Kommission mit dem Versprechen, bis Dezember ein Aktionsprogramm vorzulegen, das praktische Maßnahmen möglich mache. Allerdings: Ein Aktionsprogramm der Kommission kann niemals sozialen Fortschritt befördern, ist reduziert auf kleine Studien, Pilotprojekte und kluge Erkenntnisse.

Während sich die deutschen Gewerkschaften darauf konzentrieren, ArbeitnehmerInnenrechte im Rahmen der Sozialcharta zu sichern, und wieder einmal soziale Sicherung auf die Jobholders beschränken, hat Norbert Blüm Ende Oktober noch schnell einen echt katholischen Vorschlag aus der Tasche gezogen: Mutterschutz, Behinderteneingliederung, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz stehen da im Vordergrund. So kommen wir also von der Formulierung sozialer Grundrechte nach gut deutscher katholischer Art zum Schutz der „wirklich Betroffenen" und damit zur katholischen Art der Almosen- und Ausgrenzungspolitik.

SOZIALPOLITIK ALS BALLAST

Am 31. Oktober legte der Ministerrat einen revidierten Entwurf vor, der allerdings neben dem Herunterbeten bereits erlassener Direktiven im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz nur noch sehr vage Formeln umfaßt. Hier ist eine strikte Konzentration auf klassische Jobholders, die Bindung sozialer Sicherung und Partizipation an den ArbeitnehmerInnenstatus noch mehr eingrenzt als in den vorhergehenden Entwürfen. Ein Sozialhilfeminimum für die von ökonomischer Privilegierung Ausgeschlossenen ist andeutungsweise erwähnt, aber noch nicht einmal mehr explizit benannt. Und natürlich: Es geht um eine feierliche Erklärung, also um ein Muster ohne Wert. Demgegenüber hebt sich die Erklärung sozialer Grundrechte des Europarates, die ja ebenfalls bloß plakativen Charakter hat, höchst progressiv ab.

Fazit: Die Sozialcharta ist ein Verschiebebahnhof für Sprechblasen. Und: die Diskussion wird von Grund auf falsch geführt, von den falschen Leuten, mit falschen Interessen. Selbst traditionelle sozialstaatliche Minimalstandards sind nicht gewahrt. Sozialpolitik ist bloß Ballast, moralinsaurer Schnickschnack.

Demgegenüber gilt es allerdings, laut und heftig Opposition zu machen. Die Armuts- und Elendslöcher im fetten Käse der reichen Regionen wachsen, und der feudale Padronismus in den südlichen Ländern kann seine modernistische Renaissance feiern.

An der Tatsache, daß klassische Erwerbsarbeit knapp geworden ist, ist nicht zu rütteln. Die neu geschaffenen Arbeitsplätze in den Ländern der EG sind vor allem im Dienstleistungsbereich zu finden, und zwar zu einem nicht geringen Teil in Bereichen, die aus Kostengründen aus den Unternehmen ausgelagert werden. Kostengründe, das heißt hier: es entstehen ungeschützte Arbeitsverhältnisse bzw. eine neue Klasse von Scheinselbständigen, deren soziale Sicherung individuelle Privatangelegenheit ist.

Die Anforderungen an Sozialpolitik haben sich geändert. Es geht nicht mehr um traditionell sozialstaatliches Denken, also um das Motto: Wenn es der Wirtschaft gut geht, können wir etwas für soziale Sicherung abzwacken, und: Das Recht auf soziale Sicherung ist einerseits an Steuern und Versicherungsabgaben der Erwerbstätigen gebunden, andererseits haben die vom Erwerbsarbeitsprozeß Ausgeschlossenen entweder Rechte aufgrund früherer Erwerbsarbeit oder sie erhalten ein Sozialhilfeminimum, das sie in ihrer materiellen Existenz auf Armut und Elend reduziert und der autoritären, staatlichen Kontrolle verfügbar macht.

WENN SO NICHT, WIE DANN?

Der Fakt, daß klassische Erwerbsarbeit nicht mehr ideologisches und materielles Zentrum gesellschaftlicher Existenz sein kann, ist nur ein – wenn auch bedeutender – Faktor in dem Zusammenhang, daß die Unbedenklichkeit der Konzentration der gesellschaftlichen Reproduktion auf den Wirtschaftsprozess hin desolat ist. Die hier herrschende Einwegflaschenlogik ist unter dem Aspekt der Imperialismuskritik sowie der feministischen und ökologischen Kritik recht prononciert formuliert. Die Unbedenklichkeit der Bereitstellung und Zurichtung der Ressource Mensch und der natürlichen Ressourcen auf den Wirtschaftsprozess produziert nicht nur unbezahlbare Gestehungskosten, die als Elendsarbeit, individualisierte Reproduktionsarbeit etc. aus dem Kalkül verbannt sind. Es ist ein Ding, daß sich der große utopische Wurf eines alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells nicht so einfach einstellen will, daß konkrete Konzepte für eine gesellschaftliche Rahmenplanung wie für den ökologischen Umbau von Betrieben Stückwerk sind und daß viele experimentelle kleine Schritte mühselig und zum Teil auch stolpernd im Feld alternativer Ökonomie getan werden (die dann je nach Blickrichtung als Nischenpolitik oder widerständige, utopische Lebens- und Wirtschaftsform klassifizierbar sind). Es ist ein anderes Ding, daß neben die Forderung nach ökologischer Verträglichkeit des Wirtschaftsprozesses mit mindestens ebenso großer Dringlichkeit – auch wenn dies durchaus nicht neu ist – die Frage der gesellschaftlich notwendigen und sinnvollen Arbeit gestellt werden muß. Die Sinnfrage kann sich nicht am unmittelbaren Ertrag messen, sondern an den gesellschaftlichen Problemen: Dies sind nach wie vor soziale Emanzipation, ökologische Selbstverantwortung und demokratische Selbstbestimmung im sozialen und ökonomischen Zusammenhang.

Wenn es also um die Formulierung sozialer Grundrechte geht, dann wären diese Zielsetzungen ins Auge zu fassen. Dann geht es aber auch ans Eingemachte: Ohne ein bedarfsdeckendes Grundeinkommen für alle, egal ob im Erwerbsarbeitsprozess oder außerhalb, also als Personenrecht auf materielle Existenz für alle (Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, ältere Menschen), ist eine neue Wertsetzung von gesellschaftlich sinnvoller Arbeit nicht verallgemeinerbar. Nur von der Akzeptierung des materiellen Existenzrechts aus sind auch alle Bereiche unbezahlt erpreßter Arbeit (z.B. Haus- und Familienarbeit von Frauen) veränderbar und aus dem Herrschaftsegoismus ablösbar. Darum geht es.

Was aber sehr dringend und realpolitisch machbar ansteht, ist eine grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme. Es geht nicht mehr an, daß die Sozialversicherung an individuelle Beiträge im Rahmen von Erwerbsarbeit gebunden wird. D.h. daß alle diejenigen, die nicht dauernd und klassisch „gesichert" Erwerbsarbeit leisten, aus der sozialen Sicherung – also vor allem Arbeitslosen- und Rentenversicherung – herausfallen. Bezüglich der sozialen Sicherungssysteme ist die Schere zwischen den ökonomisch Privilegierten und den Nicht-Privilegierten äußerst kraß. Es muß deshalb ein neues System gemeinschaftlicher Sicherung geben, das vorrangig über direkte Steuern finanziert wird. Und es bedarf einer Ausweitung an zwei existenziellen Punkten – ein allgemeines Recht auf Weiterbildung muß durchgesetzt werden und eine gemeinschaftliche materielle Existenzsicherung für Kinder und Jugendliche – dafür kann der patriarchalische Familienlastenausgleich dann eingespart werden.

Ich kann hier nur Stichpunkte nennen. Es soll jedoch versucht werden, bis zum Frühjahr 1990 eine alternative Sozialcharta auszuarbeiten. ●

WALBERBERGER ERKLÄRUNG

Europäische Arbeitsgruppe Bewußtseinsbildung zum Uno-Jahr der Alphabetisierung

1. Die UNO hat das Jahr 1990 zum Internationalen Jahr der Alphabetisierung erklärt. Dieses Problem beschränkt sich keineswegs auf die Länder der „3. Welt" oder die ausländischen MitbürgerInnen (AussiedlerInnen, GastarbeiterInnen, AsylbewerberInnen...) in den Industrieländern. Schätzungen zeigen, daß hunderttausende Deutsche, BelgierInnen, EngländerInnen... AnalphabetInnen sind. Nach der allgemein anerkannten Definition der UNESCO sind AnalphabetInnen Personen, die nicht das Wissen und die Fähigkeiten haben, die sie in die Lage versetzen, gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen.
2. Die Ursachen für Analphabetismus sind nicht bei den Betroffenen selbst zu suchen, sondern in den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Bedingungen, in denen wir leben. Analphabetismus ist in der „Dritten Welt" und in den Industrieländern ein Armutsproblem, wobei Armut nicht nur materiell zu verstehen ist. Darum sind Lösungen nicht ausschließlich in Alphabetisierungsmaßnahmen zu finden; sie erfordern eine Veränderung der Ursachen von Armut und Unterdrückung.
3. In mehreren Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens hat die Bewältigung des Analphabetismus in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert eingenommen. Von den Erfahrungen dieser Länder können auch wir in den Industrieländern lernen.
4. Alphabetisierungsmaßnahmen dürfen nicht als notwendiges Übel angesehen und behandelt werden; sie sind ein vorrangiges politisches Ziel. Alphabetisierung muß die gesamte Lebenssituation der Menschen ernst nehmen und einbeziehen. Deshalb bedarf es eines ausreichenden personellen Angebots und ausreichender räumlicher und materieller Voraussetzungen.
5. Es kann nicht Aufgabe und Ziel sein, mit einer „funktional" verstandenen Alphabetisierung die Problematik anzugehen. Alphabetisierung sollte gleichzeitig ein Prozeß der Bewußtseinsbildung sein. Die psycho-soziale Methode Paulo Freires ist ein Ansatz, nicht bei der bloßen Vermittlung von Lesen und Schreiben stehen zu bleiben, sondern Menschen zu befähigen, ihre eigene Lebenswirklichkeit in die Hand zu nehmen und zu verändern.
6. Alphabetisierung muß daher den AnalphabetInnen Raum für Selbsthilfe geben und darf nicht ausschließlich Sache von ExpertInnen bleiben.
7. Politische Bildung und Erziehung – und dies gilt auch für die Alphabetisierung – die nicht zum Abbau von Herrschaft und Unterdrückung führen, richten sich gegen die Betroffenen. Daran wird sich auch der Erfolg oder Mißerfolg des UNO-Jahres messen lassen.

Walberberg, November 1989

Kontaktanschrift:
„AK Päd Paulo Freire"
c/o AG SPAK
Adlzreiter Str. 23
8000 München 2

Anzeige

SchwarzerFaden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.33

Radikale Linke von Michael Wilk
Fragen an die Hungerstreikbüros von Gerhard Linner
(Öko-) Feminismuskritik, Teil 1 von Janet Biehl
Namibia wird dekolonialisiert von Karola Fings
Interviews mit Rio Reiser, mit der RADIKAL und russ. Syndikalisten
Friedrich Wolf ein kommunistischer Heldenmythos wird entblättert von Wolfgang Fey
Außerdem: Berichte von Veranstaltungen; ein Romanauszug von Frank Harris Roman "Die Bombe" (Haymarket!); über die Situationisten und was so aus ihnen wurde; über die Erich Mühsamgesellschaft in Lübeck; über einen Herrn Stone, eine Institution der Gegenöffentlichkeit; dazu: Rezensionen über Frauenräte, Diebe, Autobanden, Barrikaden, eine Zeitschrift mit Lunte und andere das Leben erheiternde Dinge.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM (2.erweiterte Auflage)
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Nachdruck: Nr.0-12 Auszüge: 10,-
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

KULTURPOLITIK AUF KOMMUNALER EBENE:

Wende in Nürnberg?

In der Franken-Hauptstadt wurde am 6.12. des letzten Jahres als eine Art Nikolausgeschenk eine neue Kulturreferentin gekürt: Karla Fohrbeck, Ex-Leiterin des mittlerweile aufgelösten Bonner Instituts für Kulturforschung.

Mathias Lahmann, Redaktion Heidelberg ● Neben Anke Martiny (SPD) in Berlin und Linda Reisch (SPD) in Frankfurt wird sie die dritte Frau (parteilos) in einer BRD-Metropole sein, die den offiziellen Lauf der kulturellen Stadtereignisse zu definieren hat. Wie wird Nürnberg künftig von sich reden machen?

STANDORT

Franken ist nicht Bayern, obwohl die Schulatlanten immer wieder Gegenteiliges verkünden, und Nürnberg ist schon gar nicht München oder etwa CSU-getränkt!

Weniger Verwaltungssitz und Residenz wie zum Beispiel München, immer eher Arbeiterstadt (Rüstungs- und Spielzeugs-Schmiede, Lebkuchen- und Metallverarbeitung...), blieb die Stadt auch nach den Kommunalwahldebakeln der bayerischen SPD in den siebziger/achtziger Jahren eine Hochburg offener politischer Auseinandersetzungen (rotgrüne Mehrheit im Stadtrat). Ein Vergleich zwischen Nürnberg und München lohnt sich: Wo die Residenz die schicke Fassade zeigt und im High-tech- wie Medienfieber die Münchner Lebenshaltungskosten zwischen Miete und Supermarkt ins Unermeßliche steigen, läßt es sich in Nürnberg samt bunter Szene noch leben!

Soziokulturelle Stadtteilläden muten einen fast an wie Anachronismen angesichts des in der eigentlichen Landeshauptstadt herrschenden Zeitgeistes... Vermeintlich verschrobene Ideen müssen nicht immer gleich zu Weekend-Hits vermarktet werden: Eine breite Szene formuliert bei den kommunalen Entscheidungen mit, da funkt ein alternativer Stadtsender dazwischen, da powern die GRÜNEN mit (und gegen)... den Rathaussumpf, da mutiert eines der ältesten alternativen Kulturzentren weiterhin zu neuen Ausdrucksformen (KOMM), da existieren AusländerInnen und soziale Randgruppen im Stadtbild und werden nicht verleugnet.
Nürnberg ist spannend, egal aus welcher Sicht.

ENTWICKLUNGEN

Über mehr als zwei Jahrzehnte spielte in Nürnberg das sensible Zusammenfinden zwischen soziokultureller Szene-Entwicklung und städtischer Kulturverwaltung eine wesentliche Rolle. Neben den vielen Anregungen und kreativen Angeboten aus dem wachen Umfeld gehörte dazu sicher auch das Beachten, Reflektieren und Umsetzen in städtisches Kulturleben von Seiten des Kulturreferenten: Hermann Glaser hat in den letzten beiden Jahrzehnten in Nürnberg ein Netz gegenseitiger Verständigungsmöglichkeiten mitrealisieren können, das in seiner Dichte in der BRD sonst eher selten zu finden ist. Vieles, was in Nürnberg Anfang und Mitte der siebziger Jahre entstanden ist, hat nach wie vor Modellcharakter für den Rest der Republik.

Aber auch in Nürnberg änderten sich merklich die Zeiten; die vielgehaßte Standortpolitik hielt Einzug in die Hirne des Stadtrates. Eine Kulturmeile mußte her mit Prunkbauten und „Herzeig"-Prestige, wie es sich auch in anderen vergleichbaren Städten findet.

Progressive Kulturpolitik wurde immer schwieriger in einem Stadtrat, der sich wieder stärker auf die reine Versorgungskomponente im Kampf um Arbeits- und Sozialprobleme verließ und die (teuere) Variante einer sinnstiftenden/umfassenden Stadt-Soziokultur aus dem Blick verlor.

Der geistreiche Vielredner Glaser, zunehmend mehr auf internationalen als auf Nürnberger Podien heimisch, erlaubte sich manchen Schnitzer in seiner Referatsführung (Stichwort: Städtisches Theater und dessen glücklose Intendanz). Er machte seinen Dienstherren überdeutlich, daß er es eigentlich für sinnvoll hielt, sein Amt möglichst schnell einer(m) Nachfolger(in) zur Verfügung zu stellen. Eine neue Persönlichkeit zu finden, die ihm auf Dauer ebenbürtig sein könnte, war allerdings für das Rathaus nicht einfach.

AUSTAUSCH

Inwieweit jetzt die neue Frau die Erwartungen erfüllen kann, wird sich zeigen.

Sie wird sich auf jeden Fall schwertun mit einem langsam mahlenden Verwaltungsapparat, mit dem die 47jährige bislang auch anderswo keine beruflichen Erfahrungen sammeln konnte. Im Gegensatz dazu profilierte sie sich als eine Kunst- und Kultursachverständige. Mit ihrem ehemaligen Institut hat sie eine Masse an Forschungsarbeiten in diesem Bereich publiziert. Auch was ihre rhetorischen Fähigkeiten angeht, kann sie es mit dem scheidenden Kulturreferenten aufnehmen.

Der hinterläßt aber noch viele fragende Gesichter: Kann die parteilose neue Frau die vielen Wünsche und Hoffnungen der Kommune und ihrer Bevölkerung erfüllen? Welche Handlungsmöglichkeiten hat Karla Fohrbeck in ihrem neuen Amt mit knappem, festgelegtem und spartenkalkuliertem Etat?

Bis zu ihrem Amtsbeginn im Mai wird in Nürnberg hart an entsprechenden Konzepten gearbeitet werden müssen, während sich Hermann Glaser seinem Lieblingsthema, dem Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaft in Berlin widmen kann.

Wo und wie in dieser Republik eine allgemein erträgliche Lebenskultur entwickelt, erkämpft und erhalten wird, das kann letztendlich nicht von der Personalentscheidung eines Stadtrates abhängen: Wie ein Kaninchen auf die Schlange zu starren... wir täten den KulturreferentInnen unrecht, wenn wir alles (also auch das „Gute") von ihnen erwarteten.

Es zeigte sich aber in der Vergangenheit immer wieder, daß es soziokulturellen Innovationen (mit Signalcharakter für weitere Bereiche) guttat, von starken Persönlichkeiten aufgegriffen, unterstützt und gegen restriktive Bürgerängste verteidigt wurden.

Brauchen unsere Städte, und also: wir!, wirklich derartige P(M)atrone(n)? ●

KONGRESS

Altlasten der Rüstungsindustrie

Zu einem zweitägigen Kongreß über „Altlasten der Rüstungsindustrie" kamen Ende November rund 100 VertreterInnen aus Bürgerinitiativen, Forschungsinstituten, Kommunalverwaltungen, Parteien und weiteren Organisationen in Göttingen zusammen.

Redaktion Heidelberg ● Unter Rüstungsaltlasten werden die umweltgefährdenden Rückstände aus der Rüstungsproduktion dieses Jahrhunderts verstanden, die heute noch Boden, Luft und Wasser großräumig vergiften. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik muß – nach einer Erfassung des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) von 1987 – von 67 Standorten der ehemaligen Rüstungsproduktion ausgegangen werden. Hinzu kommen etliche Munitionsabfüllstationen, Munitionsanstalten, in denen Munition gelagert und z.T. auch verfüllt wurde sowie sogenannte Wirtschaftliche Forschungsgesellschaften (Wifos), in denen die Vorproduktion der Sprengstoffproduktion hergestellt und gelagert wurden. Sie alle müssen als potentielle Rüstungsaltlasten aufgefaßt werden, denn bei vielen dieser Anlagen konnten bereits spreng- und kampfstoffspezifische Kontaminationen der näheren Umgebung festgestellt werden. Die Datei der Initiativen gegen Rüstungsaltlasten weist allein in Niedersachsen rund 200 Rüstungsaltlasten auf.

Veranstalter dieses Kongresses waren der Buntstift e.V., Teil der grün-nahen Bundesstiftung mit Sitz in Göttingen, der Bildungsverein KRAFTZWERG e.V. aus Clausthal-Zellerfeld und die bundesweiten Initiativen gegen Rüstungsaltlasten. Von Geesthacht in Schlewig Holstein bis Aschau in Bayern, von Hallschlag-Kehr in Rheinland-Pfalz bis in die DDR bewies der Kongreß seine Anziehungskraft. Als offiziellen Vertreter des Arbeitskreises Ökologie des Neuen Forums aus der DDR konnten die Anwesenden Udo Hammelsbeck aus Wernigerode begrüßen, der über die „Rüstungsaltlasten in der DDR" referierte.

Die Veranstalter legten großen Wert darauf, Rüstungsaltlasten nicht nur als ökologisches Problem zu behandeln. Auch eine Aufarbeitung der (nationalsozialistischen) Vergangenheit, ein Aufzeigen der Kontinuitäten in Staat und Industrie sowie die Beschäftigung mit der Frage: „Wie lassen sich militärische Neu-Lasten verhindern" sind untrennbar mit der Problematik der Rüstungsaltlasten verbunden. Entsprechend war der Kongreß in vier inhaltliche Blöcke gegliedert, nämlich „Zwangsarbeit in der NS-Rüstungsindustrie", „Umweltgefährdung durch Rüstungsaltlasten", „Rüstungsaltlasten – Sprengstoff für die Zukunft?! (eine Podiumsdiskussion mit PolitikerInnen und VertreterInnen von Bürgerinititiativen und Verbänden) sowie „Rünstungs- Neulasten oder Abrüstung von Chemiewaffen". Die Auswahl der einzelnen Vorträge (teils von Mitgliedern aus Bürgerinitiativen, teils von WissenschaftlerInnen gehalten) erwies sich für beide Seiten als äußerst informativ – ein geglückter Versuch der Zusammenarbeit von TheoretikerInnen und „BarfußhistorikerInnen", wie es eine hessische Referentin zutreffend beschrieb. Alle Kongreßbeiträge sollen noch dieses Jahr in Form einer erweiterten Dokumentation herausgegeben werden.

Als Podiumsdiskussion, die von Sybille Bertram (Radio FFN) geleitet wurde, beteiligten sich neben VertreterInnen von Umweltinitiativen (BUND, Initiative gegen Rüstungsaltlasten IRA und Naturwissenschaftlerinitiative „Verantwortung für den Frieden") auch Doris Herrmann als künftiges grünes Mitglied des niedersächsischen Landtages und Uwe Bartels, der umweltpolitische Sprecher der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion. In den hier vorgestellen Forderungen der Initiativenvertreter spiegeln sich die Ergebnisse der Vorträge wider:

- Übernahme der vollen politischen, juristischen und finanziellen Verantwortlichkeiten des ehemaligen Deutschen Reiches durch die Bundesrepublik
- Sofortige Entschädigungszahlungen an die hunderttausende von deportierten ausländischen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge, die in den Rüstungsfabriken des Deutschen Reiches Fronarbeit leisten mußten
- Erfassung aller Standorte von Rüstungsaltlasten und unverzügliche Durchführung von Sicherungsmaßnahmen gegen weitere Umweltvergiftungen
- Offenlegung aller umweltrelevanten Daten durch die Behörden, wie es in den USA üblich und in einer EG-Richtlinie gefordert ist, von Bund und Ländern aber nach wie vor abgelehnt wird
- Verbot der Wohnbebauung auf Altlasten
- Heranziehung der chemischen und der Rüstungsindustrie für die Sicherungs- und Sanierungskosten der Altlasten
- Bildung eines Altlasten-Fonds auf Bundesebene, der maßgeblich von der Industrie getragen wird (z.B. durch die Besteuerung umweltgefährdender Produktionen und Produkte)
- Offenlegung aller Detailplanungen und Beteiligung der Öffentlichkeit beim geplanten Abzug der veralteten Chemiewaffen-Bestände der US-Army aus der Bundesrepublik
- Beginn der Entmilitarisierung der Bundesrepublik, da es keine umweltverträgliche militärische Aktion gibt

Die Kongreßteilnehmenden nahmen erfreut zur Kenntnis, daß die Grünen-Vertreterin Doris Herrmann sich vollinhaltlich hinter diese Forderungen stellte. Bis auf die Forderung nach dem Beginn der Entmilitarisierung und der Einrichtung eines Altlasten-Fonds, wozu er keine eindeutige Position bezog, unterstütze auch Uwe Bartels die Forderungen des Kongresses. Er stellte sich damit in eine klare Gegenposition etwa zur nordrhein-westfälischen Landesregierung oder vielen sozialdemokratischen Funktionsträgern in den Kommunen.

Die zwei Tage vor der Kongreßeröffnung bei den Veranstaltern eingegangene Absage der CDU, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen, wurde von allen Anwesenden bedauert. Als Partei, die derzeit sowohl im Bund als auch in Niedersachsen die Regierungsverantwortung trägt, wäre sie wesentlicher Adressat obiger Forderungen gewesen. Bedauert wurden auch die Absagen der ebenfalls zur Diskussion eingeladenen VertreterInnen von Industrieverwaltungsgesellschaft und chemischer Industrie, die damit die Chance einer offenen Auseinandersetzung verstreichen ließen. ●

KURZMELDUNGEN

„Ja zum Miteinander. Für kulturelle Vielfalt und Solidarität" – ein Leseheft der Kulturwerkstatt Disharmonie

Die Kulturwerkstatt hat zur Veranstaltungsreihe „Ja zum Miteinander. Für kulturelle Vielfalt und Solidarität" im Herbst/Winterprogramm 1989 ein Leseheft mit Hintergrundsinformationen und Diskussionsmaterial zu den Themen Arbeitsemigranten, Flüchtlinge und multikulturelle Gesellschaft herausgegeben.

Das Leseheft ist als Grundlage zur Einarbeitung in die angesprochenen Themen geeignet, liefert aktuelle Fakten und Diskussionsanregungen und kann sowohl in der Erwachsenenbildung (Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Arbeitsgruppen der Ausländer- und Flüchtlingsinitiativen, Kulturarbeit, u.a.) als auch in der Arbeit mit Jugendlichen (Jugendzentren, Schüler, Jugendgruppen) eingesetzt werden.
Zum Inhalt (auszugsweise):

1. Einwanderer in der BRD – Ausländerpolitik u. Wirtschaftspolitik – Ausländerpolitik in der BRD – Wahlrecht ist Menschenrecht – zur Arbeit von Ausländerbeiräten – ...
2. Flüchtlinge in der BRD – Politisch Verfolgte genossen Asylrecht – Zum Umgang mit Zahlen in der Flüchtlingsdiskussion – Frauen und Asyl – Asylrecht in der Diskussion – ...
3. Aussiedler in der BRD – Aussiedler gegen Asylbewerber – „Dort war ich Deutscher, hier bin ich Russe" – ...
4. Diskussion über die „multikulturelle Gesellschaft" – Daniel Cohn-Bendit auf der GRÜNEN-Bundesversammlung und andere Beiträge – ...
5. Anhang mit Stellungnahmen von Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften – Quellenmaterial – ...

Das Heft (DIN-A-4) ist 140 Seiten stark und kann über die Kulturwerkstatt Disharmonie,
Gutermann-Promenade 7, 8720 Schweinfurt,
☎ (0 97 21) 2 88 95 für 5,-- DM (plus 2,-- DM Versandkosten) bezogen werden. Vorüberweisung auf Kt.-Nr. 2022 bei der Städt. Sparkasse Schweinfurt (BLZ 793 500 00) oder Zusendung von Briefmarken.

„Neue Wege und Modelle in der Arbeitsmarktpolitik in NRW"

Um modellhafte und kreative Ansätze im Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen, wurden in NRW von Seiten des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie von einzelnen Bundesministerien entsprechende Programme aufgelegt, die in diesem Reader der G.I.B. dokumentiert sind. Seit der 1. Auflage des Readers im Jahre 1987 sind eine Reihe von Programmänderungen vorgenommen worden und einige neue Programme in Kraft getreten, die eine Neuauflage notwendig machen. Deutlich wird dabei, daß die Orientierung auf Zielgruppen wie Frauen und Langzeitarbeitslose stärker in den Mittelpunkt tritt. Projekte, die kreative und neue Ideen bei der Entwicklung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsfeldern für ausgegrenzte Zielgruppen umsetzen wollen, verkaufen ihr soziales- und arbeitsmarktpolitisches Engagement oft mit Einbußen in der wirtschaftlichen Effizienz. Dadurch entstehen finanzielle Lücken, die im Rahmen der Regelförderung nicht zu schließen sind und eine Realisierung von modellhaften Projekten verhindern würde. Diesen „Nachteilsausgleich" sollen die hier dokumentierten Programme in erster Linie leisten.

Daneben setzen Programme wie „Modellhafte arbeitsmarktpolitische Frauenprojekte und Modellmaßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen" des MAGS, das „Modellprogramm zur Wiedereingliederung von Frauen" des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, aber auch die Modellprojekte „Frau & Beruf" im Rahmen des Strukturprogramms „Zukunftsinitiative Montanregion (ZIM)" und das „250 Mio DM Programm" des Bundesministers für Arbeit speziell bei der Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt an.
2. Auflage des Readers, 4,-- DM

Bestellungen:
GIB - Landesberatungsgesellschaft
Essener Str. 255
4250 Bottrop

Zweifeln bis zum Tor der letzten Herrschaft

Dies ist die erste deutschprachige Veröffentlichung, die sich als Gemeinschaftsarbeit mehrerer chinesischer und deutscher Wissenschaftler analytisch-historisch und bildungstheoretisch mit dem Schul- und Hochschulsystem der Volksrepublik China beschäftigt. Neben der Darstellung des neueren Bildungssystems und seiner Zusammenhänge mit der kulturellen, politischen und ökonomischen Entwicklung – und der in diesem Zusammenhang erstmaligen differenzierten Einbeziehung des Konfuzianismus als Bildungstradition – wird Wert auf eine Beschreibung der konkreten Lage der LehrerInnen, Wissenschaftler, Studenten und Schüler gelegt. Daraus werden auch Gründe für das Verhalten und die immer wieder aufflammenden Proteste der Intellektuellen in den 80er Jahren deutlich.
Aus dem Inhalt: Sozialistische Modernisierung und neue soziale Widersprüche in Gesellschaft und Bildungssystem – Von der Kulturrevolution zur ökonomischen Effektivierung – Konfuzianische Ideologie und ihre Bedeutung für Moral, Bildungs- und Wissenschaftsauffassung heute – Lebensläufe und Erfahrungen von LehrerInnen und WissenschaftlerInnen (Interviews) – Programme und Forderungen der Protestbewegung 1988/89

Zur Entstehung des Buches: Das Buch wurde gemeinsam von chinesischen und bundesdeutschen WissenschaftlerInnen verfaßt. Die beiden bundesdeutschen Herausgeber hielten sich zuletzt 1988 sieben Monate als Gastdozenten in China auf. Sie betreuen eine von der Stiftung Volkswagenwerk geförderte Kooperation mehrerer Universitäten in China und der Universität zu Köln zur Verbesserung der pädagogischen Qualifikationen in China. Da sich die chinesischen MitarbeiterInnen z.Zt.in China aufhalten, sehen sich die Herausgeber gezwungen, deren Namen der Öffentlichkeit vorzuenthalten, um sie nicht zu gefährden. Gerade nach der blutig niedergeschlagenen Demokratie-Bewegung 1989 aber ist die Kooperation Europas mit dem bevölkerungsreichsten Land der Erde notwendig. Dazu sollen die hier gesammelten Kenntnisse und Analysen über das Bildungs- und Wirtschaftssystem beitragen.

Die Herausgeber: Heike Mallm, Diplom-Pädagogin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln im Bereich Erziehungswissenschaften; Dr. Kersten Reich, Professor für Allgemeine Pädagogik an der Universität zu Köln.
Heike Mallm/Kersten Reich (Hg.):
Zweifeln bis zum Tor der letzten Herrschaft
Chinas Intellektuelle zwischen Demokratie und Despotismus
240 Seiten, Paperback, 25,-- DM,
Oktober 1989. ISBN 3-926290-04-8

SPANIEN

„Interesse an einem Selbstverwaltungs-Austausch in Spanien"?

Bei einem internationalen Seminar im spanischen Andalusien kam ich in Kontakt mit einer interessanten «Arbeitslosen-Selbstverwaltungs-Genossenschaft für Müllverwertung» (Holzmöbel-Verwertung und Reparaturen, Kleidung, Papier, Elektrogeräte etc.). Die Leute arbeiten unter harten Bedingungen, kommen aus Arbeiter-und Elendsviertel in ALGECIRAS (direkt bei Gibraltar).

Sie sind an einem Austausch mit Projekten ähnlicher Art sehr interessiert. Die Idee: Nicht nur besuchen, sondern jeweils – neben Tourismus – konkret mitarbeiten.

Finanzielle Möglichkeiten (vorläufig bis 1992): Bis zu 75% der Fahrtkosten könnte es über ein neues Europäisches Jugendprogramm geben. Wichtig ist: Nicht nur billig «runterkommen» – die spanische Gruppe soll auch zur entsprechenden Gruppe/Projekt (ca. 10-15 Personen) «raufkommen».
Bei Interesse bitte Rückmeldung bei:
Heinz Schulze, c/o AG SPAK
Adlzreiter Str. 23
8000 München 2
☎ (0 89) 77 40 77

PFADFINDERGENOSSENSCHAFT ZUR NUTZUNG ALTERNATIVER ENERGIEN

Die Denkanstöße kamen aus Dänemark

Eine Windkraftanlage im Pfadfinderbundeszentrum der DPSG im Westerwald soll dessen Energieversorgung mitübernehmen. Finanziert wird sie nicht über Spenden, sondern mit Hilfe von verzinsten Genossenschaftsanteilen.

Herbert Bönisch, Redaktion Genossenschaften ● Im Sommer 1987 fuhr die Roverstufe der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg DV Hildesheim mit 15 Roverleitern und Mitarbeiter/innen nach Dänemark. Sie ließen sich von den dortigen Energieprojekten faszinieren. Beeindruckt waren sie vor allem von der Professionalität, aber auch dem Engagement, mit dem einzelne Gruppen ihre Ziele verfolgten. Einige von ihnen gehen dabei ein nicht unerhebliches finanzielles Risiko ein. Klar wurde den mitgereisten Pfadfindern, daß nur mit neuester Technik und der rationalen Auseinandersetzung um technische Probleme neue Wege gefunden werden können, die aus der Energiekrise führen.

In Dänemark soll bis zum Jahr 2000 20% der Energie durch regenerative Energie abgedeckt werden. Dazu wurden entsprechende Gesetze und finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen, die die Wirtschaftlichkeit von Windanlagen sicherstellen. Genau dies ist auch das Ziel der gegründeten Pfadfindergenossenschaft zur Nutzung alternativer Energien e.G. Nicht eine Subventionierung alternativer Enregieerzeugung, sondern eine Kostenerstattung bzw. ein angemessener Preis für jede eingespeiste Kilowattstunde wird für erforderlich gehalten. Die Auseinandersetzung darüber steht nach Einschätzung der Genossenschaftsmitgründer noch bevor.

Ein Windrad für das Bundeszentrum der DPSG – Pfadfinderschaft in Westernohe soll ein Teil dieser Auseinandersetzung sein. Durch die Art des Projektes erhoffen sich die Beteiligten eine verstärkte Diskussion des Themas Energieerzeugung im eigenen Verband. Ziel ist es, daß möglichst viele Stämme Anteile in der Genossenschaft erwerben und sich damit bewußt für ein Projekt entscheiden, das nach herkömmlichen Überlegungen noch nicht voll wirtschaftlich ist.

Mit dem Kapital, das gebraucht wird, lassen sich auf dem Markt in anderen Bereichen höhere Zinsen erwirtschaften. Erzielt werden kann mit der Windenergie nur ein Zins, der etwas über dem der Sparkassen liegt. Der Wert des Projektes ergibt sich aus der trotzdem gegebenen Wirtschaftlichkeit und dem Signal, das die Aufstellung eines Windkraftwerkes immer noch setzt.

Von der Idee bis zur Verwirklichung wurden schon einige Schritte gegangen. Es gibt eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, ein Windgutachten, eine Reihe von schriftlichen Angeboten und die Überlegung für einen genauen Standort auf dem Gelände des Pfadfinderbundeszentrums Westernohe im Westerwald. Gesichert werden muß in einem nächsten Schritt die Finanzierung. Das Ziel sind 500 Anteile, um ein Kraftwerk mit 100 % Eigenfinanzierung aufstellen zu können.

ABLASS-SPENDEN UNERWÜNSCHT

Die Form einer Genossenschaft wurde u.a. gewählt, um die üblichen Spendenaktionen zu vermeiden. Vielfach wird sonst Geld gegeben, weil die Ansprache originell ist oder der Spender für „die Menschen" etwas übrig hat. Meistens sind es jedoch nur „ein paar Mark", die gegeben werden. Gleichzeitig ändert sich bewußtseinsmäßig damit nichts. Als Genosse oder Genossin kauft man/frau sich dagegen nicht frei, sondern nimmt ein Stück Verantwortung wahr, auch hinsichtlich der Umsetzung der Idee.

Für die Mitgliedschaft gibt es mehrere Möglichkeiten. Von Einzelpersonen, die einen Genossenschaftsanteil in Höhe von DM 500,-- erwerben wollen, ist eine Beitrittserklärung auszufüllen und der Betrag zu überweisen. Wem dies zuviel Geld ist, der kann sich beispielsweise mit fünf Personen zusammenschließen und mit diesen gemeinsam einen Anteil erwerben. Sie verständigen sich dann intern auf einen Vertreter, der den Anteil kauft und die Gruppe gegenüber der Genossenschaft vertritt.

Bei Pfadfindergruppen oder -stämmen, die keinen Rechtsträger haben, ist dies ähnlich. Sie erwerben durch Einzelpersonen einen Anteil. Bei Stämmen oder Bezirken wird das meist der Vorsitzende sein. Finden dann Neuwahlen statt, so kann dieser Anteil an das neue Vorstandsmitglied übertragen werden. Bei Gruppen mit eigenem Rechtsträger ist es einfacher. Hier wird der Rechtsträger als juristische Person Mitglied, das der jeweilige Vorsitzende als Genossin vertritt.

WINDERTRAG WIRD VERSICHERT

Um die Wirtschaftlichkeit der geplanten Anlage herauszufinden, wurde im April ein Windgutachten in Auftrag gegeben. Anhand einer topographischen Karte konnte das Windangebot mit einem Computermodell errechnet werden. Die mit dieser Methode ermittelten Werte haben eine Sicherheit, die mit der über Jahres- oder Korrelationsmessungen herausgefundener Daten vergleichbar ist. So genügen die errechneten Angaben einer Versicherungsgesellschaft zur Vorlage für die Versicherung des angegebenen Windangebotes. Sollte also der Wind einmal eine längere Pause einlegen, ersetzt die Versicherung den entgangenen Ertrag.

Mittlerweile liegt das Ergebnis vor und prognostiziert eine mittlere Windgeschwindigkeit von 3,8 M/S im Jahr. Aufgrund der relativ niedrigen Jahreswindgeschwindigkeit sind für den geplanten Standort erst größere Anlagen mit ca. 100 KW rentabel. Investitionskosten und laufende Kosten steigen mit der Größe der Anlage nur unwesentlich, der Ertrag und damit der Erlös in Relation dazu ist aber erheblich.

Als Berechnungsbeispiel für die Rentabilität einer 100 KW Anlage mögen folgende Zahlen bei einer Investition von 300.000 DM dienen:

Ausgaben pro Jahr:
Wartung: 3.000 DM
Versicherung: 1.500 DM
Aufwendungen (für Büro, Organisation etc.): 5.400 DM
Summe: 9.900 DM

Einnahmen pro Jahr:
Strom ans Bundeszentrum: 8.160 DM
Strom ans Netz: 8.160 DM
Zuschüsse vom MBFT: 10.880 DM
Summe: 27.200 DM

Dieser Rechnung liegt ein garantierter und damit versicherter Ertrag von 136.000 KW H/A für eine 100 KW Anlage zugrunde, von dem 40% für 0,15 DM an das Bundeszentrum verkauft werden und 60 % für 0,10 DM an die KEVAG, das örtliche Elektrizitätsunternehmen. Pro erzeugter Kilowattstunde zahlt das Bundesministerium für Forschung und Technologie 0,08 DM im Rahmen ihres aufgelegten Megawattprogramms.

AMORTISATION IN 18,5 JAHREN

Nach diesen groben Richtwerten amortisiert sich die Anlage in 18,5 Jahren, wobei deren Lebensdauer wie üblich auf 20 Jahre veranschlagt ist. Durch eine elektronische Überwachung des Strombedarfs lassen sich die 40 % Eigenverbrauch des Bundeszentrums wesentlich erhöhen, falls nämlich große Stromverbraucher z.B. für die Wäschepflege erst dann eingeschaltet werden, wenn der Wind weht. Aus diesem Grunde hoffen die Initiatoren, eine frühere Amortisation ihres Projektes nach dem Motto: „...über Deinen Höhen pfeift der Wind so kalt..." erreichen zu können. ●

WITTMUNDER ELEKTRIZITÄTSGENOSSENSCHAFT

Tradition und Fortschritt

Bundesweit hat die Wittmunder Elektrizitätsgenossenschaft eine Vorreiterrolle bei der alternativen Energieerzeugung übernommen. Bis zu 10 Prozent des Gesamtbedarfs an Strom werden mit drei Windkraftanlagen erzeugt.

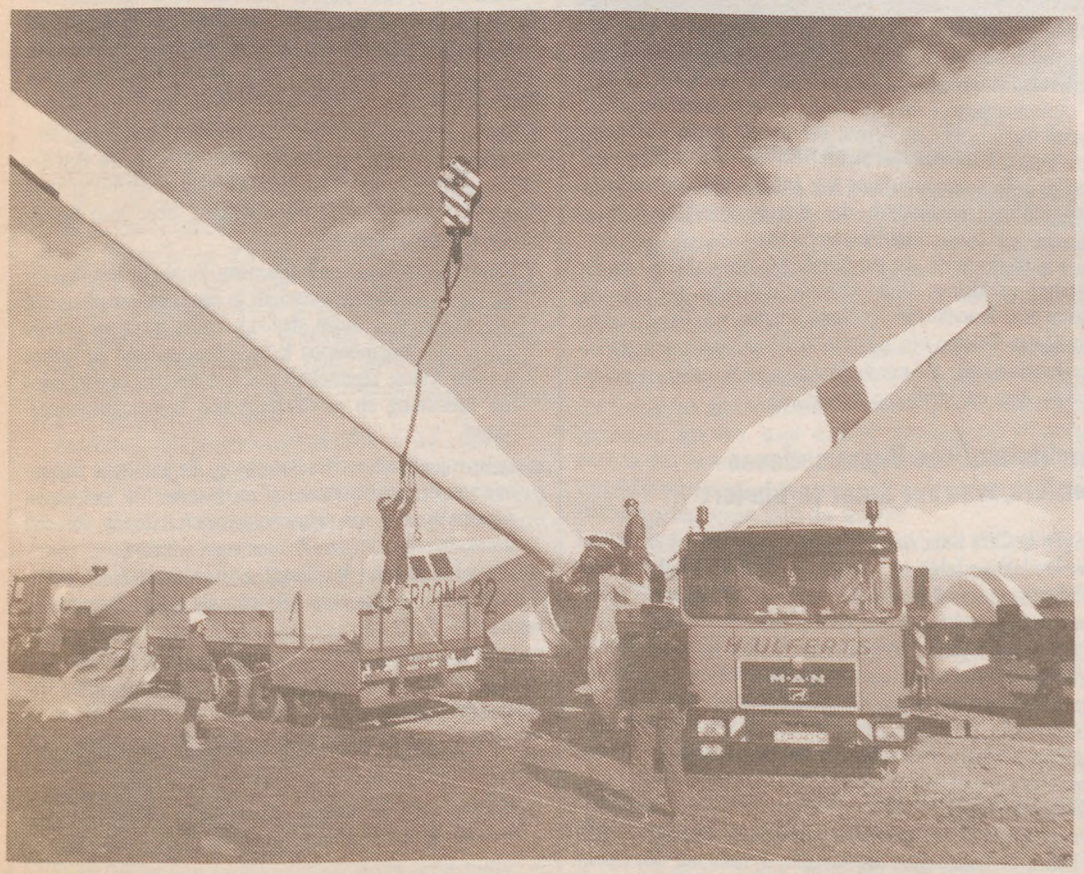
Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Per Knopfdruck setzte Niedersachsens Umweltminister Werner Remmers den kleinen Windpark der Wittmunder Elektrizitätsgenossenschaft am 10. November letzten Jahres in Betrieb. Einige tausend Besucher ließen dieses Ereignis zum Volksfest werden. Sie nutzten den „Tag der offenen Tür" der EG Wittmund, um sich die eindrucksvollen Rotoren von der Firma Enercon auf den 35 Meter hohen grünweißen Masten aus der Nähe anzusehen. Allgemeine Volksmeinung: Mit den drei mächtigen Türmen nimmt Wittmund teil an einem neuen Schritt in die Zukunft.

Die Wittmunder EG schaffte es als einzige Genossenschaft im Weser-Ems-Gebiet, ihre Selbständigkeit gegenüber dem dortigen EVU, der Energieversorgung Weser-Ems (EWE) zu bewahren. Immerhin werden rund 16 Millionen Kilowattstunden Strom an die etwa 3.000 Abnehmer im Stadtgebiet geliefert. Die Hälfte von ihnen sind Mitglieder der Genossenschaft. Mit den drei 300-Kilowatt-Anlagen will die EG zukünftig 1,8 Millionen Kilowattstunden pro Jahr erzeugen. Einen solch hohen Windstromanteil von rund 10 Prozent gibt es bislang wohl in keinem kommunalen Versorgungsnetz der Bundesrepublik.

Immerhin ließ sich die Genossenschaft das Projekt rund 2,1 Millionen DM kosten. Bezuschußt wird die Aufstellung der Anlagen mit 49 % der Baukosten vom Land Niedersachsen. 7,5 % kann das Unternehmen außerdem als Investitionskosten-Zulage beim Finanzamt sparen. Zusagen hierfür gab es nach langem Hin und Her: Erst mußte die Genossenschaft nachweisen, daß die Windkonverter nach zehn Jahren mit Gewinn arbeiten.

Die Verantwortlichen entschieden sich aus Wirtschaftlichkeitsgründen für die 300-Kilowatt-Anlage. Bei starkem Wind drehen sich deren Rotorblätter mit einer maximalen Geschwindigkeit von 65 Meter pro Sekunde. „Vorsichtig", so Genossenschaftsführer Reiner Pampel, habe man die Energieausbeute nach Erfahrungen mit dieser Anlagenart hochgerechnet. Die geschätzten 1,8 Millionen Kilowattstunden lassen sich mit etwas Glück sogar noch übertreffen.

Ärger würde dies allerdings mit einer Auflage der EWE geben: Sie behauptet, sie könne ihren Preis als Stromlieferant der Genossenschaft nur halten, solange der Windpark maximal 10 Prozent des Gesamtbedarfs der Wittmunder Gemeinde erzeuge. ●



Bei 20 Jahren Lebensdauer erspart diese 300 Kilowatt-Windturbine der Natur 13.500 Tonnen Kohlenmonoxyd und Kohlendioxyd sowie 6.400 Kilogramm Schwefeloxyde

Auszug aus der Satzung des ENERGIE-KONTOR gegründet am 12. April 1989 im Umweltzentrum Freudenstadt (Schwarzwald)

I. FIRMA, SITZ, ZWECK UND GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS

§1
Name und Sitz

„ENERGIE-KONTOR
EnergieSpar-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft
Freudenstadt/Ortenau e.G."

Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Freudenstadt.

§2
Zweck und Gegenstand

1. Zweck der Genossenschaft ist die Förderung der Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftebetriebes.

2. Gegenstand des Unternehmens ist
   a. Die Förderung von Erzeugern durch
      – Vermarktung von Energie aus ökologisch wirtschaftenden Anlagen,
      – Unterstützung bei Planung, Erwerb und Betrieb solcher Anlagen,
      – Vermarktung von Produkten – insbesondere des heimischen Gewerbes – zur sparsamen Nutzung von Energie.

   b. Die Förderung der Verbraucher durch
      – möglichst direkte Versorgung mit preiswerter und hochwertiger Energie aus ökologisch wirtschaftenden Energieanlagen
      – Beratung zum kostensparenden Umgang mit Energie
      – Information über Geräte zur sparsamen Energienutzung.

3. Der Geschäftsbetrieb kann auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden.

4. Die Genossenschaft ist befugt, alle Einrichtungen zu schaffen und Maßnahmen zu treffen, die zur Erreichung ihres wirtschaftlichen Zweckes erforderlich sind.

5. Darüber hinaus kann die Genossenschaft in Erfüllung ihrer Ziele spezielle Informations-, Bildungs- und Kultureinrichtungen schaffen bzw. derartige Veranstaltungen durchführen.

. . .

BUND DER ENERGIEVERBRAUCHER

Einseitige Senkung der Industriestrompreise ist ungesetzlich

Redaktion Genossenschaften ● Die Bayernwerke senken zum 1. Januar 1990 die Strompreise für Industriekunden, die Badenwerke haben dies schon am 1. Juli 1989 getan. Die privaten und gewerblichen Tarifkunden gehen hierbei leer aus. Dabei leisten sie den Hauptbeitrag zur Verstromung deutscher Steinkohle. Denn der „Kohlepfennig" beträgt aufgrund der höheren Strompreise der Tarifkunden etwa 2 Pfennig (im Mittel 8,5%), für Sondervertragskunden dagegen im Schnitt nur ca. 1,3 Pfennig je Kilowattstunde Strom. Zudem ist im Tarifbereich eine Konzessionsabgabe von bis zu 20 % zu erwirtschaften, die bei den Sondervertragskunden auf 1,5% begrenzt ist.

Der Bund der Energieverbraucher hat jetzt in Bonn Strompreissenkungen im Tarifbereich angemahnt. Zur Begründung verweist er darauf, daß in den letzten Jahren die Strompreise im Tarifbereich im Schnitt deutlich stärker als im Sonderabnehmerbereich gestiegen seien. Laut 40. Jahresbericht des Bundeswirtschaftsministeriums zur Elektrizitätswirtschaft verringerten sich z.B. 1988 die Preise der Sondervertragskunden um 0,8%, während sie sich bei den Tarifkunden um 1,8 % erhöhen.

Auch Prof. Markert, der Leiter der zuständigen Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes in Berlin, drängt auf gleichgewichtige Strompreissenkungen für Tarif- und Sonderabnehmer, es sei denn, in der Vergangenheit hätten sich Verzerrungen zu Lasten einer Gruppe gebildet, die dann zunächst auszugleichen seien.

Tatsächlich hat sich, so der Bund der Energieverbraucher, im Bundesdurchschnitt die Schere zwischen den Preisen für Tarif- und Sonderabnehmern weiter denn je zuvor geöffnet, obwohl dafür sachlich keine Rechtfertigung vorliegt. Das stehe im Gegensatz zur gesetzlich vorgeschriebenen Kostenorientierung von Strompreisen. Es gehe nicht an, daß die Industrie über die Stromtarife von privaten und gewerblichen Tarifabnehmern subventioniert werde.

PERESTROIKA

Aufbau eines Genossenschaftswesens in der UdSSR

Ein Vorstandsmitglied der Gartenstadt-Genossenschaft Mannheim e.G. widmete sich auf seiner Reise durch die Sowjetunion (Moskau, Alma Ata, Kischinjow) anläßlich der Begegnungen der deutsch-russischen Partnerstädte auch dem Genossenschaftswesen der UdSSR. Im folgenden wird die schwierige Situation geschildert, in der die dortigen Kooperativen zur Zeit stehen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Walter Pahl, Redaktion Genossenschaften ● Im Zuge der Perestroika (Umgestaltung), der Kreml-Chef bezeichnet sie selbst als zweite russische Revolution, hat Michail Gorbatschow das „Gesetz über die individuelle Erwerbstätigkeit" eingebracht. Es trat im Mai 1987 in Kraft und ist fester Bestandteil des Umgestaltungsprozesses, der den vitalen Interessen der Menschen als Produzenten und Konsumenten dienen soll. Danach entfaltete sich in allen Bereichen der Wirtschaft eine starke genossenschaftliche Tätigkeit.

Vorher hatten die Genossenschaften in diesem Lande nur eine unbedeutende Rolle in Form von Konsumgenossenschaften, die aber tatsächlich schon zu einer staatlichen Organisation geworden waren. Das Gesetz, es führte in die Zentralverwaltungswirtschaft erstmals privatwirtschaftliche Elemente ein, wurde im Juli 1988 durch das „Gesetz über das Genossenschaftswesen" ergänzt. Genossenschaftliches Arbeiten nahm seitdem Massencharakter an. Bis Anfang 1989 gab es schon 77.500 Genossenschaften mit rd. 1,5 Mio. Mitgliedern.

Diese rasche Entwicklung ist nicht ohne Gefahr, wie unumwunden zugegeben wird und wie man/frau im Zusammenwirken mit anderen Gründen bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung leicht selbst feststellen kann. Die weltweite Anerkennung der mutigen Entscheidungen Gorbatschow's wird deshalb im Lande von vielen nicht geteilt. Eine Fernsprechumfrage bei 1.136 Bewohnern in Moskau ergab 1988, daß 13,3 % der Befragten genossenschaftliche Tätigkeit mit dem Sozialismus für unvereinbar halten. 63,3 % hatten von genossenschaftlichen Angeboten noch keinen Gebrauch gemacht.

Alles deutet darauf hin, daß die Genossenschaften sich in der komplizierten und auch kritischen Entwicklungsphase des Landes sehr schwer tun. Unter den redlichen Genossenschaften tummeln sich auch viele Geschäftemacher. Sie hatten zuvor im Untergrund operiert und machen sich jetzt die Genossenschaftsidee zunutze, um ihre spekulativen Geschäfte abzuwickeln und auf die Schnelle Geld zu machen. Es menschelt halt überall auf der Welt, und Ideale können insofern sehr leicht mißbraucht und ins Gegenteil verkehrt werden.

„Mit dem Auftauchen der Genossenschaften ist alles zur Mangelware und teurer geworden", war zu hören. Gewiß, die Genossenschaften verhalten sich marktwirtschaftlicher als staatliche Unternehmen mit administrierten Preisen. Sie ziehen deshalb viel Kritik auf sich. Der Kritik schließen sich die staatlichen Unternehmen an. Genossenschaften arbeiten in vielen Bereichen der Dienstleistungen, der Produktion und der Verteilung ungewohnt schneller und qualitativ besser als diese. Es gibt plötzlich Konkurrenten. So etwas kann und darf nicht gut sein. Folgerichtig kommt immer stärker die Forderung auf: „Preise, die höher als die staatlichen sind, zu verbieten".

Artikel 19 des Gesetzes über das Genossenschaftswesen besagt, daß Genossenschaften ihre Preise selbständig festsetzen. Nur wenn sie an staatliche Einrichtungen Waren verkaufen, ihnen Dienstleistungen erbringen oder Waren/Dienstleistungen von diesen beziehen, können die Preise zentralisiert festgesetzt werden und unterliegen staatlichen Kontrollen. Wegen der ungünstigen Versorgungslage, zum Teil durch Transportprobleme bedingt, weitgehend aber darauf zurückzuführen, daß die bisher ausschließlich planwirtschaftlich gelenkte Wirtschaft sich nicht so rasch an eine freiheitlichere Wirtschaftsordnung gewöhnen und anpassen kann, geraten die Genossenschaften in eine Art Monopolstellung – mit dem Etikett des Preisdiktats versehen. Die Bevölkerung empfindet die Genossenschaften als gewinnsüchtig. Sie glaubt, das Gesetz von Angebot und Nachfrage arbeitet gegen die Interessen der Verbraucher. So reagieren die meisten Bürgerinnen und Bürger auf die Genossenschaftspraktiken mit Verdruß: „Wir brauchen keine Neureichen!"

Auf diese Stimmung reagierend wurde vom Finanzministerium der UdSSR ein Erlaß bewirkt. Danach ist eine rapide Erhöhung der Steuern für Erzeugnisse der Genossenschaften eingetreten. Mit einem in Vorbereitung befindlichen Gesetz sollen, völlig entgegen der ursprünglichen Absichten, sogar die Preise einer Genehmigungspflicht unterworfen werden.

Von außen gesehen ist dies schwer verständlich und kann als ein Schritt in die falsche Richtung angesehen werden. In der UdSSR gewann ich den Eindruck, daß er notwendig ist, wenn die Perestroika nicht im ganzen gefährdet werden soll. Lieber etwas langsamer als gar nicht. Betrachtet man die Genosssenschaftsbewegung in der UdSSR aus dieser Sicht, läßt sich festhalten, daß entgegen der zahlreichen bürokratischen und psychologischen Schwierigkeiten, ihre Zukunft durchaus zu Hoffnungen berechtigt. ●

SEMINARHINWEIS

„Zwischen Markt und Plan – Kooperativen in Osteuropa" unter diesem Titel organisiert der TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem ISO international vom 16. bis 18. Februar in Freudenberg (nähe Bonn) ein Seminar. Information (erst Mitte Januar fertig) **und Anmeldung bei Andrea Gerth,** Löwenstr. 8, 6800 Mannheim 51.

SELBSTVERWALTETE BETRIEBE

Nothilfe oder Strategie gegen Hunger und Arbeitslosigkeit?

Selbstverwaltete Betriebe gibt es schon lange, aber wie sich zeigt, sind sie in ihrer Entwicklung und Gestaltung äußerst vielfältig. In Chile entstanden sie in der Regierungszeit von Frei, aber sie bekamen erst während der Diktatur ein eigenes Profil und eine große Bedeutung als Widerstandsform gegen Hunger und Arbeitslosigkeit. Mit folgendem Artikel stellt der chilenische Soziologe Carlos Ramirez die neuen Möglichkeiten dar, die in dieser Entwicklung liegen.

Die betriebliche Selbstverwaltung ist eine neue Form, die Produktion und die Arbeit in unserem Lande zu organisieren. Hierbei spielen wirtschaftliche Aspekte wie außerökonomische Faktoren eine große Rolle. Sie beeinflussen sich wechselseitig.

Die betriebliche Selbstverwaltung hat bereits in der Frühentwicklung des Sozialismus die Gemüter und die Wissenschaftler beschäftigt. Manche Autoren suchen deren Wurzeln sogar noch in der Zeit davor. Wichtig ist, daß diese Organisationsform im Laufe der Zeit – in der alle Beteiligten über alle Angelegenheiten ihrer Produktion und Arbeit entscheiden, ihr Selbstverständnis immer wieder neu definiert hat. Diese Selbstinfragestellung und die ständige Auswertung immer neuer, andersartiger Erfahrungen sind integraler Bestandteil von „autogestion" (Selbstverwaltung) geworden...

Die Erfahrungen, die in verschiedenen Teilen der Welt gemacht werden, sind extrem unterschiedlich. In Europa sind die selbstverwalteten Betriebe Teil der kapitalistischen, industriellen Enwicklung und tragen zur Reproduktion dieses Systems bei. Auch wenn auf betrieblicher Ebene die Einflußnahme auf Entscheidungsstrukturen gewährleistet ist und die Verantwortlichkeiten entsprechend anders verteilt sind, so haben die Rahmenbedingungen einen entscheidenden Einfluß auf die Funktionsweise. Jeder Wirtschaftsbetrieb wird von diesem System in seinem Handlungsspielraum beeinflußt.

Auf diese Weise findet eine Kontrolle des Spannungsfeldes von interner kollektiver, basisdemokratischer Betriebsorganisation und marktwirtschaftlicher Gesellschaftsentwicklung statt. Deshalb findet nicht wie in weniger entwickelten Gesellschaften eine Diffamierung sogenannter „fremdartiger" Wirtschaftsformen statt, sondern das Gegenteil. Einige europäische Länder geben den kleinen Unternehmen sogar wirtschaftliche Freiräume und eine klar definierte legale Grundlage, um im gesellschaftlichen Gesamtrahmen die Produktions- und Arbeitskapazität zu sichern. Der Selbstverwaltung bleibt nur die Entscheidungsgewalt über die Selbstorganisierung und Verwaltung.

Die andere Wirklichkeit – Lateinamerika

In Lateinamerika sehen die Verhältnisse ganz anders aus. Es gibt ein Rechtsverständnis, das den selbstverwalteten Wirtschaftsbereich regelt. Dieser wird zu einem „Überdruckventil" in Krisenzeiten. Wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen und sie sich aufgrund der Krise als reformunfähig erweist, dann kommt es zu staatlichen oder nichtstaatlichen Einrichtungen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen. Es werden noch so kleine Freiräume, beispielsweise in der Vermarktung, in Produktionswerkstätten oder in Kleinbetrieben genutzt, um die Schaffung von Einkommen zu ermöglichen.

Diese Öffnung des Systems – auch für gewisse Alternativmodelle – ruft bei marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine Umorientierung in ihrem wirtschaftlichen Verhalten hervor. Tendenziell wird hierdurch sozialer Druck abgebaut. Es hat sich aber im Laufe der Zeit erwiesen, daß diese Anpassungsprozesse die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen bestimmen.

Chile: ... auch nur ein Ventil?

Der Fall Chiles weist auf dem Hintergrund lateinamerikanischer Entwicklung besondere Merkmale auf. Die Rahmenbedingungen für Prozesse der „autogestion" unterscheiden sich von jenen in anderen Ländern.

Erste Ansätze der Selbstverwaltung gab es während der Regierungszeit von Präsident Frei, als mehrere Ökonomen entsprechende Modelle entwickelten, die sich jedoch stark an den europäischen Vorbildern orientierten. Sie waren von christlich-sozialen Wertvorstellungen bestimmt, die dem herrschenden Gesellschaftsmodell entsprachen.

Nach dem Putsch änderten sich jedoch die sozialen Rahmenbedingungen grundlegend. Es wurde ein neoliberales Wirtschaftsmodell von Milton Friedmann in Chile durchgesetzt, das die Voraussetzung für den Ausgleich der sozialen und ökonomischen Interessen nicht mehr gewährleistete. Der Zwangscharakter und die Unausweichlichkeit dieses übertragenen Modells lassen eine demokratische und funktionale Politikentwicklung nicht mehr zu. Die armen Bevölkerungsgruppen, die in einem gewaltsamen Prozeß marginalisiert wurden, schaffen sich eigene Organisationsformen. Im informellen Sektor finden sie Schutz vor den brutalen Übergriffen des Militärregimes, organisieren sich Notgemeinschaften gegen Hunger und die soziale Verelendung.

So vollzieht sich in Chile im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern ein sozialpolitischer Ausgleich auf der Grundlage der Entwicklung einer Alternativökonomie, d.h. es entsteht ein eigenständiger Wirtschaftsbereich, Arbeitsplätze werden geschaffen und soziale Not wird gemindert.

Ausschlaggebend für neue wirtschaftliche Initiativen ist der soziale Faktor, d.h. die Gewalt des Staates, die Not im weitesten Sinne, sie stellen den Nährboden für zahllose Bemühungen zu mehr Selbstverwaltung dar. Auf diesem komplexen Hintergrund wird verständlich, daß sich die unterschiedlichsten Formen der „autogestion" herausbilden:

Von Werkstätten, die ganz einfache Arbeitsabläufe haben, bis hin zu kleinen Unternehmen; außerdem Betriebe, die kaum eine Produktionsorganisation haben wie beispielsweise Ein-Mann-Betriebe, die nur saisonal bzw. konjunkturabhängig funktionieren, die nur äußerst geringe Einnahmen ermöglichen, aber ein Überleben garantieren.

Nichtstaatliche Organisationen fördern, was der Staat verhindert

Es gibt in Chile keine Gesetze, die diese Formen der Arbeit und der Produktion schützen würden, folglich wird jegliche reale Förderung mittels Krediten, technischer Beratung und Organisationshilfen verhindert.

In den 15 Jahren der Diktatur haben sich aus diesem Grund zahllose Nicht-Regierungsorganisationen gegründet, die vielfältige Programme zur Unterstützung dieses Bereiches entwickelt haben. Sie bedienen sich häufig der Hilfe von internationalen Organisationen, die die Notwendigkeiten dieses Prozesses erkannt haben. Folglich unterscheiden sich die Organisationen stark hinsichtlich ihrer Größe, ihres Organisierungsgrades sowie ihrer Zielsetzungen. Ganz besonders hervorzuheben sind die beiden Strömungen, die sich aus den christlich-sozialen Modellen der 60er Jahre weiterentwickelt haben und jene Formen der ökonomischen Basisorientierung.

Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern hat sich der informelle Sektor in Chile sehr viel spontaner entwickelt. Das neo-liberale Wirtschaftsmodell verursachte bei den armen Bevölkerungsschichten eine Solidarisierung in der Verweigerung und legte hiermit die Grundlage für das System der Alternativökonomie. Es geht den Menschen in Chile nicht um eine Effektivierung von Wirtschaftskreisläufen, wie dieses gerade durch die viel diskutierte Veröffentlichung von F. Soto für Peru belegt wird. In beiden Systemen gibt es Ansätze von Selbstverwaltung, aber sie schlagen unterschiedliche Richtungen ein und vor allen Dingen, sie unterscheiden sich in ihrer Funktionalität.

Politik für eine konkrete Wirklichkeit

Heute ist die Selbstverwaltung in Chile eine Realität, deren Umfang und tiefe Bedeutung noch nicht klar abzusehen ist. Sie vollzieht sich in einer sozialen Wirklichkeit, die gekennzeichnet ist von Hoffnungslosigkeit, Traurigkeit und Marginalisierung. Es ist deshalb unsere Aufgabe, für diesen Bereich eine Politikstrategie zu entwerfen, die zumindest folgende Kriterien berücksichtigt:

- Die Veränderungsprozesse im informellen Bereich sind sensible Antworten auf gesellschaftliche Probleme, die sich der heutigen chilenischen Gesellschaft stellen. Hierbei geht es um die Wahrnehmung ökonomischer, aber ganz besonders sozialer Probleme.
- Dank ihrer Wesens- und Aktionsmerkmale ist der Bereich der selbstverwalteten Wirtschaft in der Lage, Arbeitslose zu absorbieren und ihnen dadurch einen gewissen Schutz durch seine organisierten Rahmenbedingungen zu geben. Besonders diese Eigenschaft gibt dem Bereich eine alternative Bedeutung im gesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß.
- Es ist von grundlegender Bedeutung, die politische Ökonomie von der Selbstverwaltung zu trennen. Nur so können wir eine Ahnung von dem ideologischen Rahmen, von den soziokulturell bedingten Phänomenen erhalten.

Aus dem Hintergrund des Gesagten ist es unerläßlich, politische Leitlinien zu entwickeln, die folgende Aspekte berücksichtigen:

- Rolle und Stellenwert, den der alternative Bereich oder Formen soziale Wirtschaftsprozesse im Redemokratisierungsprozeß einnehmen;
- der Staat und der alternative Bereich und seine Stellung im Demokratisierungsprozeß;
- Identifizierung der sozialen Bewegung im Kontext einer nationalen Selbstverwaltungsbewegung.

Carlos Ramirez

Übersetzung und Zusammenfassung: Ilse Schimpf-Herken
aus: „Solidarische Welt"

ENGLISH

EUROPE AGAINST THE CURRENT

GERMAN

BASIC FACTS:

In september 1989 during three days (15-17) the festival „Europe Against the Current" was held in Amsterdam.

Venues:
- „De Beurs van Berlage" (former stock exchange building): fair and video presentation.
- The public square in front of „De Beurs van Berlage": three days of happenings and performances on an outdoor stage and in front of it.
- Gallery W139, around the corner of „De Beurs": three exhibitions: censorship in West Germany, 25 years of experimental printed products in Europe and a slide projection installation with 650 different European alternative posters.
- Cultural Centre „Paradiso": opening concert by „Pop Mehanika", Leningrad.
- Cultural Centre „De Melkweg": Czech and Hungarian groups MCH-Band, E, Dunaj, Lois Balast, Endre Szkarosi & Konektor.

350 groups from 21 countries took part in the fair.
In the week before the festival a special newspaper directed at Amsterdam readers was published in 7.000 copies.
The fair was visited by 6.000 people.
The idea to hold the „Europe Against the Current" festival was born five years ago. The initiators were collaborators of „Het Fort van Sjakoo", a bookshop in Amsterdam run by volunteers and specializing in „libertarian and radical ideas from the first to the fifth world and beyond". From its beginning in 1977 this bookshop has had an international orientation, both in respect of the subjects covered and linguistically in that it has always stocked publications in several languages. The Netherlands have a tradition of international orientation both economically and intellectually still strengthened during the 60s and 70s by the influx of workers from Italy, Spain, Portugal, Yugoslavia, North Africa and Turkey, not to forget the immigration of inhabitants of the former Dutch colonies Indonesia and Surinam and the arrival of a growing number of political refugees from all over the world during the last decade. In the relatively small city of Amsterdam (750.000 inhabitants) this cosmopolitan atmosphere is extra strong by the phenomenon of the „cultural exiles": people fleeing cultural restrictions at home or looking for new creative opportunities.

Over the years volunteers of „Het Fort van Sjakoo" have been availing themselves of every opportunity to visit bookfairs elsewhere, both big ones like the international „Frankfurt Book Fair" and smaller ones, alternative and straight, such as the Frankfurt „Gegenbuchmesse", the „Minipressen Messe" in Mainz, the „Foire du Livre" in Brussels, the „Het Andere Boek" in Antwerp and the „Black Third World and Radical Bookfair" in London.

Except for the truly international „Frankfurt Book Fair", all these fairs are or were practically single language.

The first inspiration for the „Europe Against the Current" festival came from explorative travelling by „Het Fort van Sjakoo" people professionally engaged in the documentation of „social movements" on an international level (1). In the course of some 15 years innumerable alternative bookshops, documentation centres, printshops, cultural and political events were visited in various countries, mainly European, which made visible links and similarities then not yet generally perceived.

When, in the beginning of the eighties, Eastern Europe started to become less hermetically closed contacts were established with oppositional and independent groups in that part of Europe.

Important events were the „Cultural Forum" held in Budapest in 1985, where, in the framework of the Helsinki Agreements, the main powers discussed the „free exchange of information", particularly in Europe, and the parallel „Alternative Cultural Forum" organized at the same time and also in Budapest by the nascent, half clandestine Hungarian opposition and attended by a member of the „Het Fort van Sjakoo" collective. Here the idea for the Europe Against the Current festival started to take a concrete shape: why would there be only an official „free exchange of information" between nation states?

So we started to discuss the idea of a European meeting, consciously limiting ourselves to that geographical area for very practical reasons: we considered that a truly international i.e. worldwide meeting would be beyond our possibilities and/or would not deserve its name or not come about at all in the foreseeable future.

Apart from this geograhical limitation we did not want to impose any limitations on the meeting in terms of content and form. We felt and against some criticisms still feel that diversity is one of the more positive aspects of that thing called „Europe".

While the initial idea for the festival had been about books and periodicals we soon broadened its scope to the whole field of objects that carry information. The variety of „information carriers" has widened very much in the last decade, so not only printed matter such as books, periodicals, posters and postcards had to be included but also records, sound and video tapes and computer systems. Then there were the more ethereal media of radio and television and the recent phenomenon of performers who often register their performances and so fit again in the sphere of the more usual information carriers.

As for the content we did not want to put limits neither to the range of subjects nor to the points of view from which these subjects could be approached. For us „freedom of expression" and „free exchange of information" are not aims in themselves but means towards what we feel is the most important freedom: „the freedom to form one's own opinion" irrespective of prevailing opinions and norms.

This standpoint is rather controversial as we have noticed over the last few months. Theoretically it means „anything goes", so we were on many occasions confronted with questions like „would you accept a fascist group at your festival?" Instead of answering such questions with an immediate „of course not" we have tended first to pose a counter question like „who decides whether this word applies to a concrete person or a group?". Misinterpretation and misuse of information are so common, unjust labelling and condemning people so much practised, intolerance is so widely spread that we tried to be as open as possible. For us our role was not in the first place to judge but to mediate between the many different opinions.

Although in our first and only manifesto we have directed our call for „Europe Against the Current" at individuals and groups that can be labelled „alternative", „independent" and „radical", one understands that these words are not absolute but relative. Relative in the contexts of both space and time. The youngest history has shown how dramatically the meanings of such words can change. Hungarian, East German and Czech oppositionists would seem to have pushed the hitherto reigning order into the position of a new opposition to a new order. A situation in which something new was offered as an alternative to something old has been completely reversed. The word „independent", which we used in preference to the word „dissident" in the context of Eastern Europe meant „independent from the communist party", but now that this party seems to have been largely removed from its power position and that former „dissidents" overnight become ministers, this word loses its meaning. Changes in Eastern Germany have been so quick and so radical that radicals who shouted for democracy in the first demonstrations are now attacked by another type of radicals who call for the opposite.

As can be seen in some of the criticisms accompanying this article, some participants would have liked us to limit the range of subjects and of points of view to be exhibited at „Europe Against the Current". We are but all too aware of the calls for „unity" that have been made upon us by some participants but such unity implies the exclusion of those who do not fit in some scheme, line or plan.

We sought pluriformity and diversity

In such a situation tension and frictions among participating groups and between participants and organizers had to occur.

On hindsight we realize that we had not prepared sufficiently for the confrontation with persons and groups who wanted to impose a (their) single point of view as the only one to be allowed at the festival.

In the manifesto that we had sent out in several thousands of copies in several languages we had explained our ideas for the festival but said little about who we were and what our organization was like. Many misunderstandings can be traced back to this omission. Several people thought we were a rich and influential organisation and we have even been suspected of making big profits with the festival.

At one point such suspicions together with ideological disagreements led to physical fighting in which a few participants claimed „free entrance" for all visitors and criticized the fact that participants had to pay rent for their stalls.

As a matter of fact our initial idea was to give the stalls for free but after two years of fruitless endeavours to get the necessary subsidies we had no other choice but to charge a rent. The participants from Eastern Europe did not have to pay stall hire, however, and were provided with free lodging.

Now something about the organization of the festival.

In fact the people behind the festival were and are not an organization. As has been said in the beginning, the initiators were connected with the bookshop „Het Fort van Sjakoo",

BASISFAKTEN:

Im September 1989 fand in Amsterdam drei Tage lang das Festival „Europa gegen den Strom" statt.

Schauplätze:
- „De Beurs van Berlage" (ehemaliges Börsengebäude): Messe und Videovorführungen.
- Der Platz vor „De Beurs van Berlage": drei Tage Happenings und Aufführungen auf einer Bühne im Freien und auf dem Platz davor.
- Galerie W139 nicht weit vom „De Beurs": drei Ausstellungen: Zensur in der BRD, 25 Jahre experimentelle Druckerzeugnisse in Europa und eine Diaprojektorvorführung mit 650 verschiedenen europäischen alternativen Postern.
- Kulturzentrum „Paradiso": Eröffnungskonzert von „Pop Mekhanika", Leningrad.
- Kulturzentrum „De Melkweg": Tschechische und ungarische Gruppen: MCH- Band, E, Dunaj, Lois Balast, Endre Szkarosi & Konektor.

350 Gruppen aus 21 Ländern haben an dieser Messe teilgenommen.

Eine Woche vor dem Festival wurden für die Leser in Amsterdam 7.000 Exemplare einer Sonderzeitung herausgegeben. Die Messe wurde von 6000 Menschen besucht. Die Idee, das „Europa gegen den Strom"-Festival abzuhalten ist vor fünf Jahren entstanden. Die Initiatoren waren Mitarbeiter des „Het Fort van Sjakoo", eines Buchladens in Amsterdam, der von Freiwilligen geführt wird und sich auf „freiheitliche und radikale Ideen von der ersten bis zur fünften Welt und darüberhinaus" spezialisiert hat. Schon von seinen Anfängen (1977) an ist dieser Buchladen international orientiert, sowohl von den Themen als auch der linguistischen Ausrichtung her, da er stets Veröffentlichungen in mehreren Sprachen auf Lager hat. Die Niederlande sind traditionellerweise international orientiert, ökonomisch wie intellektuell, eine Tendenz, die während der 60er un 70er Jahre durch den Zustrom von Arbeitern aus Italien, Spanien, Portugal, Jugoslawien, Nordafrika und Türkei verstärkt wurde, ganz zu schweigen von den Einwanderern aus den ehemaligen holländischen Kolonien Indonesien und Surinam und der wachsenden Zahl politischer Flüchtlinge aus der ganzen Welt in den letzten zehn Jahren. In der relativ kleinen Stadt Amsterdam (750 000 Einwohner) ist die kosmopolitische Atmosphäre besonders stark aufgrund des Phänomens der „Kulturflüchtlinge": Menschen, die vor kulturellen Restriktionen im Heimatland flüchten oder die nach neuen kreativen Gelegenheiten suchen.

Im Laufe der Jahre haben die Freiwilligen von „Het Fort van Sjakoo" jede Gelegenheit genutzt, überall Buchmessen zu besuchen, sowohl große wie die internationale „Frankfurter Buchmesse" als auch kleinere, alternative und kommerzielle, wie die Frankfurter „Gegenbuchmesse", die „Minipressen Messe" in Mainz, der „Foire du Livre" in Brüssel, die „Het Andere Boek" in Antwerpen und die „Black Third World and Radical Bookfair" in London.

Außer der wirklich internationalen „Frankfurter Buchmesse" sind oder waren alle diese Messen einsprachig.

Die Leute von „Het Fort van Sjakoo", die sich professionell mit der Dokumentation „gesellschaftlicher Bewegungen" auf internationaler Ebene beschäftigten, bekamen ihre ersten Anregungen zum „Europa gegen den Strom"-Festival auf ihren Forschungsreisen.(1) Im Laufe von etwa 15 Jahren besuchte man unzählige Buchläden, Dokumentationszentren, Druckereien, kulturelle und politische Veranstaltungen in verschiedenen Ländern, vorrangig europäischen, was Verbindungen und Ähnlichkeiten zu Tage brachte, die bis dahin noch nicht allgemein bekannt waren.

Als Anfang der 80er Osteuropa allmählich seine hermetische Abgeschlossenheit lockerte, stellte man in diesem Teil Europas mit oppositionellen und unabhängigen Gruppen Kontakte her.

Zu den wichtigen Ereignissen gehörte das „Kulturforum" 1985 in Budapest, auf dem die Großmächte im Rahmen des Helsinki-Abkommens den „freien Austausch von Informationen" diskutierten, besonders in Europa. Parallel dazu fand das „Alternative Kulturforum" statt, das zur selben Zeit ebenfalls in Budapest von der entstehenden, halb im Untergrund tätigen ungarischen Opposistion organisiert wurde und das von einem Mitglied des „Het Fort van Skajoo"-Kollektivs besucht wurde. Hier nahm die Idee des „Europa gegen den Strom"-Festivals allmählich eine konkrete Form an: Warum sollte nur ein offizieller „freier Informationsaustausch" zwischen den Nationalstaaten stattfinden?

Also haben wir begonnen die Idee eines europäischen Treffens zu diskutieren, wobei wir uns bewußt aus praktischen Gründen auf dieses geographische Gebiet beschränkt haben: Wir haben überlegt, daß ein wirklich internationales, d.h. weltweites Treffen unsere Möglichkeiten übersteigen und/oder diesen Namen nicht verdienen würde oder in absehbarer Zeit gar nicht zustande kommen würde.

Abgesehen von der geographischen Einschränkung wollten wir, was Inhalt und Form betrifft, dem Treffen keinerlei Begrenzungen auferlegen. Wir waren und sind trotz einiger Kritiken immer noch der Meinung, daß Vielfalt einer der positiven Aspekte des sogenannten „Europa" ist.

Während die Ausgangsidee für das Festival Bücher und Zeitschriften betraf, so erweiterten wir bald seinen Rahmen auf das ganz Feld von Informationsträgern. Die Bandbreite der „Informationsträger" hat sich im letzten Jahrzehnt sehr erweitert, daher mußten nicht nur Druckerzeugnisse wie Bücher, Zeitschriften, Posters und Postkarten miteinbezogen werden, sondern auch Schallplatten, Ton- und Videokassetten und Computersysteme. Weiterhin gab es die weniger „Äther-Medien, Radio und Fernsehen, die ihre Sendungen oft aufnehmen und so wiederum zu der Gruppe der nützlichen Informationsträger gehören.

Was den Inhalt betrifft, wollten wir weder bezüglich der Bandbreite der Themen noch des Standpunkts Grenzen auferlegen. Für uns sind „Freiheit der Meinungsäußerung" und „Freier Informationsaustausch" nicht Ziele an sich, sondern Mittel zum Erreichen der Freiheit, die unserer Meinung nach am wichtigsten ist: „Die Freiheit, sich seine eigene Meinung zu bilden" ohne Rücksicht auf vorherrschende Meinungen und Normen.

Dies ist ein ziemlich kontroverser Standpunkt, wie wir in den letzten Monaten bemerkt haben. Theoretisch bedeutet dies, „alles geht"; daher waren wir bei vielen Gelegenheiten mit der Frage konfrontiert. „Würdet ihr eine faschistische Gruppe auf eurem Festival akzeptieren ?" Statt diese Frage mit einem sofortigen „Natürlich nicht" zu beantworten, haben wir uns bemüht, zunächst eine Gegenfrage zu stellen, wie etwa „Wer entscheidet, ob diese Bezeichnung auf eine konkrete Person oder eine Gruppe angewendet wird?" Fehlinterpretation und Mißbrauch von Information sind so alltäglich, ungerechtfertigte Etikettierung und Verurteilung von Menschen werden so oft angewendet, Intoleranz ist so weit verbreitet, daß wir versuchten, so offen wie möglich zu sein. In erster Linie war es nicht unsere Aufgabe zu urteilen, sondern zwischen vielen verschiedenen Meinungen zu vermitteln.

Obwohl wir unseren Aufruf für „Europa gegen den Strom" in unserem ersten und einzigen Manifest an Einzelpersonen und Gruppen gerichtet haben, die man als „alternativ", „unabhängig" und „radikal" bezeichnen kann, ist es wohl verständlich, daß diese Worte nicht absolut, sondern relativ sind. Relativ im Kontext von Raum und Zeit. Die jüngste Geschichte hat gezeigt, wie dramatisch sich die Bedeutung solcher Worte ändern kann. Ungarische, ostdeutsche und tschechische Oppositionelle scheinen die bisher herrschende Ordnung so verschoben zu haben, daß es eine neue Opposition zur neuen Ordnung gibt. Eine Situation, bei der etwas Neues als Alternative für etwas Altes angeboten wurde, hat sich völlig ins Gegenteil verkehrt. Das Wort „unabhängig", das wir im Zusammenhang mit Osteuropa dem Wort „Dissident" vorgezogen haben, bedeutete „unabhängig von der kommunistischen Partei", aber jetzt da diese Partei ihre Macht weitgehend verloren hat und die früheren „Dissidenten" über Nacht Minister geworden sind, verliert die Bezeichnung ihre Bedeutung. Die Umwälzungen in der DDR waren so schnell und radikal, daß die Radikalen, die bei den ersten Demonstrationen nach Demokratie schrien, jetzt von einem anderen Typ von Radikalen angegriffen werden, die nach dem Gegenteil rufen.

Wie man anhand einiger Kritiken sehen kann, die diesem Artikel beigefügt sind, hätten es einige Teilnehmer gerne gesehen, wenn wir die Bandbreite der Themen und Standpunkte, die auf „Europa gegen den Strom" vorgestellt wurden, eingegrenzt hätten. Wir sind uns der Rufe nach „Einheit" nur allzu bewußt, die uns von einigen Teilnehmern erreichten, aber solch eine Einheit impliziert den Ausschluß derer, die nicht in das Schema, die Linie oder den Plan passen.

Suche nach Pluralität und Vielfalt

In solch einer Situation mußten Spannungen und Reibungen unter den teilnehmenden Gruppen und zwischen Teilnehmern und Organisatoren auftreten. Rückblickend erkennen wir, daß wir uns nicht genügend für die Konfrontation mit Einzelnen und Gruppen vorbereitet hatten, die einen (ihren) einzigen Standpunkt als den einzig auf dem Festival erlaubten durchsetzen wollten.

Im Manifest, das wir in einigen tausend Exemplaren in mehreren Sprachen verschickt hatten, haben wir unsere Vorstellungen für das Festival dargelegt,aber wir haben wenig darüber gesagt, wer wir sind und wie unsere Organisation ablief. Viele Mißverständnisse sind auf dieses Versäumnis zurückzu-

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

where they worked as volunteers, mostly one or two days a week. Initially the organizational work was done by five people, whose number had increased to some fifty in the last few months preceding the festival – all worked for free. In order to be able to be considered for subsidies by official bodies the organizers had to set up a legal body (donation, foundation, trust).

The main cost items of the festival were: the database of groups and persons to be contacted, the mailings to potential participants both to invite them and to get data on them for the database and the catalogue, rent of fair and exhibition halls, travel and other expenses for Eastern Europeans and for performing groups contributing to the outdoor programme, the „Transeuropean radio telephonic installation", the production of the catalogue, rent of office space, necessary equipment like telephones, computers, photocopy facilities, telefax, travel expenses of collaborators.

The total cost of the festival amounted to 162.000 guilders, the total receipts to 143.000 guilders, so we are left with a deficit of 18.000 guilders.

In view of the claim of some participants that everything should be „free", it might be useful to give the breakdown of these global figures:

Expenses:	
Organisation	19.000
Publicity	12,000
Production dafabase and catalogue	18.000
Rent and furnishing of locations	27.000
Exhibitions	33.000
Music and performance programmes	17.000
Travel and lodging East Europeans	24.000
Other preparation expenses	12.000
Total	162.000

Receipts:	
Subsidies	100,000
Rent of stalls	20.000
Entrance fees	16.000
Advertisements in catalogue	5.000
Others	2.000
Total	143.000

Subsidies and other donations were contributed by the following bodies:

– Dutch Ministry of Culture for the exhibitions	35.000
– European Cultural Foundation	10.000
– Algemene Spaarbank Nederland	7.500
– Elisabeth Catharina Fund	6.000
– Rainbow Fraction European Parl.	500
– City of Amsterdam	21.000
– Amber Travel Agency, Amsterdam	1.750
– EXIS Youth for Europe	18.000

Several libraries and documentation centres lent us items for the exhibitions from their collections: University Library Amsterdam, ID Archiv im IISG Amsterdam, CIRC (Cultural Buro Russia) Amsterdam, Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Packpapier Verlag Osnabrück, Centre for the Promotion of Independent Czechoslovak Literature Schwarzenberg/Scheinfeld, Galleria Entropia Wroclaw, Srecna Galerija Beograd, Inconnu Group and Artpool Archive Budapest.

The compilation of the database, which was the pivot of the project, was only possible with the help of many. Material help in the form of a computer and a loan for the production of the catalogue was given by the International Institute of Social History (IISG) Amsterdam. This Institute participated also in the publishing of the catalogue. Several friends lent us their personal computer for weeks and even months.

Many supplied lists of addresses and other information on groups, i.e. the Centre International de Recherches sur l'Anarchisme (CIRA) Geneva (now Lausanne), Land und Welt Munich (about the Soviet Union), ID Archiv im IISG Amsterdam, V2 BoisleDuc The Netherlands, Federation of Radical Booksellers London, Librairie La Gryffe Lyons, Libreria Calusca Milano, De Media Eeklo Belgium, On Gogol Boulevard New York, Asociación Isaac Puénte Vitoria Spain.

Lack of time and money have prevented so far the publishing of all the information gathered, i.a. a detailed list of 500 alternative European periodicals.

At the outdoor stage approximately 40 acts, concerts and performances were produced by persons and groups from 15 different countries: Famiglia Sfuggita from Italy, Orange Alternative from Poland, Trottel from Hungary, Alien Culture from Great Britain, Krash from West Germany, Aphasia Opium from Yugoslavia, Bart Plantenga from France, etc.

The way the programme was appreciated apparently depended on taste: in respect of the music programme some felt there was too much „noisy" punk and new wave, others were very positive about it.

Fewer were the openly expressed criticisms of the content of what was presented.

Two incidents, both of the same character, deserve attention. They had to do with „freedom of expression" versus „freedom to form one's own opinion". What is claimed by one as her or his freedom of expression can be rejected by others as an objectionable gesture, image, message, sound or sign that shouldn't be made or presented. In theory it is easy to say that freedom is not something fixed that everybody knows neither just a personal opinion but that one should constantly consider the interests and opinions of others when estimating one's allowance of freedom. In practice, however, this theory can be used as an argument for any kind of censorship. Sets of value differ so widely that freedom of expression and freedom of opinion must come into conflict.

The selection of the groups that were to play/perform was made by us. While in some cases we had doubts about the palatability of an item for parts of the audience we felt at the same time that we should not deprive the visitors of innovative or otherwise worthwhile experiences by inviting only groups that presented no risks. Anyway, we have never wanted to preview or to precensor what was to be presented on stage.

The public can always intervene in a performance although it is unusual to do so. The spectator who considers intervening has to decide what s/he values most: her/his sense of freedom in terms of what s/he is prepared to see or to hear, the freedom of expression of the performer, or again the freedom of the other spectators to watch or to listen to what they want to see or to hear. In most cases there is still another options however: to leave the place, to turn the switch, to stop reading.

In the case of both incidents to leave was a possible solution which the persons involved apparently rejected or did not consider.

One incident took place during the performance of „Le peintre NATO" (the painter NATO, France) who is engaged in happenings „as artistic conception" and shows his own naked body and those of others on stage. A group of persons from West Germany intervened by cutting cables of the stage equipment.

Not included in these figures are the thousands of hours of work for free by all the voluntary collaborators, the material aid received from several organisations and institutions and the price reductions granted by many firms. One computer firm (Bull) lent us computers and a laserprinter, the University of Amsterdam helped us with audiovisual equipment, an alternative food shop (de Weegschaal, Amsterdam) prepared and sold cheap meals to participants while the Video Press Group Amsterdam took care of the video presentations at the fair.

Many participants from Eastern Europe and some members of performing groups stayed with Amsterdam citizens who provided free accomodation and often also free meals. For most people involved herein this was a very positive experience.

führen. Einige Leute dachten, wir seien eine wohlhabende und einflußreiche Organisation, und einige hatten uns sogar in Verdacht, wir würden mit dem Festival große Gewinne machen.

Zu einem Zeitpunkt führten diese Verdächtigungen in Kombination mit ideologischen Meinungsverschiedenheiten zu Auseinandersetzungen, bei denen einige Teilnehmer „freien Eintritt für alle Besucher" durchdrücken wollten und die Tatsache kritisierten, daß Teilnehmer für ihre Stände Miete zahlen mußten. Tatsächlich war unsere Ausgangsidee gewesen, die Stände umsonst abzugeben, aber nach zwei Jahren fruchtloser Bemühungen, die notwendigen Subventionen zu bekommen, hatten wir keine andere Wahl als Miete zu verlangen. Die Teilnehmer aus Osteuropa mußten jedoch keine Standmiete zahlen und bekamen auch freie Unterkunft.

– Amber Reisebüro, Amsterdam	1.750
– EXIS Jugend für Europa	18.000

In dieser Auflistung fehlen die vielen unentgeltlichen Arbeitsstunden aller freiwilligen Mitarbeiter, die materielle Hilfe, die wir von einigen Organisationen und Institutionen erhalten haben, und der Preisnachlaß, den uns verschiedene Firmen gewährt haben. Eine Computerfirma (Bull) hat uns Computer und einen Laserdrucker ausgeliehen, die Universität Amsterdam unterstützte uns mit audiovisueller Ausrüstung, ein alternativer Lebensmittelladen (de Weegschaal, Amsterdam) hat billige Mahlzeiten vorbereitet und sie an die Teilnehmer verkauft, während die Video Press Group, Amsterdam, die Videovorführungen auf der Messe betreute.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ein paar Worte zur Organisation des Festivals

Die Leute hinter dem Festival sind und waren keine Organisation. Wie wir anfangs gesagt haben, standen die Initiatoren in Verbindung mit dem Buchladen „Het Fort van Sjakoo", in dem Freiwillige arbeiteten, meist ein oder zwei Tage pro Woche. Anfangs wurde die Organisationsarbeit von fünf Leuten gemacht, diese Zahl stieg in den letzten Monaten vor dem Festival auf etwa 50 an – alle arbeiteten unentgeltlich. Um von den offiziellen Stellen für subventionswürdig befunden zu werden, mußten die Organisatoren eine legale Gesellschaftsform (Stiftung) gründen.

Die Rechnungsposten des Festivals waren: die Datei der zu kontaktierenden Personen und Gruppen, die Korrespondenz mit potentiellen Teilnehmern, um sie einzuladen und für die Datei und den Katalog Daten über sie zu bekommen, die Miete für die Messe- und Ausstellungshallen, Reise- und andere Kosten für Osteuropäer und für die Gruppen, die im „Freilicht"-Programm auftraten, die „Transeuropäische Radio-Telefon-Installation", die Produktion des Kataloges, Miete der Büroräume, notwendige Ausrüstung wie Telefon, Computer, Photokopierer, Telefax, Reisekosten für Mitarbeiter.

Die Gesamtkosten des Festivals beliefen sich auf 162.000 Gulden, die Gesamteinnahmen auf 143.000, es bleibt ein Defizit von 18.000 Gulden.

Aufgrund der Forderung einiger Teilnehmer, alles solle „umsonst" sein, ist es vielleicht hilfreich diese Zahlen hier aufzuschlüsseln:

Ausgaben:	
Organisation	19.000
Werbung	12.000
Herstellung Datei und Katalog	18.000
Miete und Möbel	27.000
Ausstellungen	33.000
Musik- und sonstige Vorführungen	17.000
Unterkunft und Verpflegung für Osteuropäer	24.000
Andere Vorbereitungskosten	12.000
Summe	162.000

Einkünfte:	
Subventionen	100.000
Standmiete	20.000
Eintrittsgelder	16.000
Anzeigen im Katalog	5.000
Sonstiges	2.000
Summe	143.000

Subventionen und sonstige Unterstützung wurden von den folgenden gegeben:

– Holländisches Kulturministerium für Ausstellungen	35.000
– Europäische Kulturstiftung	10.000
– Algemene Spaarbank Nederland	7.500
– Elisabeth Catharina Fund	6.000
– Regenbogenpartei Europ. Parl.	500
– Stadt Amsterdam	21.000

Viele Teilnehmer aus Osteuropa und einige Mitglieder der auftretenden Gruppen wohnten bei Amsterdamern, die freie Unterkunft und oft auch Verpflegung zur Verfügung stellten. Für die meisten Leute, die hier beteiligt waren, war es eine äußerst positive Erfahrung.

Einige Büchereien und Dokumentationszentren liehen uns Gegenstände für die Ausstellungen aus ihren Sammlungen aus: u.a. Universitätsbibliothek Amsterdam, ID-Archiv im IISG Amsterdam, CIRC (Kulturbüro Rußland) Amsterdam, Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Packpapier Verlag Osnabrück, Zentrum zur Förderung Unabhängiger Tschechoslowakischer Literatur Schwarzenberg/Scheinfeld, Galleria Entropia Wroclaw, Srecna Galerija Beograd, Inconnu Group und Artpool Archive Budapest.

Die Zusammenstellung der Datei, der Angelpunkt des Projekts, war nur mit Hilfe vieler möglich. Materielle Unterstützung in der Form eines Computers und ein Darlehen für die Katalogproduktion erhielten wir vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) Amsterdam. Dieses Institut war auch an der Veröffentlichung des Katalogs beteiligt. Einige unserer Freunde haben uns wochen- und sogar monatelang ihre PCs geliehen.

Viele stellten uns Adressenlisten und andere Informationen über Gruppen zur Verfügung: das Centre International de Recherches sur l'Anarchisme (CIRA) Genf (jetzt in Lausanne), Land und Welt München (über die Sowjetunion), ID Archiv im IISG Amsterdam, V' BoisleDuc Niederlande, Federation of Radical Booksellers London, Librairie La Gryffe Lyon, Libreria Calusca Mailand, De Media Eeklo Belgien, On Gogo! Boulevard New York, Asociación Isaac Puente Vitoria Spanien.

Mangel an Zeit und Geld standen bisher einer Veröffentlichung der gesammelten Informationen entgegen, unter anderem einer detaillierten Liste von 500 alternativen europäischen Zeitungen. Auf der Freilichtbühne wurden fast 40 Acts, Konzerte und Aufführungen von Einzelnen oder Gruppen aus 15 Ländern gegeben: Famiglia Sfuggit aus Italien, Orange Alternative aus Polen, Trottel aus Ungarn, Alien Culture aus Großbritannien, Krash aus der BRD, Aphasia Opium aus Jugoslawien, Bart Platenga aus Frankreich, etc.

Die Beurteilung des Programms war offensichtlich eine Frage des Geschmacks: Einige waren der Meinung, das Musikprogramm enthalte zuviel „lauten" Punk und New Wave, anderen gefiel es sehr gut. Offen geäußerte Kritik über den Inhalt des Vorgestellten war seltener.

Zwei Vorkommnisse verdienen es erwähnt zu werden. Es geht um den Konflikt zwischen „Freiheit des Ausdrucks" gegen „Freiheit sich seine eigene Meinung zu bilden". Was die einen als ihre Freiheit des Ausdrucks beanspruchen, wird von anderen als anstößige Geste, Bild, Aussage, Klang oder Zeichen verworfen, die nicht gemacht oder vorgestellt werden sollten. Theoretisch ist es einfach zu sagen, Freiheit sei nichts Festgelegtes, das jeder kennt, und auch keine persönliche Meinung, sondern man solle ständig die Interessen und Meinungen anderer in Betracht ziehen, wenn man das Zulassen von Freiheit beurteilt. In der Praxis kann diese Theorie jedoch als Argument für jede Art von Zensur benutzt werden. Die Wertmaßstäbe unterscheiden sich so sehr, daß die Freiheit des Ausdruck und die Meinungsfreiheit miteinander in Konflikt geraten.

Die Auswahl der Gruppen, die spielen/auftreten sollten, wurde von uns getroffen. Während wir in manchen Fällen schon unsere Zweifel hatten, ob eine bestimmte Vorführung für Teile des Publikums schwer verdaulich sei, waren wir zur

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ment. As they did not tell their reasons for doing so in public we can only guess that they felt offended by the nakedness or dismissed the showing of naked bodies as „sexist". When the attempt to cut the electric current failed they started throwing fruits at the actors shouting things like „get off, around the corner you can even make money with your „performances"!".

The other incident occurred during the performance of the Dutch group Tsort which combines video images with playing and acting. Their performance was halted by a group that called itself „autonomous women and men from Cologne". They considered the video film shown unacceptable and pulled out the plugs. The video film was a grotesque persiflage with a scene in which a man dressed up as a woman raped another man dressed up as a man. Meanwhile the band played a song with the text „I'm your leader". In a printed declaration the group sent us a month after the event they stated „Vergewaltigung ist mit der krasseste und gewalttätigste Ausdruck patriarchaler Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen. Ganz gleich mit welcher Absicht dieser Streifen gemacht wurde, er reproduziert zunächst einmal die HERRschenden Gewaltstrukturen und hätte ebenso in jedem x- beliebigen Pornokino laufen können.". („Rape is one of the worst and most violent expressions of patriarchal structures of omination and repression. Irrespective of the intentions of the makers of this film it simply reproduces in the first place the revailing power structures and could as well have been shown in a porncinema.")

At the moment of their sabotage act the group said that the content of the video was so much in opposition to what they felt the festival was about, that the only thing they could do was to stop the video. In their own words: „Es ging uns nicht um'ne Diskussion mit den Musikern und dem Videomacher über diesen Film, sondern darum, das Weiterzeigen des Streifens direkt zu verhindern und dann zu diskutieren." („We did not just want a discussion about this film with the musicians and the maker, what we wanted was to stop the showing of the film and then to have a discussion.")

As could be expected the discussion with the Tsort group and the stage technicians was much more about the form of the action than about the content of the video. One of the focal points of Tsort is criticism of fashionable sadomasochism and of the persistence, also within the alternative scene, of the leadership phenomenon.

We do not in principle object to intervention by the public during a performance or show but persons intervening should take full responsibility for their acts because they decide for others, especially for the rest of the public. The minimum they should do is to show themselves, to make clear to everybody involved why they did intervene and to be open to counter arguments and to counter actions.

(1) For the department for the documentation of social movements of the University Library of Amsterdam.

gleichen Zeit der Meinung, man solle den Zuschauern keine innovative oder ansonsten wertvolle Erfahrung vorenthalten, indem wir nur „risikolose" Gruppen einladen. Wir wollten auf keinen Fall die Aufführungen vorbesprechen oder vorzensieren.

Das Publikum kann immer in eine Aufführung eingreifen, auch wenn es ungewöhnlich ist. Zuschauer, die eingreifen wollen, müssen entscheiden, was ihnen mehr wert ist: ihr Sinn für Freiheit im Bezug auf das, was sie bereit sind zu sehen und zu hören, die Freiheit des Ausdrucks des Vorführenden oder wiederum die Freiheit der anderen Zuschauer, auch zu sehen und zu hören, was sie sehen oder hören wollen. In den meisten Fällen gibt es jedoch noch eine andere Möglichkeit: zu gehen, den Knopf abzustellen, mit dem Lesen aufzuhören.

In beiden Fällen wäre das Verlassen des Schauplatzes eine mögliche Lösung gewesen, die die betroffenen Personen offensichtlich ablehnten oder nicht in Erwägung zogen.

Ein Zwischenfall ereignete sich während der Aufführung von „Le peintre NATO" (des Malers NATO, Frankreich), der „als künstlerisches Konzept" Happenings macht und seinen eigenen nackten Körper und den anderer auf der Bühne zeigt. Eine Gruppe Besucher aus der BRD griffen ein, indem sie die Kabel der Bühnenausstattung durchschnitten. Da sie in der Öffentlichkeit keine Gründe für ihr Verhalten angaben, können wir nur annehmen, daß sie sich durch die nackten Körper angegriffen fühlten oder sie als „sexistisch" empfanden. Als der Versuch den Strom abzustellen fehlschlug, begannen sie die Schauspieler mit Obst zu bewerfen und riefen etwa „Haut ab, um die Ecke könnt ihr mit euren „Performances" sogar Geld machen!"

Der zweite Zwischenfall ereignete sich während des Auftritts der holländischen Gruppe Tsort, die zu Videobildern agieren. Ihre Performance wurde von einer Gruppe unterbrochen, die sich „Autonome Frauen und Männer Köln" nennen. Sie fanden den Videofilm unerträglich und zogen die Stecker heraus. Das Video war eine groteske Persiflage und zeigte eine Szene, in der ein Mann als Frau verkleidet einen anderen Mann in Männerkleidern vergewaltigt. Dazu spielte die Gruppe ein Lied mit dem Text „I'm your leader". In einer gedruckten Erklärung, die uns die Gruppe einen Monat nach dem Zwischenfall schickte, sagte sie folgendes: „Vergewaltigung ist mit der krasseste und gewalttätigste Ausdruck patriarchaler Herrschafts- und Unterdrückungsstrukturen. Ganz gleich mit welcher Absicht dieser Streifen gemacht wurde, er reproduziert zunächst einmal die HERRschenden Gewaltstrukturen und hätte ebenso in jedem x-beliebigen Pornokino laufen können."

Als die Gruppe ihren Sabotageakt ausführte, sagte sie, der Inhalt des Videos laufe dem, um was es ihrer Meinung nach auf dem Festival ging, so zuwider, daß sie nur das Video anhalten konnten. Mit ihren Worten: „Es ging uns nicht um'ne Diskussion mit den Musikern und dem Videomacher, sondern darum, das Weiterzeigen des Streifens direkt zu verhindern und dann zu diskutieren."

Wie zu erwarten, drehte sich die Diskussion mit Tsort und den Bühnentechikern mehr um die Form als um den Inhalt des Videos. Eine der Hauptanliegen von Tsort ist Kritik an modischem Sadomasochismus und am Festhalten am Führerphänomen, auch innerhalb der Alternativszene.

Wir sind nicht prinzipiell dagegen, daß das Publikum in eine Performance oder Show eingreift, aber die eingreifenden Leute sollten die volle Verantwortung für ihre Handlung übernehmen, da sie für andere entscheiden, im besonderen für den Rest des Publikums. Sie sollten sich zumindest selbst zeigen, jedem, der davon betroffen ist, klarmachen, warum sie eingegriffen haben, und für Gegenargumente und Gegenaktionen offen sein.

(1) Für die Abteilung zur Dokumentation gesellschaftlicher Bewegungen der Universitätsbibliothek Amsterdam.

Anzeige

AGORA

Journal for banned writers and anti-authoritarians thinkers.
Box 8190 – S-104 20 STOCKHOLM

Anzeige

comunidad

AGAINST THE CURRENT

- we create a stream of solidarity between North and South
- face to face with alternative groups and selfmanaging and ecological projects in Latin America
- contributing with money, tools and labour

Contributions:
Comunidad – Account nr 145 239 257
Första Sparbanken – Stockholm

Further information:
Box 15 128 – S-104 65 Stockholm

FOLLOW UP OF EUROPE AGAINST THE CURRENT I

1 Continuation of database
2 Preparatory meetings 1990
3 Traveling exhibitions
4 Europe Against the Current II 1991

At this moment the database comprises some 4300 addresses of independent groups in 25 countries. From these addresses 1000 were selected for the catalogue published during the festival. These 1000 were mainly groups who had given details about their aims, ways of working, etc. on the application forms we had distributed. Those forms had been sent to over 3000 groups throughout Europe while they had also been distributed through contacts in several countries. The mailing list had been compiled from hundreds of sources such as periodicals, alternative directories, publishers' guides, etc.

The information about the several groups in the database as it is now varies strongly. A simple address is insufficient, it is necessary to know what a group does, which kind of information carriers it works with, the subjects it deals with and, possibly, from what point of view it acts. While such a directory will always remain incomplete the level of informativeness of the database as it is now shows considerable differences between countries and groups.

We plan to enlarge and to improve the directory in the near future with a view to be able to offer a kind of alternative European Yellow Pages that can be used in different ways: obtain data of groups by country, region, city, kind of group or subject, dispatch by mail, telefax, computer + modem.

In order to increase the speed of information exchange we plan also to make parts of the database available through a 'bulletin board' (electronic postbox). It is true that not everybody has a computer with modem (device to exchange computer data by telephone) and that many people hate computers but on the other hand there are enough people who have the possibility to take part in this kind of computer communication and would be able to join in a dynamic contact 'network'.

We would like this European data bank to be polycentral with in various places databases that exchange addresses. Groups and organizations interested in this idea are welcome to contact us.

A polycentral data bank can also do other things, such as exchange information about meetings and publications in various countries.

With a view to a possible second 'Europe Against the Current' festival we would like to hold in 1990 in at least two places in Europe preparatory meetings, on the one hand to have a discussion on the content of the festival and on the other hand to ensure the practical support of other groups and organizations. Venues considered: East Berlin, Ljubljana, Milan, Barcelona.

Another important activity for the remaining collaborators of EAC to develop is to get two of the exhibitions of the 1989 festival travelling around Europe during 1990. These exhibitions are '25 Years of experimental printed matter in Europe' and the slide installation comprising 650 alternative European posters. At the time of writing this article contacts are going on with Hamburg, Essen, Cologne, Zurich, Milan and Belgrade. Whoever else is interested is invited to contact EAC.

1991 is considered for the second 'Europe Against the Current' festival. Neither time nor place have yet been fixed definitively, however. Spring? Autumn? Amsterdam? Budapest?

Address:
Stichting Europe against the current
Jodenbreetstraat 24, 1011 NK Amsterdam
☎ (00 31 20) 27 26 43

REACTIONS

Our doubts were and have remaind the following:
a/why the netherlands movement is totally out of this meeting out of the inner debats and out of the organisers staff.
b/is it true or not that there is a large financial support from the dutch institutes.
c/if true, which reasons have made the organisers staff to ask for a stand / one table of two meters /the sum of 180 guilder.
d/the organisers should also explain the meaning of the request of the visiters of the 10 guilders ticket/or 5 guilders each day.
e/last but not least, it's intolerable to permit not in uniform policeman to walk around the stands and to stay at the entrance with orders to prevent the entrance of people who cant or wont pay.
5 vragen van de radicale oppositie tijdens de beurs.

ENQUETE

We prefer the group attitude you have, more than too much specific professional. Because we can, like that, really participate to organization.

Good choice by the big place. For the money ...shutup Italians. Organization is money and support of information needs money.
(Terminal, Paris, Radio broadcasting/bulletin board, France)

Copy machine area is much important (as computers) and there should have been one at least at the festival. I believe the political discussions should have been more promoted and more central in the fair.
(Gateavisa/Futurum Forlag, Reproduction/Design Studio,Oslo Norway)

It was exactly what we expected, and found it to be a very positive thing. We would wish it, to be a repeated happpening.
(Anichti Poli/A Gallery,Athen, Greece)

Pittoresque
First, we hoped it could be an adventure: it is
Secondly, we hoped to make more money, that's not so important, in fact

For the future we hope: the same procedure next year, same place, more people.
(Listen, literature Periodical, Frankfurt Main, West Germany)

Great event, extremely important for the Eastern European publishers. It is the last time to understand that Europe is too small to he divided.
(Tretja Modernizata,Revue for Literature & the Arts,RiGA, Sovietunion)

A cheerful chaos, both encouraging and discouraging by the overwhelming quantity of material on offer.
(Mannenkrant,Periodical,Amsterdam Netherlands)

Exaggerated guarding and checking. It would have been better if the organizers had had their own stewards. Food and drinks expensive. Good atmosphere, big interest, stalls well arranged, good and full programme.
(DeNar,Printshop,Wemmel,Belgium)

This is not the best for us, because we don't sell so much records here and we don't find operators or record distributors. But we just knew it before coming so you can understand that, for us, it is interesting the confrontation with other realities, particularly involved in information/counterinformation.
(Klang Records,Sound studio,Rom, Italy)

The venue is ok, but admission too high....Disappointed at a lack of solidarity organizations. Also opening hours are too long. Also sales are very poor, but this is a other problem.
(Third World Publications,Birmingham,England)

Too many political organisations. Sometimes culture and arts are more efficient or are as political and social as the others. Too many anarchist, ecologist not enough artists.
(A Bao a Quo,Viodezine,Paris,France)

The debate about the entry price that seemed to rouse so many emotions yesterday was in my view seen against the whole of the project and of the amount of fascinating information brought together for so few days, less than marginal nitpicking.
It is only natural that in an event like this, of this size and born by so few people, all kinds of things go wrong. So what.
(NN,Periodical,Amsterdam, Netherlands)

Beurs very beautiful
contacts good
Amsterdam punks ugly
selling ok
nice & interesting people at the stands
(Paranoia City,Bookshop,Zuerich, Switserland)

We aren't the Italian people who have created problems to the organization of the festival, but we have noted some gaps:
1. an organization lack about political debates, it would have been interesting to confront each other with different cultural and political situations
2. we think that for the future it should be a free entrance into the festival because alternative culture is for everybody. We think that for doing a future festival expense could be divided between participants (the people who buy a stand space) in order to give free entrance to all the visitors)
(Cooperativa Arco in Cielo, Italy)

The organizing workers: THANK YOU! for being helpful & pleasant & working so hard.
Advance publicity to participants: good timing but next time tell us more about who you are & what you want to do
Publicity for customers: more please!
(Women's Revolution per Minute,Distribuation,Birmingham,England)

We were very satisfied here. Thank you for your material aid which was necessary to us to coming and participating here. We have to pronounce words of thanks for your care about one of our prisoners Petr Cibulka. It gives us a new hope for his letting free. We haven't any comment to the problem of entrance fee because we don't know the situation here. We were unpleasantly surprised with taking part in this festival of the radical groups that didn't leave the idea of violence. We refuse any violence no matter how it is justified.
(Artforum,Prag,Czechoslovakia)

PRESS

(Mondain, The Hague,Netherlands)
The catalogue is somewhat disappointing. I see names – SPN??? – in it that should not be there and miss other names – Insane!!! that ought to be there. No articles about the broader aims of Europe Against the Current, on the data base, on plans to set up well organized information and distribution network. That is an absolute priority as rightly observed by visitor Gerard K.Walhof.

The amount of paper on display at this fair is both more and less than what you would like to see. Without explanation, arrangement and structure the bigger and smaller stalls look like a festival for fetichists:
BOOKS PAPERS PICTURES THINGS!!!
The combination of too much matter and too little spirit, of too much mass and too little movement has killed the festival. I would like to say: would not it have made more sense to hold a congress. So that all those principles in print, all those feelings and thoughts expressed on video and sound tapes and all those stage performances would not be aims in themselves but serve the construction of a communication network and of that surely needed distribution system.

Of many stalls it was altogether unclear who was the holder and from where s/he came. The international character of the fair made also that people from all corners of Europe displayed information material in their own language impossible to understand for most of the others. This concerned i.a. various stalls from Hungary, the Soviet Union and Poland. The holders of a Lithuanian stall displayed pennants, posters and badges showing the symbol of the German order of knights and christian magazines.

Radical, alternative, independent: these words proved as elastic as rubber – next time, when ideas will have developed further, I hope, it will definitely be necessary to give these concepts a content again.

(CONTRASTE, Periodical,Heidelberg)
Many an exhibitor started doubting when she tried to understand the political basis of this gettogether: who was to meet whom and for what purpose? Wasn't it somewhat exaggerated, had it really to be such a representative (and correspondingly expensive) framework? Have really all left and radical media been invited? wasn't there somebody in the background who was making a nice lump of gold out of the Europe Against the Current venture??.....
Hardly anybody saw all the possiblities available for everybody during those three days at Amsterdam, everything passed so quickly, many complained of poor sales and for many a participant or visitor only the ubiquitous cheap dope left memories of drowsy feelings. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Weiterführung von Europa gegen den Strom (I)

1. Weiterführung der Datenbank
2. Vorbereitung 1990
3. Wanderausstellungen
4. Europa gegen den Strom II 1991

Zur Zeit umfaßt die Datenbank 4.300 Adressen unabhängiger Gruppen in 25 Ländern. Von diesen Adressen wurden 1.000 für den während des Festivals veröffentlichten Katalog ausgewählt. Diese 1.000 waren hauptsächlich Gruppen, die ihre Ziele, Arbeitsweise etc. auf den verschickten Anmeldeformularen präzisiert hatten. Diese Formulare waren an mehr als 3.000 Gruppen in ganz Europa geschickt worden, wurden aber auch über Kontaktadressen in verschiedenen Länder verteilt. Die Adressenliste haben wir aus hunderten von Quellen wie Zeitungen, alternativen Wegweisern, Verlagsverzeichnissen usw. zusammengestellt.

Die Informationen, die unsere Datenbank über die verschiedenen Gruppen gibt, sind sehr unterschiedlich. Eine simple Adresse reicht nicht aus, wir müssen wissen, was eine Gruppe tut, mit welchen Informationsträgern sie arbeitet, mit welchen Themen sie sich beschäftigt und vielleicht auch, von welchem Standpunkt ihre Aktionen bestimmt sind. Ein solcher Wegweiser wird immer unvollständig bleiben, jedoch ist der Aussagewert der Datenbank von Land zu Land und von Gruppe zu Gruppe sehr unterschiedlich.

Wir planen, diesen Wegweiser in der nahen Zukunft zu erweitern und zu verbessern, mit der Absicht eine Art alternative „Gelbe Seiten" für Europa anbieten zu können, die auf verschiedene Weise benutzt werden können: Daten über Gruppen nach Land, Region, Stadt, Art der Gruppe oder Themen zu erhalten und auf die man per Post, Telefax, Computer und Modem schnell zurückgreifen kann.

Um die Geschwindigkeit des Informationsaustauschs zu erhöhen, planen wir, Teile der Datenbank per elektronischen Briefkasten zugänglich zu machen. Nicht jeder hat einen Computer mit Modem (ein Gerät, um Daten per Telefon auszutauschen), und viele Leute hassen Computer, aber andererseits gibt es genug Leute, die die Möglichkeit habe an dieser Art Computerkommunikation teilzunehmen und die so bei einem dynamischen Kontakt-„Netzwerk" mitmachen.

Wir wünschen uns, daß diese europäische Datenbank polyzentral ist, mit Datenbänken an verschiedenen Orten, die Adressen austauschen. Gruppen und Organisationen, die sich dafür interessieren, können uns gerne kontaktieren.

Eine polyzentrale Datenbank kann noch mehr, etwa Informationen über Treffen und Veröffentlichungen in verschiedenen Ländern austauschen.

Im Hinblick auf ein eventuelles zweites „Europa gegen den Strom"-Festival möchten wir 1990 zumindest an zwei Orten in Europa Vorbereitungstreffen abhalten, einerseits um den Inhalt des Festivals zu diskutieren und andererseits um uns die tätige Unterstützung anderer Gruppen und Organisationen zu sichern. In Erwägung gezogen werden: Ostberlin, Ljubljana, Mailand, Barcelona.

Ein wichtiges Ergebnis: Die verbliebenen Mitarbeiter von EAC bearbeiten zwei Ausstellungen des Festivals 1989 um, die dann 1990 als Wanderausstellungen in Europa auf Tour geschickt werden sollen. Diese Ausstellungen sind „25 Jahre experimentelle Druckerzeugnisse in Europa" und die Diainstallation, die 650 alternative europäische Plakate vorstellt. Bis jetzt bestehen Kontakte mit Hamburg, Essen, Köln, Zürich, Mailand und Belgrad. Alle Interessenten können sich mit EAC in Verbindung setzen.

Für 1991 ist das zweite „Europa gegen den Strom"-Festival vorgesehen. Bis jetzt stehen jedoch weder Zeit noch Ort fest. Frühjahr? Herbst? Amsterdam? Budapest?

Anschrift:
Stiftung Europa gegen den Strom
Jodenbretstraat 24
1011 NK Amsterdam
☎ (0031 20) 27 26 43

BEWERTUNG

Unsere Zweifel waren und sind die folgenden:
○ Warum nimmt die holländische Bewegung gar nicht an diesem Treffen, an den internen Debatten teil, warum gehörte sie nicht zum Organisationsteam?

„Novaya kultura" (The new culture) in the USSR: the 1980s

The liberal-dissident culture was an authentic alternative to the totalitarian ideology. It was even a necessary complement to the culture of socialist realism. The latter, as a closed system, is always on the verge of entropy and takes ideas and forms from the liberal „alternative". Often even progressive political ideas put forward by oppositional artists and writers were formulated in a conservative language, so much so that they objectively strengthened the establishment.

Mikhail Trofimenkov ● The true alternative, the third that developed, became the so-called „new culture", which took firm shape in the 80s. It came into being as a counter culture and then developed its own value system, it became conscious of itself / discovered itself through history and by the middle of the decade became a true culture. Nowadays it is possible to live quietly in the new underground in the Soviet Union ignoring both the conservative and the reformist (perestroika-minded) establishment.

To a certain extent the „new culture" is based on Marcuse's idea that the most fruitful and politically radical protest is the one that on the strength of its radicalism rejects the political sphere altogether („Counterrevolution and rebellion"). Much more attention than before is paid in the new culture to the problems of the revolution of consciousness, of selfknowledge of the erotic. Unfortunately, the consciousness of the young has become increasingly politicized again during the last two years.

It is also important that at the roots of the „new culture" are mainly people born in the second half of the 50s. This first generation not suffering from the genetic fear of the occult forces in history, inventive, and, according to the old generation, cynical and nihilistic.

SOURCES

The first germs of the „new culture" can be traced to the second half of the 70s. The fundamental event, in my view, is the appearance of the novel „Eto ya – Edichka" („That's me: Edichka") by Eduard Limonov. Limonov was a poet who had lived between Charkov and Moscow and belonged to the countercultural movement of the mid 60s; living as an emigrant in New York he provoked quite a wave of protests by this book. Not only by his radical innovation of the vocabulary (Limonov used the most vulgar terms of abuse to make a tragic love poem), not only by the way in which all the details of sexual (including homosexual) episodes were related, but also by his socio-cultural concept. Limonov presents himself as the eternal rebel, as the enemy of every system. For him there is no difference between the political structures of the USSR and the USA: both are enemies of the individual. In that way Limonov was the first to formulate the radical alternative of the 80s.

At about the same time a group of poets called „Neo-eklektika" came into being in Leningrad (S.Dobrotvorski, A.Feoktistov). On the one hand, connected with the hippy movement, they made a serious research into the consequences of 1968, into the ideas of Godard, Marcuse, S.Sontag. On the other hand, as postavantgardists, they declared eclectics, collages and ironical tautology in accordance with their principles. In their manifesto „Teatr neoeklektiki" (The Theatre of Neo-eclectics) they abolished the boundaries between genres, forms and kinds of art and replaced them by synthetical creation.

The end of the 70s saw also the start of the painters of the neoexpressionist wave who by their style were often close to the „Neue Wilden" or the graffiti. They reject the cultural reflection of the old generation, political commitment, the literary basis, the basic way of writing, surrealism and armchair unprincipledness. In Leningrad the key figure in that respect is Boris Koshelokhov (b.1942). His „rough", „hooliganist" works were even rejected for underground exhibitions. Then, in 1977, he founded his own group „Letopis" (Chronicle) (T.Novikov, Figurina and others). Koshelokhov is not only a master painter but also a guru. At the regular meetings of the group he taught three principles: „Work, work and work", „All people are artists but not all people suppose that they might be so" and „We write to our hearts' content whatever we like on whatever we like". On the 2nd of June 1978 his pupils held the first succesful street exhibition that became known as the „Cyril and Methodius" Exhibition.

Unlike in Leningrad, in Moscow neo-expressionism used also conceptual art and an original variant of pop-art, called „sots-art". The sots-art artists (Koshar, Melamid and others) reproduced on their canvases, without any plastic comments, material synonyms of myths of the totalitarian ideology. Wrenched out of their context, these images lose every connection with reality, become what they never had been meant to mean and turn into figures of a grotesque round dance. The sotsartistic approach is also visible in the neoexpressionism of Leningrad when it uses popular figures of mass mythology like the „cosmonaut", the „enemy killer" and the „rock musician".

Another philosophical basis of the art of the 80s is the experience of the city as a huge natural organism without social cause and effect connections, unknowable and frightening. One of the ways in which this view of the city becomes visible is the soviet variant of squatting: „jumbo exhibitions". In the middle of the decade artists started to occupy empty buildings due to be repaired or to be demolished, to paint murals inside and to turn them into galeries and studios. Many of these murals have become lost. At the moment there is in Leningrad a whole housing area occupied by artists, underground filmmakers and punk musicians. Their organizational structures are the club „Nizkie chastoty – vysokie chastoty" (Low frequencies – high frequencies) and the „Obiedinennie Muzei Tvorcheskikh oobshchestv" (United galleries of creative collectives). We should observe that anonymous groups of graffiti makers were late to appear in the USSR, in 1988.

PAINTING

In 1982 T.Kovinov founded in Leningrad his own group „Novie hudozhniki" (The New Artists), which made the decade their symbol. Its first members were O.Kotelnikov, I.Sotnikov, Krisanov, V.Cheriasov (d.1984). G.Gurianov, I.Savchenkov, V.Gutsevich, V.Ovchinnikov, E.Kozlov, later on joined O.Maslov, Kozin, O.Zaika, S.Enkov and others. Moscow artists close to them were S.Shutov, N.Filatov, Filippov, S.Gundlah, G.Litichevski, G.Ostretsov, A.Roiter, the group „Chempiony Mira" (World champions): the Mironenko brothers and K.Zvezdochetov. The group „Kollektivnye deistvia" (Collective actions) (Alekseev, Kizewatter and others) carried out numerous actions in Moscow.

Avantgardist groups and individual artists orientated towards conceptualism or neo-expressionism work in White Russia, Georgia, Armenia, Kirghizia (I.Kashkurevich, K.Kocharava, Kasmalieva, N.Tsitskhvadze and others). In 1985 the text „Mitki" by prosewriter V.Shinkarev from Leningrad that immediately went around in samizdat, gave its name to the most popular community of artists. Shinkarev described a fantastic creature to which he ascribed the idiosyncracies of the painter D.Shagin. „Mitek" wears a beard and a sailor's vest, he is defenceless, unaggressive, yet able to sabotage any work, he works as a fireman or as a guard (jobs popular among the independent intelligentsia from the 50s onwards because they protected them from the accusation of parasitism) and expressed himself with a dozen unusual words. Becoming „mitkalets" (followers of Mitek, transl.) the neoexpressionist artists made their lives into everlasting happenings (D.Shagin, V.Shinkarev, .Florenski, O.Florenskaya and others).

FILM

The development of the parallel Soviet film starts in the early 1980s. At the second all union festival in March 1989 about 60 films were presented made in a dozen cities. A remarkable phenomenom in Leningrad is the necrorealism school (E.Yufit, Mertvy and others). Their theme: death as a physical reality, their philosophy: death is a frontier, not between „here" and „there" but between „here" and „here".

The necrorealists are also painters while the „new artists" do duch in the field of film. Also in Leningrad work the solitary genius E.Kondratiev and the group „Che-paev". In Moscow the leaders of the parallel film are the Aleinikov brothers, whose conceptual work drew the attention of Wim Wenders. Stage director Yukhananov works on a theory of „slow video", video as a new form of art, he is shooting a 1000 cassette video novel.

The independent review „Cine-Fantom" is the most serious theoretical film review in the Russian language. In White Russia, the Baltic republics and Siberia the parallel film movement is making shape.

MUSIC

The 1980s passed to the sound of rock music. The first groups appeared as early as the 60s, many of their members passed into the establishment but the authentic values were created when rock started to be sung in Russian („Sankt-Petersburg" and others). In the 1980s Leningrad became the rock capital. Here from 1982 onwards a rock club has been in existence and rock festivals held. Texts sometimes played a bigger role than music, but the strong individualities of the leaders and the atmosphere of expectation of a revolution compensated for the deficiencies. The idols of the time were „Akwarium" (D.Trebenshchikov), „Kino" (V.Tsop), „Alisa" (K.Kinchev), „Strannye igry" (Strange plays) (A.Davydov, died 26 years old), „Zoopark" (Naumenio), „Rossiane" (G.Ordanovski, disappeared without a trace in 1984). Moscow had „Zvuki Mu",

To be continued on page 12

Fortsetzung von Seite 10

- Ist es wahr/nicht wahr, daß die holländischen Institute beträchtliche finanzielle Unterstützung geben?
- Wenn es stimmt, warum verlangen die Veranstalter für einen Stand/einen Tisch von 2m 180 Gulden?
- Die Organisatoren sollten sich auch darüber im klaren sein, was es für einen Besucher bedeutet, ein 10 Gulden-Ticket/oder jeden Tag fünf Gulden zu zahlen.
- Last but not least, es ist nicht tolerierbar, daß Polizisten in Zivil um die Stände laufen und am Eingang stehen, um Leute abzuwehren, die nicht zahlen können oder wollen.

Fünf Fragen der radikalen Opposition während der Messe.

UMFRAGE

Uns war euer gruppenorientiertes Verhalten lieber als zuviel spezifische Professionalität. So können wir wirklich an der Organisation teilnehmen. Der große Raum war gut gewählt. Was das Geld angeht, haltet die Klappe, Italiener. Organisation kostet Geld und Information kostet Geld.
(Terminal,Paris,Radiosender/Anschlagbrett, Frankreich)

Platz für Geräte zum Kopieren (etwa ein Computer) ist sehr wichtig und mindestens einer hätte auf dem Festival zur Verfügung stehen sollen. Ich glaube, politische Diskussionen hätten mehr Förderung und eine zentralere Rolle auf der Messe verdient.
(Gateavisa/Futurum Forlag, Repro/Designstudio,Oslo,Norwegen)

Es war genau, was wir erwartet hatten, und wir fanden es sehr positiv. Wir wünschen uns, daß es wiederholt wird.
(Anichti Poli, Galerie, Athen, Griechenland)

Pittoresk
Zunächst haben wir auf ein Abenteuer gehofft: Es ist eins. Zweitens haben wir gehofft mehr Geld zu verdienen, aber das ist wirklich nicht so wichtig. Für die Zukunft hoffen wir: same procedure next year, am selben Ort mit mehr Leuten.
(Listen, Literaturzeitung, Frankfurt/Main, BRD)

Eine großes Ereignis sehr wichtig für osteuropäische Herausgeber. Es ist höchste Zeit, zu verstehen, daß Europa für eine Teilung zu klein ist.
(Tretja Modernizata, Zeitschrift für Literatur & Kunst, Riga, Sowjetunion)

Ein fröhliches Chaos, sowohl er- als auch entmutigend durch die überwältigende Materialmenge, die angeboten wird.
(Mannenkrant, Zeitschrift, Amsterdam,Niederlande)

Übertriebene Bewachung und Überprüfung. Die Organisation sollte ihre eigenen Ordner haben. Essen und Trinken teuer. Gute Atmosphäre, großes Interesse, gut aufgebaute Stände, gutes und volles Programm.
(DeNar, Verlag, Wemmel, Belgien)

Für uns ist es nicht das Optimale, wir haben hier nicht soviel Platten verkauft und wir haben keinen Produzenten oder Vertreiber für die Platten gefunden. Aber wir wußten das, bevor wir kamen, daher ist es verständlich, daß für uns die Konfrontation mit anderen Realitäten interessant war, besonders was Information/Gegeninformation betrifft.
(Klang Records, Tonstudio, Rom, Italien)

Der Ort war o.k., der Eintritt zu hoch... Enttäuscht über das Fehlen von Solidaritätsorganisationen. Auch waren die Öffnungszeiten zu lang. Die Umsätze waren schlecht, aber das ist ein anderes Problem.
(Third World Publications, Birmingham, England)

Zu viele politische Organisationen. Manchmal sind Kultur und Kunst effektiver oder genauso politisch und gesellschaftlich wie andere Dinge. Zu viele Anarchisten, Ökos, nicht genug Künstler.
(Olga/Act Up,London,England)

Die Debatte über die Eintrittspreise, die gestern so viele Gemüter erregt hat, war meiner Ansicht nach unwichtig und kleinlich in Anbetracht des ganzen Projekts und der Menge faszinierender Informationen, die für so wenige Tage zusammengetragen wurde. Es ist nur natürlich, daß bei einem solchen Ereignis von dieser Größenordnug und von so wenigen ins Leben gerufen, alles mögliche schief geht. So what.
(NN, Zeitschrift, Amsterdam, Niederlande)

Wir sind nicht die Italiener, die der Festivalorganisation Schwierigkeiten gemacht haben, aber wir haben einige Mängel bemerkt:
1. Eine Organisationslücke im Bezug auf politische Diskussionen, es wäre interessant, einander mit verschiedenen kulturellen und politischen Situationen zu konfrontieren.
2. Wir sind der Meinung, in Zukunft sollte der Eintritt für das Festival frei sein, weil alternative Kultur für alle ist. Wir sind der Meinung, daß bei der Veranstaltung eines zukünftigen Festivals die Kosten unter den Teilnehmern (den Leuten, die Standplatz mieten) aufgeteilt werden sollten, um allen Besuchern freien Eintritt zu geben.
(Cooperativa Arco in Cielo,Italien)

Den Organisatoren: DANKE! dafür daß sie so hilfsbereit & freundlich waren & so hart arbeiteten. Die vorausgehende Publicity für die Teilnehmer: gutes Timing, aber sagt uns das nächste Mal mehr darüber, wer ihr seid und was ihr wollt. Publicity für Kunden: bitte mehr!
(Women's Revolution per Minute, Vertrieb, Birmingham,England)

Wir waren hier sehr zufrieden. Vielen Dank für die materielle Hilfe, die wir brauchten, um herzukommen und teilzunehmen. Wir müssen uns auch dafür bedanken, daß ihr euch um einen unserer Gefangenen, Petr Cibulka, gekümmert habt. Es gibt uns neue Hoffnung auf seine Freilassung. Das Problem der Eintrittsgelder kommentieren wir nicht, weil wir die Situation hier nicht kennen. Wir waren darüber unangenehm überrascht, daß radidale Truppen am Festival teilgenommen haben, die die Idee der Gewalt nicht aufgegeben haben. Wir lehnen Gewalt ab, ganz gleich wie gerechtfertigt sie ist.
(Artforum, Prag, Tschechoslowakei)

PRESSE

Der Katalog ist etwas enttäuschend. Ich sehe Namen – SPN??? – die nicht drin sein sollten und vermisse andere – Insane!!! – die drin sein sollten: Keine Artikel über die größeren Ziele von Europa Gegen den Strom, über die Datenbank, über Pläne, ein gut organisiertes Informations- und Vertriebsnetz zu errichten. Das hat absolute Priorität, wie der Besucher Gerard K.Walhof richtig bemerkte. Die Menge des ausgestellten Papiers auf der Messe ist mehr und weniger, als man sehen möchte. Ohne Erklärung, Arrangement und Struktur sehen die größeren und die kleineren Stände wie auf einem Festival für Fetischisten aus: BÜCHER ZEITUNGEN BILDER DINGE!!!
(Mondain, The Hague, Netherlands)

Die Kombination von zu viel Materie und zu wenig Geist, von zu viel Masse und zu wenig Bewegung hat das Festival getötet. Ich würde fast sagen: Wäre es nicht sinnvoller gewesen, einen Kongress abzuhalten? Damit all diese gedruckten Prinzipien, all diese Gefühle und Gedanken, die auf Video und Kassetten und bei all diesen Vorführungen ausgedrückt wurden, keine Ziele an sich wären, sondern dem Aufbau eines Kommunikationsnetzes und eines sicher notwendigen Vertriebssystems dienen würden.
(Tranvia, Zeitung,Berlin)

Bei vielen Ständen war völlig unklar, wer die BesitzerInnen waren und woher sie kamen. Der internationale Charakter der Messe brachte es mit sich, daß Leute aus allen Ecken Europas Informationsmaterial in ihren eigenen Sprachen mitbrachten, das für die meisten anderen unverständlich ist. Dies betraf u.a. verschiedene Stände aus Ungarn, der Sowjetunion und Polen. Die HalterInnen eines Standes aus Litauen zeigten Fähnchen, Plakate und Badges, die das Symbol des deutschen Ritterordens trugen und christliche Magazine.

Radikal, alternativ, unabhängig: diese Worte erwiesen sich als dehnbar wie Gummi – nächstes Mal, wenn die Ideen weiterentwickelt wurden, so hoffe ich, ist es sicher notwendig diesen Konzepten wieder einen Inhalt zu geben.
(Kopfsprung,Zeitschrift,Hannover,BRD)

Das Konzept war gut – die Durchführung hatte allerdings einige Mängel.
Was jedoch überhaupt an informellen und öffentlichen Gesprächen lief und welche Diskussionen es darin gab war mir als Besucherin während des Festivals nicht besonders ersichtlich.
Es herrschte vielmehr die grosse Unübersichtlichkeit; Termine fielen aus oder fanden zum Teil gar nicht erst statt, weil niemand an dem jeweiligen Treffpunkt erschienen war. Dafür machte die Messe eher den Eindruck eines bunten Jahrmarkts mit einem Angebot von Esoterik über Stände voll bemalter Musikassetten bishin zu Antiquariatsramsch an Büchertischen.

Bei vielen Stände war überhaupt nicht klar, wenn man da von wo vor sich hatte. Auch führte die Internationalität oft dazu, daß zwar Leute aus den unterschiedlichsten Ecken Europas gekommen waren, dann aber allerdings Informationsmaterial in ihrer jeweiligen Sprache auslegten, was kaum jemand anders verstand. Das betraf z.B. auch diverse Stände aus Ungarn, der Sowjetunion und Polen. Ein Stand aus Litauen stellte Wimpel, Poster,und Abzeichen mit dem Symbol des deutschen Ritterordens sowie christliche Zeitungen zur Schau.
(Tranvia)

Radikal, alternativ, unabhängig: Es zeigte sich, daß jene Wörter dehnbar sind wie Kaugummi und daß es unumgänglich sein wird, auch einer hoffentlich weiterentwickelten Folgeveranstaltung jene Begriffe wieder inhaltlich zu füllen.

Nicht an der Peripherie, nein, kaum zu verfehlen unweit vom Bahnhof ergab sich so eine seltene Gelegenheit, der Öffentlichkeit eine geballte Ladung an Gegenentwürfen zur beherrschten Gesellschaft zu präsentieren.

Haue gabs auch für einige starrköpfige Saalhüter.
Europe against the Current war sicherlich kein alltägliches Ereignis.
(Kopfsprung)

Manche Ausstellerinnen kamen ins Schleudern, als sie die politische Basis dieses Treffens begreifen wollten; wer traf sich eigentlich wo zu welchem Zweck? War das nicht ein bißchen hochgekocht, mußte es denn wirklich ein solcher repräsentativer Rahmen (mit den entsprechende Kosten) sein? Waren wirklich alle linken und radikalen Medien eingeladen worden? Verdiente sich nicht jemand im Hintergrund eine goldene Nase an dem Unternehmen „Europa Gegen den Strom"??.....

Kaum jemand begriff den Freiraum der Möglichkeiten, der zur eigenen Verfügung stand während der drei Tage in Amsterdam, alles ging rasend schnell vorbei, viele klagten über das schlechte Geschäft und manch einer/m blieb nur das allgegenwärtige, billige Dope als gefühlsduselige Erinnerung.
(CONTRASTE) ●

continuation from page 11

„Vezhlivy otkaz" (Polite refusal), „Centr" and others.

At the end of the decade a wave of provincial rock came up „DDT", „Nautilius Pompilius", „Gruppa prodlennogo dnia" (Group of the extended day)). Violent, sometimes hysterical in their texts they departed from the asocial attitude and the musical research of their predecessors.

In February 1988 the young rock singer A.Bashlachev committed suicide. Every song of him had been a complicated work of poetry. The memorial concert held in his honour (December) became a demonstration of the strength of independent rock, but also alarming evidence of the extent to which he had become part of the system. Perestroika has a corrupting influence on the rock underground. Some stopped writing songs, others went commercial, still others work abroad.

In Moscow G.Vinogradov built up the avantgardist musical theatre on his own, in Leningrad S.Kuriokhin created his „Pop Mekhanika" with the help of hundreds of musicians, artists and performers. His concerts are at the same time performances of classical music, jazz and rock, happenings, film showings and action painting.

THEATRE

The 1980s are a flowering time of alternative theatre. Tens, at the moment perhaps even hundreds of groups take possession of the total of historical experimental theatre including Brecht, Genet and P.Brook.

We mention only three personalities: B.Yukhananov, founder of the Theatre Theatre, a global continuous psychodrama, S.Dobrotvorski, director from 1981 until 1987 (with

an interruption) of an initially legal but later underground theatre changed in 1986, during a revolutionary situation, into the extreme leftist „Deistvie No 3" (Action No 3), finally E.Goroshevski, director of the elitist „Teatr Realnogo Iskusstva" (Real art theatre) of the Dissident Klub 31, which degenerated with the coming of perestroika.As a form of theatre may also be considered the neodadaist „Nul vizhenie" (Zero movement) of the beginning of the 80s.

LITERATURE

While Leningrad offered the most interesting samples of new painting and music, Moscow was at the top in literature. It is true that at Leningrad there are V.Shinkarev, already mentioned, the poet-philosopher A.Dragomotsenko and tens of writers of the preceding generation. But at Moscow there are the poetical schools of conceptualism and metametaforism: D.Prigov, Rubinstein, A.Ereshenko, A.Partsikov, T.Tserbina, Yu.Arabov and others, the prose writers V.Sorokin, V.Erofeev and others. We mention also the „Rigan Cortazar" A.Levkin. The literary underground, like the painting underground, comprises the whole of the Soviet Union.

JOURNALISM

The cultural samizdat is evidently warning. The increase in the number of publications has to do with the scores of political bulletins. But even the oppositional Demokraticheski Soyuz (Democratic Union) prints its paper on typographical equipment. nevertheless, there are still some literary journalistic reviews: the samizdat veteran „Chasy" (The clock) (since 1976, B.Ivanov), „Mitin Zhurnal" (Mitya's magazine) (D.Volchek), „Tretya modernizatsia" (The third modernization) (Serzhant, V.Linderman) and „Cine Fantom" already mentioned. Many underground writers found their way to the legal press, in particular the Latvian review „Rodnik" (The well).

In the years 1987-1988 came into being the „Novaya Kritika" (New criticism) movement: young intellectuals sided with „Novaya cultura", who construct their texts as works of art and radically renew the language of criticism: A.Smirnova, .Khrusteleva, S.Dobrotvorski, E.Baumena, M.Trofimenkov and others. Groups that collaborate with them are the „Molodye redaktsie" (Young editors) of the reviews „Teatralnaia Zhizn" (Theatre life) and „Isskustvo" (Art) and the review „Dekorativnoe Isskustvo" (Applied art). The new culture has at last found a free tribune.

Largely thanks to the critical activity the Free University (Leningrad) was established in the years 1988-1989 and involved professors such as T.Novinov, B.Yukhananov, O.Khrustaleva and others. Perestroika has offered big possiblities for contacts and publications. But two dangers threaten the new culture. One from within: commercialization and to become a new establishment. One from outside: the extreme rightist antisemitic movement „Pamiat", that might prepare a new Bartholomew night for the left intellectuals.

There are symptoms (so far very modest) of new cultural alternatives in the offing. But until now, in the summer of 1989, Novaya kultura" has remained topical. ●

Novojakultura (Neue Kultur) in der UdSSR : Die 80er Jahre

Eine freie, von der staatlich anerkannten abweichende Kultur war eine wirkliche Alternative zur totalitären Ideologie. Es war sogar eine notwendige Vervollständigung der Kultur des sozialistischen Realismus. Die Letztere, als ein geschlossenes System, ist immer sehr nah der Entropie und übernimmt Ideen und Formen der freien „Alternative". Oft werden fortschrittliche politische Ideen von oppositionellen Künstlern und Schriftstellern so in eine konservative Sprache übersetzt, daß sie objektiv die etablierten Kräfte stärken.

Mikhail Trofimenkov, Leningrad ● Die wirkliche Alternative, die sich als dritte Form entwickelt hat, ist die sogenannte „Neue Kultur", welche in den 80er Jahren eine feste Gestalt bekommen hat. Sie wurde zu einer Gegenkultur und entwickelte ihr eigenes Wertesystem. Sie gelangte zu Selbstbewußtsein, entdeckte sich selbst durch die Geschichte und wurde somit in der Mitte dieses Jahrzehnts zu einer echten Kultur. Heutzutage ist es möglich, unbehelligt im neuen Untergrund der Sowjetunion zu leben und sowohl die konservativen als auch die reformerischen Kräfte zu ignorieren.

Die „Neue Kultur" basiert gewissermaßen auf Marcuses Idee, daß ein fruchtbarer und wirklich radikaler Protest ein solcher ist, der durch die Stärke seiner Radikalität den gesamten politischen Machtbereich ablehnt („Gegenrevolution und Rebellion"). Viel mehr Aufmerksamkeit als früher gilt in der Neuen Kultur den Problemen der Revolution des Bewußtseins, der Selbstbestimmung der Erotik. Leider ist das Bewußtsein der Jugend während der letzten zwei Jahre zunehmend politisiert worden.

Wichtig ist auch, daß die Neue Kultur größtenteils von Leuten getragen wird, die in der zweiten Hälfte der 50er Jahre geboren sind. Diese erste Generation leidet nicht an jener genetischen Angst vor den okkulten Kräften der Geschichte, ist erfinderisch und – laut der alten Generation – zynisch und nihilistisch.

URSPRÜNGE

Die ersten Keime der Neuen Kultur können in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aufgespürt werden. Ein ausschlaggebendes Ereignis war meiner Ansicht nach das Erscheinen des Romans „Ero ya – Edichka" („Das bin ich – Edichka") von E. Limonov. Limonov war ein Dichter, der zwischen Charkov und Moskau gelebt und der gegenkulturellen Bewegung der Mitte der 60er Jahre angehört hatte. Als Emigrant in New York lebend rief er durch dieses Buch eine Welle des Protestes hervor. Nicht nur durch seine radikale Erneuerung der Ausdrucksweise (Limonov benutzte die vulgärsten Schimpfwörter für ein tragisches Liebesgedicht), nicht nur durch die Art und Weise, in der alle Details sexueller (auch homosexueller) Beziehungen dargestellt wurden, sondern auch durch sein sozio-kulturelles Konzept. Limonov stellt sich als ein ewiger Rebell dar, als Feind eines jeden Systems. Es gibt für ihn keinen Unterschied zwischen den politischen Strukturen in der UdSSR oder in den USA: Beide sind Feinde des Individuellen. Darin war Limonov der Erste, der die radikale Alternative der 80er Jahre formuliert hat.

Ungefähr zur selben Zeit entstand in Leningrad eine Gruppe Dichter, die sich „Neo-eklektika" nannte (S.Dobrotvorski, A.Feoktistov). Diese trieben einerseits, verbunden mit der Hippie-Bewegung, eine ernsthafte Forschung nach den Konsequenzen der 68er – nach den Ideen Godards, Marcuses, S.Sontags. Andererseits erklärten sie als Postavantgardisten Eklektizismus (Ideensammelsurien), Collagen und ironische Tautologie (Überladung) für übereinstimmend mit ihren Grundsätzen. In ihrem Manifest „Theatr neoeklektiki" (Theater der Neoeklektiker) hoben sie die Grenzen zwischen Gattungen und Formen der Kunst auf und ersetzten sie durch zusammengesetzte Schöpfungen.

Ende der 70er Jahre begannen viele MalerInnen mit neoexpressionistischer Malerei, deren Stil oft nah bei dem der „Neuen Wilden" oder der Graffiti-Kunst liegt. Sie lehnen die kulturelle Reflexion der alten Geneation ab, politische Verpflichtung, die literarische Grundlage, die grundlegende Art des Schreibens, Surrealismus und bürgerliche Prinzipienlosigkeit.

In Leningrad ist die Schlüsselfigur in dieser Hinsicht Boris Koshelokhov (geb. 1942). Seine rauhen, „rowdyhaften" Arbeiten wurden sogar für Untergrundausstellungen abgelehnt. 1977 gründete er dann seine eigene Gruppe mit dem Namen „Letopis" (Chronik) (T.Novikov, .Figurina u.a.). Koshelokhov ist nicht nur ein großer Maler, sondern auch ein Guru. Bei den Treffen der Gruppe lehrte er drei Grundsätze: 1.„Arbeit, Arbeit und Arbeit." 2.„Wir schreiben zu unserer inneren Zufriedenheit, was immer wir wollen über was immer wir wollen. 3.„Alle Menschen sind Künstler, aber nicht alle denken, daß sie solche sein könnten,"

Am 2.Juni 1978 machten seine Schüler die erste erfolgreiche Straßenausstellung, die als „Cyril und Methodius" bekannt wurde.

Anders als in Leningrad benutzten die Neoexpressionisten in Moskau auch die Concept Art (Konzeptuelle Kunst) und eine Variante der Pop Art, genannt Sots-Art („Trinker-Kunst"). Die Sots-Art Künstler (Koshar, Melamid u.a.) reproduzierten mit ihren Dosenvasen, ohne politische Erläuterung, materielle Synonyme zu den Mythen totalitärer Ideologie. Aus ihrem Zusammenhang genommen verlieren diese Bilder jede Verbindung mit der Wirklichkeit, werden zu etwas, was sie niemals haben sein sollen, verwandeln sich in Figuren eines grotesken Rundtanzes. Ein Zugang im Sinne der Sots-Art ist ebenso sichtbar im Leningrader Neoexpressionismus, dort wo populäre Figuren einer Massenmythologie benutzt werden – so wie der „Kosmonaut", der „Feindmörder" und der „Rockmusiker".

Eine weitere philosophische Basis der Kunst der 80er Jahre ist die Erfahrung der Stadt als ein riesiger natürlicher Organismus, ohne gesellschaftliche Ursache und wirksame Beziehungen, unergründbar und beängstigend. Diese Sichtweise der Stadt wird beispielsweise sehr deutlich an der sowjetischen Variante der (Haus-)Besetzung: „Jumbo Ausstellungen".In der Mitte dieses Jahrzehnts begannen Künstler leere Häuser zu besetzen, die fällig waren, entweder renoviert oder abgerissen zu werden, um die Wände innen zu bemalen und sie in Galerien und Ateliers zu verwandeln. Viele dieser Wände gibt es nicht mehr. Zur Zeit ist in Leningrad ein ganzes Wohngebiet von Künstlern, Filmemachern und Punkmusikern besetzt. Ihre Organisationstrukturen werden gebildet durch den Club „Nizkie chastoty – vysokie chastoty" (Niedrige Frequenzen – Hohe Frequenzen) und „Obiedinennie Muzei Tvorcheskikh oobshchestv" (Vereinigte Galerien kreativer Kollektive). Wir müssen feststellen, daß ungenannte Gruppen von Graffiti-Machern erst ziemlich spät in der UdSSR in Erscheinung traten, im Jahr 1988.

MALEREI

1982 gründete T.Korinov in Lenigrad seine eigene Gruppe „Novie hudozhniki" (Die neuen Künstler), die das Jahrzehnt zu ihrem Symbol machten. Die ersten Mitglieder waren O.Kotelnikov, I.Sotnikov, .Krisanov, V.Cheriasov (gest. 1984), G.Gurianov, I.Savchenkov, V.Gutsevich, V.Ovchinnikov, E.Kozlov, später dazu kamen O.Maslov, .Kozin, O. Zaika, S.Enkov u.a.. Moskauer Künstler, die ihnen nahe standen, waren S.Shutov, N.Filatov, .Filippov, S.Gundlah, G.Litichevski, G.Ostretsov, A.Roiter, die Gruppe „Chempiony Mira" (Weltmeister), die Mironenko-Brüder und K.Zvezdochetov. Die Gruppe „Kollektivnye deistvia" (Kollektive Aktion) brachte eine ganze Reihe von Aktionen nach Moskau.

Avantgardistische Gruppen und Einzelkünstler orientierten sich an der konzeptuellen oder neoexpressionistischen Arbeit in Weißrussland, Georgien, Armenien, Kirghisien (I.Kashkurevich, K.Kocharava, .Kasmalieva, N.Tsitskhvadze u.a.). 1985 gab der Text „Mitki" des Prosaschreibers V.Shinkarev aus Leningrad, der sofort überall im Samizdat herumging, der populärsten Künstlergemeinschaft ihren Namen. Shinkarev beschreibt eine phantastische Kreatur, der er die Überempfindlichkeiten des Malers D.Shagin zuschreibt. „Mitek" trägt einen Bart und eine Seemannsweste, er ist wehrlos, unaggressiv, aber in der Lage jede Arbeit zu sabotieren. Er arbeitet als Feuerwehrmann oder als Wachmann (beliebte Arbeiten der unabhängigen Intelligenz von 50 an aufwärts, weil sie sie vor dem Vorwurf des Parasitismus schützen) und drückt sich selbst durch jede Menge unüblicher Worte aus. Dadurch, daß sie „Mitkalets" (Anhänger Miteks) werden, gestalten die neoexpressionistischen Künstler ihr Leben als unaufhörliches Happening (D.Shagin, V.Shinkarev, .Florenski, O.Florenskaya u.a.)

FILM

Die Entwicklung des parallelen sowjetischen Films begann in den frühen Achtzigern. Auf dem zweiten gemeinsamen Festival im März 1989 wurden ungefähr 60 Filme, hergestellt in vielen unterschiedlichen Städten, gezeigt. Ein bemerkenswertes Phänomen in Leningrad ist die nekro-realistische Schule (E.Yufit, .Mertvy u.a.). Ihr Thema: Der Tod als physische Realität. Ihre Philosphie: Der Tod ist eine Grenze nicht zwischen „hier" und „dort", sondern zwischen „hier" und „hier".

Die Nekrorealisten sind auch Maler, die Neuen Künstler arbeiten ebenso auch auf dem Gebiet des Films. Desweiteren arbeitet in Leningrad der Einzelkünstler E.Kondratiev und die Gruppe „Che-paev". In Moskau sind auf dem Gebiet des parallelen Films die Brüder Aleinikov führend, deren konzeptuelle Arbeit die Aufmerksamkeit von Wim Wenders auf sich gezogen hat. Bühnendirektor .Yukhananov arbeitet an einer Theorie des „langsamen Videos", Video als eine neue Form der Kunst. Er filmt einen 1000-Kassetten- Videoroman.

Die Unabhängige Zeitung „Cine-Fantom" ist die wichtigste theoretische Filmzeitschrift in russischer Sprache. In Weißrußland, den Baltischen Republiken und Sibirien ist die parallele Filmbewegung dabei, Gestalt zu bekommen.

MUSIK

Die Achtziger vergingen im Klang der Rockmusik. Die ersten Gruppen tauchten schon in den frühen Sechzigern auf, viele ihrer Mitglieder etablierten sich. Eigene Werte wurden jedoch erst geschaffen, als man anfing, Rock auf Russisch zu singen („Sankt Petersburg" u.a.). In den Achtzigern wurde Leningrad zur Hauptstadt des Rocks. Von 1982 an gab es hier einen Rockclub, Rockfestivals wurden abgehalten. Die Texte spielten oft eine größere Rolle als die Musik, die starke Individualität der Vorbilder und die Atmosphäre der Erwartung einer Revolution glichen die Mängel aus. Die Idole der Zeit waren „Akwarium" (D.Trebenshchikov), „Alisa" (K.Kinchev), „Kino" (V.Tsop), „Stranye igry" (A.Davydov, starb mit 26 Jahren), „Zoopark" (Naumenio),„Rossiane" (G.Ordanovski, verschwand 1984 spurlos). In Moskau gab es u.a. „Zvuki Mu", „Vezhlivy otkaz" (Höfliche Verweigerung), „Centr" u.a..

Zum Ende des Jahrzehnts kam eine Welle provinziellen Rocks auf: „DDT", „Nautilius Pompilius", „Gruppa prodlennogo dnia" (Gruppe des verlängerten Tages). Gewaltig, manchmal hysterisch in ihren Texten, wichen sie von dem asozialen Verhalten und den musikalischen Versuchen ihrer Vorgänger ab.

Im Februar 1988 beging der junge Rocksänger A.Bashlachev Selbstmord. Jedes seiner Lieder ist ein kompliziertes, poetisches Werk gewesen. Das Gedächtniskonzert zu seinem Andenken wurde zu einer Demonstration der Stärke des Independent Rock, jedoch auch ein alarmierendes Zeugnis dafür, in welchem Ausmaß er bereits Teil des Systems geworden ist. Perestroika hat einen korrumpierenden Einfluß auf den Rock-Untergrund. Einige hörten auf Lieder zu schreiben, andere wurden kommerziell, wieder andere arbeiten im Ausland.

In Moskau baute G.Vinogradov allein ein avantgardistisches Musiktheater auf, in Leningrad schuf S.Kuriokhin sein „Pop Mekhanika" mit Hilfe hunderter von Musikern, Künstlern und Darstellern. Seine Konzerte sind zugleich Aufführungen klassischer Musik, Jazz und Rock, Happenings, Filmvorführungen und Action Paintings.

THEATER

Die achtziger Jahre sind eine blühende Zeit für alternatives Theater. Im Augenblick vielleicht sogar hunderte von Gruppen beanspruchen das historische experimentelle Theater, unter Einbeziehung von Brecht, Genet und P.Brook.

Wir erwähnen nur drei Persönlichkeiten: B.Yukhananov, Gründer des Theater Theaters, eines umfassenden fortlaufenden Psychodramas; S.Dobrotvorski, 1981-1987 (mit Unterbrechung) Direktor eines ursprünglich legalen Theaters, das während einer revolutionären Situation zu einem Untergrundtheater wurde, zum extrem linken „Deistvie Nr.3" (Aktion Nr.3); und zum Schluß E.Goroshevski, Direktor des elitären „Teatr Realnogo Iskusstva" (Reales Kunst Theater) des Dissidenten Klubs 31, der mit dem Aufkommen der Perestroika verkommen ist.

LITERATUR

Während Leningrad die interessanten Beispiele neuer Malerei und Musik bietet, findet man in Moskau die Größen der Literatur. Es ist wahr, daß V.Shinkarev, wie schon erwähnt, in Leningrad ist, der Dichter-Philosoph A.Dragomotsenko und viele Schriftsteller der vorigen Generation. In Moskau jedoch gibt es die poetischen Schulen des Konzeptualismus und des Metametaphorismus: D.Prigov, .Rubinstein, A.Ereshenko, A.Partsikov, T.Tserbina, Yu.Arabov u.a., die Prosaschriftsteller V.Sorokin, V.Erofeev u.a.. Wir erwähnen auch „Rigan Cortazar" A.Levkin. Der literarische Untergrund schließt wie die Untergrundmalerei die gesamte Sowjetunion ein.

JOURNALISMUS

Der kulturelle Samizdat warnt augenscheinlich. Die wachsende Anzahl von Veröffentlichungen hat etwas mit der Art politischer Bekanntmachungen zu tun. Jedoch sogar die oppositionelle Demokraticheski Soyuz (Demokratische Union) druckt ihre Texte nach typographischen Gesichtspunkten. Trotzdem gibt es noch einige literarische journalistische Zeitschriften: den Samizdat-Veteranen „Chasy" (Die Uhr), „Mitin Zhurnal" (Mityas Magazin), „Tretya modernizatsia" (Die dritte Modernisierung) und, wie schon erwähnt, „Cine Fantom". Viele Untergrundschreiber haben ihren Weg zur legalen Presse gefunden, zum Teil bei der Zeitschrift „Rodnik" (Die Quelle).

In den Jahren 87/88 entstand die „Novoya Kritika" (Neue Kritik) Bewegung. Junge Intellektuelle nahmen Partei für die Novoyakultura; sie machten aus ihren Texten Arbeiten der Kunst und der radikalen Erneuerung der Sprache der Kritik: A.Smirnova, .Khrusteleva, S.Dobrotvorski, E.Baumena, M.Trofimenkov u.a.. Gruppen, die mit ihnen zusammenarbeiten, sind „Molodoye redaktsie" (Junge Verleger) der Zeitschriften „Teatralnaia Zhizn" (Theaterleben) und „Isskustvo" (Kunst) und die Zeitschrift „Dekorativnoe Isskustvo" (Angewandte Kunst). Die Neue Kultur hat letztendlich ein freies Forum gefunden.

Großer Dank über die kritischen Aktivitäten der Freien Universität (Leningrad) etablierte sich in den Jahren 88 und 89 und schloß Professoren wie T.Novinov, B.Yukhananov, O.Khrustaleva u.a. ein. Es drohen der Neuen Kultur jedoch zwei Gefahren. Eine von innen, nämlich die Kommerzialisierung und zu neuen etablierten Kräften zu werden, und eine von außen, die extrem rechte Bewegung „Pamiat", die anscheinend eine neue Bartholomeus-Nacht für linke Intellektuelle vorbereitet.

Es gibt Anzeichen (zunächst noch sehr verhalten), daß neue kulturelle Alternativen in Erscheinung treten werden. Aber bis jetzt, bis zum Sommer 1989, ist die Novoyakultura aktuell geblieben. ●

BRD und West-Berlin

Außerparlamentarische Opposition und die Entstehung einer einer neuen Gegenöffentlichkeit

Für die aktuelle Betrachtung radikaler, unabhängiger und alternativer Informationsträger stellen die politischen Ereignisse Ende der 60er Jahre einen Ausgangspunkt dar.

1968 kam es im ganzen Land zu Protestaktionen gegen die verkrustete Wirtschaftswunder-Gesellschaft und den Krieg der USA in Vietnam. Nach einem Attentat auf Rudi Dutschke, dem Theoretiker der westdeutschen Studentenbewegung, versuchten Demonstranten die Auslieferung der reaktionären Springer-Presse zu verhindern. Bei den Aktionen gegen die Mitverantwortlichen für Dutschkes versuchte Ermordung wurden tagelang Straßenschlachten mit der Polizei geführt.

23 Jahre nach dem Sieg der Alliierten über den Faschismus und ein Jahrzehnt nach der von bundesdeutschen Behörden zerschlagenen kommunistischen Organisationen und ihrer Publikationsorgane entstand 1967/1968 eine neue linke Bewegung. Sehr bald wurde deutlich, daß die staatstragenden Medien – allen voran der konservative Springer-Konzern (BILD) – jede gesellschaftliche Veränderung und historische Aufarbeitung der deutschen Geschichte zu unterbinden versuchte. Die Medien hetzten gegen die sogenannte Studentenbewegung, bezeichnete eine aufkommende Subkultur (Hippies) als krankhaft und diffamierte wiedererstarkte sozialistische Ideen mit einem haßerfüllten Antikommunismus.

Aus der Notwendigkeit heraus, der von Springer und anderen bürgerlichen Medien manipulierten Öffentlichkeit, authentische Informationen über Diskussionen und Ziele der außerparlamentarischen Opposition zu vermitteln, entwickelte sich sehr bald eine eigenständige und selbstorganisierte Gegenöffentlichkeit. Es wurden die ersten linken Verlage gegründet (z.B.**Wagenbach, Karin Kramer**) und im November 1968 gründete sich der **VLB (Verband des linken Buchhandels)**, in dem linke Verlage, Buchhandlungen und Druckereien organisiert sind.

Der VLB verstand sich als Gegenstruktur zur herrschenden Desinformationspolitik des bürgerlichen Literaturbetriebs und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer wichtigen Kraft in der westdeutschen Oppositionsbewegung. Im Jahr 1968 fand auch, neben der offiziellen Frankfurter Buchmesse, zum ersten mal eine Gegenbuchmesse statt. Der **SDS (Sozialistische Deutsche Studentenbund)** und die **APO (Außerparlamentarische Opposition)** hatten u.a. vorher zu einem Boykott der „bürgerlichen Geschäftemacher" aufgerufen.

Von der Revolte zur Langeweile

Im Bereich der Gegenöffentlichkeit, der oppositionellen Medien, hat sich zwischen 1968 und 1989 viel ereignet. Die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und der Prozeß der Linken spiegelt sich beispielhaft in den Medien der ehemaligen Radikalen und heute sozialdemokratisch oder grün integrierten Medienproduzenten wieder.

Die meisten der in den letzten 20 Jahren gegründeten und sich links oder alternativ verstehenden **Buchhandlungen** sind weitgehend entpolitisiert. Im Konkurrenzkampf mit den bürgerlichen Buchverkaufsstellen und existenziell bedingten ökonomischen Zwang werden momentan die Fragen nach radikalen gesellschaftlichen Veränderungen nur noch von den wenigsten Projekten gestellt. Die Repression während der „Terroristen-Hysterie" (1976-1978) und individuelle Entwicklungen bzw. politische Resignation der MitarbeiterInnen haben dazu geführt, daß diese „älteren" linken Buchläden eventuell noch ein gutes Literatursortiment anzubieten haben – Publikationen zu einer linksradikalen Diskussion sind dort jedoch selten zu finden.

Bei den rund 50 linken **Verlagen** ist die Situation vergleichbar. In den 70er Jahren dokumentierten Verlagsprospekte den Stand politischer Theorie und Praxis, heute wird dieser Zusammenhang allenfalls noch in Reprints und bei der eigenen linken Vergangenheitsbewältigung der VerlegerInnen deutlich. Bei den auf der Buchmesse ausstellenden, traditionellen linken Verlagen (**z.B. Wagenbach, Rotbuch**) wird die überwiegend langweilige und intellektualistische „grüne" Kultur sichbar. Zeitgeistorientierte Programme (das Design bestimmt das Sein) lassen die „altlinken" Verlage für radikalere Diskussionen immer uninteressanter werden.

In der **Zeitschriften**-Landschaft existieren nur einige wenige Blätter länger als 10 Jahre – z.B. die heutigen Stadtzeitungen und -magazine: **Klenkes/Aachen (1975), Pflasterstrand/Frankfurt (1976), Stadt-Revue/Köln (1976), Lateinamerika-Nachrichten (1973), die Frauenzeitung Clio (1976), die Zeitschrift Ästhetik & Kommunikation (1970)** oder die **Monatszeitung Arbeiterkampf (1971)**.

Auffällig und typisch ist die Entwicklung bei den Stadtzeitungen und Stadtmagazinen. Hatten diese früher den Anspruch, politischen Initiativen das Papier zu überlassen bzw. linksradikale Theoriediskussionen und Aktivitäten praktischer Politik zu dokumentieren, so beinhalten sie heute meist Werbung, Veranstaltungshinweise, Kleinanzeigen, gängige Kultur und systemkonforme Politikberichte. Ein Beispiel für den Ausverkauf sämtlicher Ansätze eines oppositionellen Mediums ist das Frankfurter **Metropolenmagazin Pflasterstrand**. Dort wird heute mit Sonderseiten die „rot-grüne Koalition" gefeiert, über die stattfindende Prozesse gegen StartbahngegnerInnen berichtet das Blatt jedoch nur in einem abschätzigen Ton.

Aber auch die sich ursprünglich selbst als links und radikal definierende, West-Berliner **tageszeitung (taz)** zeigt die Entwicklung vom außerparlamentarischen Oppositionsblatt zum regierungsfreundlichen Sprachorgan grüner Realpolitik. Die Berichterstattung zum 1. Mai in Kreuzberg hat zum wiederholten Male deutlich gemacht, daß von der **taz** radikale Positionen nicht mehr dokumentiert oder diskutiert, sondern nur noch diffamiert werden.

Andererseits gibt es aber auch dutzende von länger existierenden Zeitschriften, deren MacherInnen nach wie vor engagiert und parteiisch arbeiten. Die **Kölner Stadt-Revue** und die **Kasseler Stattzeitung** sind Beispiele dafür, daß es auch für Stadtzeitungen und -magazine möglich ist, sich auf radikale politische und kulturelle Ansätze bzw. Auseinandersetzungen zu beziehen.

Im Bereich der **Schallplatten**-Verlage hat es in den letzten Jahren ebenfalls größere Veränderungen gegeben. Ältere, dem Selbstverständnis nach linke oder progressive „Labels" sind in den letzten Jahren meist von größeren Konzernen aufgekauft worden bzw. wurden eingestellt (z.B. Eigelstein/Köln). Das Projekt **«Unsere Stimme»** aus München ist in dieser Sparte eine erfreuliche Ausnahme.

Zum Stand radikaler Informationsträger im realexistierenden Kapitalismus

Ohne Zweifel haben die traditionellen linken Medienstrukturen viel von ihrer ehemaligen Bedeutung verloren. Die Verbreitung radikaler Politik und revolutionärer Kultur – deren Gemeinsamkeiten sind, daß sie sich gegen die bestehende Ordnung, gegen Normierung, Kommerzialisierung und Integration richten – haben jedoch zu neuen (eigenen) Strukturen geführt.

Leider sind in diese Zusammenhänge nur wenige **Buchläden** eingebunden. AktivistInnen der radikalen politischen Bewegung (Anti-AKW, Häuserkampf, Frauen) haben in den letzten Jahren in vielen Städten **Infoläden** aufgebaut. Diese verstehen sich als Orte der Agitation und Kommunikation. Dort kann man/frau Adressen von regionalen Gruppen erfahren, Flugblätter, Broschüren und Zeitungen aus der ganzen BRD und West-Berlin lesen (und kaufen); durch internationale Kontakte besteht auch die Möglichkeit, einen authentischen Einblick von Diskussionen in andere Länder zu erhalten. Viele Infoläden verfügen mittlerweile über ein Archiv (zum Teil mit regionaler Ausrichtung), mit dem die Geschichte der verschiedensten Gruppen und Bewegungen für aktuelle Diskussionen (z.B. Wohnungsnot/Hausbesetzungen, Hungerstreik/Knast, Republikaner/antifaschistische Arbeit) zugreifbar ist. Im Gegensatz zu den meisten Buchläden sind die MitarbeiterInnen der Infoläden existenziell nicht von ihren Projekten abhängig, d.h. sie verstehen ihre Tätigkeit primär als politische Arbeit. Dieser Unterschied und die starke Einbindung in die politische Szene vor Ort machen es dem Staat wesentlich schwieriger, durch Zensur bestimmter Themen (Haftbedingungen, Frauenwiderstand, Anschlagserklärungen) Repression auszuüben.

Die nicht bestehende Relevanz „älterer" **Verlage** für aktuelle politische und kulturelle Diskussionen ist u.a. als ein Produkt allzustarker Orientierung an die kapitalistische Ökonomie zu verstehen. Doch bedeutet Leben und Arbeiten im Kapitalismus für die einen den Verlust radikaler Ideen, bietet er anderen die Möglichkeit einfacher Inhaltsvermittlung und individueller Selbstverwirklichung. Das heißt: „Alles kostet Geld, aber es ist auch vieles mit geringen finanziellen Mitteln realisierbar". In der BRD und West-Berlin arbeiten Druckkollektive, an Papier und Farbe besteht kein Mangel, Schreibmaschinen und Kopiergeräte sind leicht zugänglich und das Telefon ist ein selbstverständliches Kommunikationsmittel. Diese auf der technischen Ebene relativ günstigen Bedingungen ermöglichen es Gruppen und Einzelpersonen, Ideen und Projekte zu realisieren, die ansonsten nie das Licht der Öffentlichkeit erblicken würden.

1989 existieren – natürlich mit höchst unterschiedlicher Qualität – hunderte von **Klein- und Selbstverlagen**, an der Herstellung und Verbreitung von Zeitschriften sind tausende von Polit-und KulturaktivistInnen beteiligt. Das Spektrum reicht von 5 illegal kursierenden autonomen und antiimperialistischen Blättern über rund 50 Betriebs- und Erwerbslosenzeitungen, ca. 50 Frauen- und Lesbenzeitungen, mehr als 100 Periodika mit dem Schwerpunkt Internationalismus, ca. 100 Kunst- und Literaturzeitschriften bis zu rund 50 Musik-fanzines. Neben den insgesamt 500 als radikal und unabhängig einzuordnenden Zeitschriften erscheinen jährlich noch über 100 Broschüren und Textsammlungen zu allen aktuellen und zeitlosen wichtigen Themen (z.B. IWF, 1. Mai, Knast, Gentechnologie...). Eine zunehmende Bedeutung für die Herstellung von Texten in kleinen Auflagen hat in den letzten Jahren auch die breite Zugänglichkeit der Kopiergeräte gewonnen. Im Bereich der radikalen politischen Diskussion werden diese Produktionsmittel genutzt, um Informationen schnell und (oft) jenseits staatlicher Kontrollmöglichkeiten zu verbreiten.

Im künstlerischen Spektrum hat sich, aufgrund der Unabhängigkeit vom Markt, mittlerweile eine eigenständige Kopie-Kultur entwickelt. Durch Austauschanzeigen, Adressenverteiler oder kleinere Kataloge wird auf die Existenz der Zeitungen, Broschüren und Bücher hingewiesen. Spezialisierte Vertriebe (z.B. AurorA/Politik, 235/Musik & Kunst) bieten viele der Titel dem Buchhandel oder Privatkunden an. Ansonsten läßt sich das politische oder kulturelle Bedürfnis an den „anderen" Medien bei einer Rundreise durch die Läden (Buchhandlungen, Infoläden, Galerien, Cafes, Kneipen) einer Großstadt befriedigen.

Video/Film, Cassetten, Computer

Diese Informationsträger begannen erst Ende der 70er, Anfang der 80-er Jahre in der Praxis von Gegenöffentlichkeit, an Bedeutung zu gewinnen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die technologische Entwicklung des Kapitals, dessen Interesse es war und ist, die produzierten Waren einer breiten Bevölkerungsschicht durch Preisreduzierung zugänglich zu machen. Ein anderer Punkt war die Feststellung oppositioneller Kräfte, daß man/frau sich nicht mehr alleine nur auf die Printmedien als „Waffe im Klassenkampf" beschränken sollte. In zunehmenden Maße wurde Anfang der 80er Jahre über die Aneignung der „neuen" Medien diskutiert.

Mitte bis Ende der 70er Jahre gründeten sich die ersten Medienwerkstätten (**Medienoperative Berlin, Medienwerkstatt Freiburg**), die illegalen Radios (**z.B. Radio Kebab/W. Berlin, Radio Paranoika/Offenburg, Radio Wahnsinn/Köln**) wurden zum wichtigsten Nachrichtenorgan bei politischen Kämpfen (Anti-AKW, Hausbesetzerbewegung...), die erste Welle der Kassettenproduktion begann ebenfalls mit der Entstehung des Punk und der neuen Hausbesetzerbewegung Anfang der 80er Jahre.

Heute ist die **Video**-Szene weitgehend personell und inhaltlich zweigeteilt in die Bereiche Kunst und Politik. Im politischen Spektrum wird die Arbeit mit Videos meist unter dem dokumentarischen Aspekt verstanden. Auch wenn es nicht den Charakter eines offensiven, nach vorne treibenden Mediums hat, bei vielen politischen Veranstaltungen sind Videovorführungen fast schon unentbehrlich, bilden sie doch die Grundlage für weitere Diskussionen. In der künstlerischen Szene werden mehr die individualistisch experimentellen Ideen umgesetzt. Die relativ preisgünstige Herstellung und breite Zugänglichkeit hat das Medium Video zu einem wichtigen künstlerischen Aktionsfeld werden lassen. Einige Versuche, aus den beiden Arbeitsbereichen (Politik und Kultur) des Informationsträgers Video ein kulturrevolutionäres Medium zu entwickeln, scheiterten (meist) an der Spezialisierung und dem Desinteresse der MacherInnen und ZuschauerInnen.

Foto: aus dem Schwarzen Faden 1/86

Die Hochzeiten (1980-1983) der illegalen **Radios** hat nur **Radio Dreyeckland** überlebt. Der nun legale Sender versucht jedoch nach wie vor, Ansätze einer basisorientierten Kommunikation zu verwirklichen. Eine wichtige Grundlage für diese kontinuierliche Arbeit ist aber der Umstand, daß der ehemalige illegale Sender aufgrund seiner geographischen Lage jahrelang unbehelligt aus dem französischen Grenzgebiet senden konnte. Zudem wurde **Radio Dreyeckland** seit seiner Gründung (1977) von vielen Freiburger Einzelpersonen und Gruppen inhaltlich mitgestaltet und finanziell unterstützt.

Die übrigen „Ex-Frequenzbesetzer" stellten aufgrund massiver Verfolgung durch die Deutsche Bundespost, die den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten das Monopol garantierte, ihren Betrieb nach einigen Monaten oder wenigen Jahren ein.

Momentan arbeiten in der BRD und West-Berlin rund 15 Radioinitiativen, wovon 5 regelmäßig senden und sich durch Werbung bzw. Mitgliedsbeiträge finanzieren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen (z.B. zeigte Ende 1987 das illegale **Radio Hafenstraße**, daß dieser Informationsträger noch nichts von seinen agitatorischen Möglichkeiten verloren hat), unterscheiden sich die meisten der privaten Radios mit linkem Anspruch nicht mehr allzusehr von engagierten öffentlichen Sendern.

Im Bereich der Cassetten- und Schallplattenproduktionen ist das vielfältigste Spektrum der neuen Informationsträger zu finden, gerade dort ist viel Bewegung und Mut zu Experimenten zu beobachten. Die rund 50 Cassetten- und Schallplatten-labels arbeiten meist unkommerziell und haben sich auf bestimmte Musik- und Kunstrichtungen spezialisiert (z.B. Hardcore, Experimental, Industrial, Literatur). Sie bieten ihre Programme über Versandkataloge und Plattenläden einem begrenzten, aber sachkundigen Publikum an. Da der Tonträger Cassette relativ preisgünstig ist und die Aufnahmegeräte unkompliziert zu handhaben sind, können gerade hier Projekte in sehr geringen Auflagen realisiert werden.

Zum Abschluß dieser kurzen Bestandsaufnahme noch eine Bemerkung zur Funktion des Informationsträgers Nr. 1 in unserer High-tech-Kultur. Computer gehören mittlerweile zum Standard aller gesellschaftlichen Bereiche, und doch hat dieses Medium immer noch den geringsten Wert für eine funktionierende, freie Kommunkation im größeren Rahmen. Existierende Mailboxen, die sich selbst als links, alternativ oder sonstwie progressiv definieren, werden nur wenig genutzt. Die Zahl der TeilnehmerInnen, die von dort Informationen beziehen, sind oft verschwindend (20-50 Eingänge) gering. Und auch wenn das „hacken" heutzutage zum Volkssport avanciert ist, diese Möglichkeit der Manipulation oder Sabotage wird von den meisten Computer-Freaks eher als technischer Ehrgeiz im Konkurrenzkampf mit den anderen Hackern denn als Teil eines bewußten, politischen Aktes verstanden. Die Gebrauchsfunktion des Computers ist nicht zu bestreiten, ihn jedoch als neuen „revolutionären" Informationsträger zu verstehen, bedeutet – momentan zumindest – eine absolute Überbewertung

Eine Zensur findet statt

In der angeblich freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland existiert keine offizielle Zensurbehörde, aber natürlich wird auch hier staatliche Zensur ausgeübt. Sie ist Bestandteil einer Repression gegen oppositionelle Strömungen und stattfindende oder bevorstehende Kämpfe. Je mehr das Herrschaftssystem in Frage gestellt wird – theoretisch und praktisch – umso rigider sind die Zensurmaßnahmen. Die unklaren Gesetzesauslegungen ermöglichen es den Staatsorganen, jederzeit gegen mißliebige Medien und alle an der Herstellung und Verbreitung beteiligten Menschen vorzugehen. Ziel ist jedoch weniger, viele Personen tatsächlich zu verurteilen, staatliche Verfolgung beinhaltet mehr den Zweck, politische AktivistInnen einzuschüchtern und in der Öffentlichkeit zu kriminalisieren. Durch diese Strategie der verdeckten Zensur soll die überall latent vorhandene Selbstzensur der gesellschaftlichen Normalität durchgesetzt werden.

Im Printmedienbereich sind die Strafgesetzbuchparagraphen 129a (Werbung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) und 130a (Anleitung zu Straftaten) die eindeutigsten Zensurinstrumente, d.h. sie sollen eine öffentliche Diskussion und Kommunikation über Sinn, Zweck und Widersprüche militanter Politik unterdrücken. Jede Publikation, die über die Aktivitäten der Gruppen RAF, Revolutionäre Zellen, Rote Zora oder von den Isolationshaftbedingungen in den Gefängnissen berichtet, kann demnach gemäß §129a angeklagt werden. Buch-und Infoläden, die solche Publikationen auslegen bzw. vertreiben, können aufgrund o.g. juristischer Grundlage ebenso verfolgt werden.

In den letzten Jahren hat es in der BRD und West-Berlin hunderte von Beschlagnahmeaktionen, Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren gegen Buchläden, VerlegerInnen und ZeitschriftenmacherInnen gegeben. Im Januar wurde u.a. ein angeblicher Mitarbeiter der **Hamburger Zeitschrift sabot** zu 12 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Eine weitere Form der politischen Unterdrückung ist die immer wiederkehrende Zensur gegenüber Veröffentlichungen von selbstbestimmter schwuler Sexualität. Hier tut sich vor allem das Bundesland Bayern besonders hervor.

Im Bereich der übrigen Medien wird vergleichsweise wenig staatliche Zensur ausgeübt. Doch, ebenso wie bei den Printmedien, ist es z.B. beim Radio möglich, aufgrund von Äußerungen zur Situation der Haftbedingungen in westdeutschen Gefängnissen juristische Verfahren einzuleiten. Und nach wie vor verfolgt die Bundespost noch jede Aktivität illegaler Radios. Im Juni 1989 war zum Beispiel der Sender **Radio Hafenstraße** vordergründiger Anlaß, mit einem massiven Polizeiaufgebot die ehemals besetzten Häuser in Hamburg zu durchsuchen.

Auch im Bereich der Tonträger wird gelegentlich staatliche Zensur ausgeübt. So wurde 1983 eine Platte der Hamburger **Punk Band Slime** verboten, weil in ihren Texten angeblich zu Straftaten aufgerufen worden sein soll.

Dies sind einige Beispiele direkter staatlicher Repressionsmaßnahmen. Aber auch durch Erpressung von öffentlichen Geldgebern (subventionierte Medienprojekte) und Anzeigeninserenten (finanzielle Abhängigkeit von Werbung) wird die Meinungsfreiheit unterdrückt und die Öffentlichkeit manipuliert.

Doch trotz dieser teils sehr unterschiedlichen Repressionen und Beeinflussungen werden die vom Staat als zersetzend bezeichnende Themen öffentlich gemacht. Es verstärkt sich eine Diskussion, daß gerade die sogenannten unaussprechbaren und „anschlagsrelevanten" Themen (menschenunwürdigen Haftbedingungen, Gentechnologie, Verflechtungen der BRD-Wirtschaft, militanter Widerstand gegen das System) selbstverständlich publiziert werden sollten.

Wenn die Diskussion darum weiterhin in einer breiten linken Öffentlichkeit geführt werden sollte, kann genau auf dieser Ebene der stattfindenden Repression etwas entgegengesetzt werden. Allerdings ist dieses offensive Vorgehen beim Thema Zensur, genauso wie bei der allgemeinen Perspektive der radikalen Informationsträger, auch abhängig von der politischen Relevanz, der Meinungsvielfalt und dem Ideenreichtum des außerparlamentarischen Widerstandes in der BRD und West-Berlin. ●

Martin Hoffmann/Edition ID-Archiv im IISG

BRD and West-Berlin

OPPOSITION OUTSIDE OF PARLIAMENT AND THE EVOLUTION OF AN ANTI-PUBLICITY.

The political events at the end of the sixties are a reference point for looking at radical, independent and alternative information carriers. 1968 was marked by many demonstrations and other protest acts against the „ Wirtschaftswunder" society and the Vietnam War. After an assault on the brilliant theoretician Rudi Dutschke demonstrators tried to impede delivery of reactionary newspapers Springer Press. Streetfighting went on for days when actions against the people responsible for the assault took place.

Twenty years after the victory of the Allies over fascism and a decade after the breakdown of West German communist organisations and their publication systems, in 1967/68 a new leftist movement was born. Pretty soon it became evident, that every possible step to rewrite german history was being taken by conservative „SPRINGER- PRESS", (BILD). Media fought against student movement and repressed new socialist ideas with strict anti-communism. A self-organized and autonomous counter publicity campaign was created because of a need to inform media influenced parts of the population on what was happening in the opposition outside of parliament. Leftist publishing houses were founded („WAGENBACH, KARIN KRAMER") and in November 1968 the „VLB" (cooperation of leftist booksellers) was established.

The „VLB" was an important factor in the following years for the opposition because it was an anti-structure to the prevailing policy of disinformation by bourgeois media. Also in 1968 the first alternative bookfair to the official „Frankfurter Buchmesse" took place. The „SDS" (socialist german student union) and the „APO" (opposition outside of parliament) had called for an embargo on „bourgeois wheeler-dealers".

FROM REVOLT TO BOREDOM

A lot happened on behalf of counter publicity and opposition media between 1968 and 1989. The fact that once radical media makers turned into integrated green or social democratic media producers is an example for the development of leftist politics as a whole. Almost all bookshops that opened in the last twenty jears which consider themselves left or alternative are not involved in politics at all. Most projects do not deal with questions on radical changes of society due to economic competition. Repression during the period of terrorist hysteria (1976-78) and personal resignation of people involved in the bookstores led to a situation where older bookstores still have a quite satisfactory assortment of leftist literature but no publication on leftist-radical discussions is sold.

This is also true for most of the 50 or so publishing houses. In the Seventies these publishing houses documented leftist politics in theory and practic but now only reprints and self pitying retrospectives are made. A boring, intellectualized, „green" culture is presented on bookfairs, nowadays by publishing houses like „WAGENBACH, ROTBUCH VERLAG", „Zeitgeist" oriented programs with a lot of marketing and designing effort let older publishers with their discussions on a real radical change appear boring. Very few periodicals with a history of more than 10 years still exist, „KLENKES" in Aachen (1975) „PFLASTERSTRAND" in Frankfurt (1976), „STADT-REVUE" in Koeln (1976), „LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN" (1973), „DIE FRAUENZEITUNG CLIO" (1976), „AESTHETIK UND KOMMUNIKATION" (1970), and „ARBEITERKAMPF" (1971).

The development of city periodicals is symptomatic. When they started out, most of them wanted to give space and documentation to leftist theoretical discussions and practical politics, but now only advertising, free announcements and conformist reports are printed. An example for this is „PFLASTERSTRAND" in Frankfurt, where extra pages are reserved for a celebration of the red-green coalition but only dispising language is used for reports on trials of people who fought against „STARTBAHN WEST". Even the once considered left-radical newspaper „TAGESZEITUNG" is now conformist. Their reporting on the events on Maiday in Kreuzberg clearly shows this. On the other hand there are plenty of magazines that engage in political and cultural discussions like „KOELNER STADT REVUE" and „KASSELER STATTZEITUNG".

Independent music labels changed, most of the older projects stopped or were sold to record giants. „UNSERE STIMME" is one of the rare examples that still work the old way.

RADICAL INFORMATION CARRIERS IN REAL EXISTING CAPITALISM

Without a doubt traditional left media structure lost much of its importance. Radical politics and revolutionary culture have on common their fight against existing order, commercialisation and standardisation. They helped to create new structures. Few bookshops are involved in this. „INFOLAEDEN" (information stands) created by people in movements against nuclear power plants, squatters movement and womens liberation movement are established in different citys. These centers for communication and agitation help people interested in a certain topic to find addresses and contacts, distribute flyers, pamphlets, and periodicals and international contacts help communicate on a larger scale. In some information stands archives with topics like the housing situation, squatting, hungerstrikes, prison, new fascist movement are created. People involved with „INFOLAEDEN" are not economically dependent on this work and so this is much more a forum for political topics than bookshops. This and strong connections to the local scene make it much harder for the state to intervene with censorship on certain topics like prison conditions, militant women, declarations to take resonsibility for an assault and others.

Older publishing houses oriented themselves too much on capitalist structures and due to this are no longer relevant to anything concerning politics and culture. For some individuals working and living in capitalism means giving up radical ideas, for others it is a possibility to get a message across. In West Germany and West Berlin printing cooperations have supplies of paper and paint, typewriters and copiers are easyly accessible and telephones are everywhere, technically everybody can publish his ideas and announce his projects.

Thousands of one person-projects and small publishing houses with people from the political and cultural scene are working in 1989. Five illegal autonomous and anti-imperialist papers, 50 periodicals of jobless people, 50 homosexual periodicals, 100 periodicals on internationalism, 100 magazines in art and literature and up to 50 music fanzines are published. Beside that there are another 100 booklets and bibliographies on topics like IWF, May First, prison, genetechnology... Easy access to copiers is important for independant production of texts. Informations are rapidly distributed this way and the possibility for the state to interfere are little.

From this copy art developed. Small catalogs and address lists show where different projects exist and where periodicals, booklets and books can be purchased. Specialised distributers (like „AURORA 235/polititics,music and art") offer many of these titles to established bookstores or private clients. Another way of quiring these prints is a tour through cafes, „INFOLAEDEN", bars, galleries and bookstores of a bigger city.

VIDEO/FILM CASSETTES AND COMPUTERS

As an alternative information carrier video, film, cassettes and computers began to gain importance only in the early Eighties. The fact that these media became relatively cheap and the insight that only print media was too little for a class struggle opened way for wide acceptance of them.

Media workshops „MEDIENOPERATIVE BERLIN" „MEDIEN-WERKSTATT FREIBURG" and illegal radio stations „RADIO KEBAP" in Berlin, „RADIO PARANOIA" in Offenburg, „RADIO WAHNSINN" in Koeln played a major role in news distribution during political fights on issues like anti-nuke, squatting and others. The first cassette production wave came with punk in the early Eighties. Todays' video scene is divided in arts and politics. Politically, video is employed in a documentary way and is indepensabile for happenings, because it represents a basis for discussions. In the art scene video is used individually to realise experimental ideas, the low price of the medium enables a lot of people to use it. Efforts to use video in a revolutionary way were impeded by too high specialisation and lack of interest in behalf of the people involved.

Illegal radios had high times in 1980-1983, but only „RADIO DREYECKLAND" survived and still tries to emmit – now on a legal base – a programm with revolutionary contents. The main factor for the survival of this radio and a continious program was its geographical situation on the border between France and Germany. And a lot of individuals and groups from the region of Freiburg supported it. The remaining radios had to stop because of massive repression from the German post that guarantees the monopoly of public radio and TV stations. Today around 15 radio initiatives in West Germany and West Berlin that finance themselves with announcements are on the air. Most of these radios that consider themselves leftist are, with the exception of „RADIO HAFENSTRASSE", not really different from mainstream radio.

More diverse is the independent tape and LP scene because a lot of movement and a courage to experiment exists. Around 50 indie-lables work non-commercial and have specialised in certain types of music or art like hardcore, experimental, industrial, literature,... Projects can be realized by a lot of people due to low production prices and easy access to recording facilities and so these products are sold to few but well informed persons.

To finish this summary I would like to remark something on information carrier number one today, the computer. Computers are a standard in todays media oriented society but still do not serve to set up a larger networks for communication. Leftist mailboxes are barely used and almost no agitation is being done by hackers, it is more a sports than a political thing. By now computers are not really used in a revolutionary way in Germany.

CENSORS ARE AT WORK

In the so called free Federal Republic of Germany there is no official instituion committed to censorship, but of course it exists. This is part of an ongoing repression. The more one questions the existing structures of power the harder these measures of repression will be. Unclearly defined laws enable the police to intervene and stop production of unwanted media and criminalise political activists. A goal of them is not to imprison as many persons as possible but to intimidate and frighten people involved and to enforce an already existing self-censorship.

In Germany, controversial paragraphs 129a and 130a are used to repress debates on conditions in jail or radical activities of RAF, RZ, „ROTE ZORA" and other groups. They serve as a base for prosecution of bookstores and „INFOLAEDEN" that distribute publications on these topics. This law has caused hundreds of confiscations and legal hassels for a lot of periodical makers and publishers. Only in January a member of the Hamburg periodical „SABOT" was convicted to 12 month in jail. Another form of censorship lasts – especially in Bavaria – on homosexual publications.

Other media are not as much harrassed as print media, but still it is possible to become convicted for something said on the radio against a vital issue. And still the german post follows any action that is „illegal", an example is „RADIO HAFENSTRASSE" that was cause for a massive police intervenion in the squatted houses in Hamburg. Censored was an LP of the punk band „SLIME" from Hamburg, too, because their texts were asking people to commit crimes.

In spite of this repression, all this is public information. Discussion goes on what these topics should be published in a normal way and there exists hope that this discussion will open up this kind of topic to a larger audience. All this depends on ideas and political relevance of opposition outside of parliament in West Germany and West Berlin. ●

Martin Hoffmann, West-Berlin

Europe against the current – – an economy against the mainstream – a newspaper for the other economy

Reading this you are reading a part of CONTRASTE, a monthly issue of facts and point of views about „Alternative Economy" in German language. Radical opposition against the current of capitalist orientation is not only a matter of political movement, but also of another way of working and living... of trying to live our dreams of social, cultural and economical alternatives to the right now overwhelming mainstream of western goals. Since five years CONTRASTE reports month after month the news of this part of the struggle and the, as we all know, uncertain perspectives of another economy... Sending us three bucks (US-dollar) you can have the whole of CONTRASTE. Just write at

CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
D-6900 Heidelberg 1
Federal Republic of Germany

Was Ihr hier lest, ist ein Teil von CONTRASTE, einer Monatszeitung mit Beiträgen und Nachrichten der „Alternativen Ökonomie" in deutscher Sprache. Radikale Opposition gegen den Strom kapitalistischer Entwicklung ist nicht nur eine Frage von politischer Bewegung, sondern auch eines anderen Weges zu arbeiten und zu leben... von Versuchen, unsere Träume von sozialen, kulturellen und ökonomischen Alternativen gegen den gerade jetzt überwältigenden Mainstream des westlichen Lebensstils zu leben. Seit 5 Jahren berichtet CONTRASTE Monat für Monat von diesem Teil des Widerstands und den, wie wir alle wissen, unsicheren Perspektiven einer anderen Wirtschaft...

Gegen Einsendung von drei Dollar (oder 6,- DM) könnt Ihr auch den Rest von CONTRASTE kennenlernen. Ihr braucht nur an obige Adresse zu schreiben.

Europa gegen den Strom – – eine Wirtschaft gegen den Mainstream – – eine Zeitung für eine andere Wirtschaft

Anzeige

ALTERNATIVE MONATSZEITUNG MOZ FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Radikal gegen die Extremisten der Mitte

Wir scheren aus, wo andere einlenken

SCHNUPPER-ABO

COUPON: Nach Erhalt dieses Coupons sind US 7,- (DM 10,-; sfr. 10,-) schicken wir Ihnen die jüngste Ausgabe der MONATSZEITUNG und die folgenden 2 Nummern. Wollen Sie die MONATSZEITUNG danach regelmäßig für vorerst 1 Jahr weiterbeziehen, brauchen Sie nichts weiter dazu tun. Die MONATSZEITUNG wird dann automatisch (Juli-August/Doppelnummer) in Ihren Briefkasten einflattern. Sie erhalten dann eine Rechnung über US 37,0, (DM 50,-, sfr. 50,-, Auslands-Abos 45 USD, incl. Versand und MWSt.) Studentinnen und Studenten: -30%.
Falls Sie aus finanziellen (oder anderen) Gründen nicht bereit sind, die MONATSZEITUNG zu abonnieren, genügt eine Kurzmitteilung nach Erhalt der 2. Nummer mit einem diesbezüglichen Hinweis. Sie erhalten danach nur noch eine Ausgabe.

NAME, VORNAME _____
STR. _____
PLZ., ORT _____
DATUM, UNTERSCHRIFT _____
„Selbstverständlich kann ich meine Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen und bestätige dies durch meine Unterschrift."
UNTERSCHRIFT (WICHTIG) _____
BITTE IN BLOCKBUCHSTABEN SCHREIBEN!

Coupon und Gutschein(e) bitte an: GRÜN ALTERNATIV VERLAG
MONATSZEITUNG
NEULERCHENFELDER STRASSE 12
A-1160 WIEN, ÖSTERREICH

Abo zu DM 50,- oder Probeexemplar bei Grün-Alternativ Verlag
Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Telefon 0222/48 35 71

FRAUENKRISENTELEFON

Krisis auch in Ost-Berlin?

Das Frauenkrisentelefon in West-Berlin wird täglich von vielen Frauen mit den unterschiedlichsten Problemen genutzt. Ricarda Buch von der CONTRASTE Frauenredaktion sprach mit den Projektfrauen über ihre Arbeit.

Welche Motive haben zur Entstehung des Frauenkrisentelefons geführt?
Die Idee entstand im November 1981 auf einem Antipsychiatriekongreß. Mitarbeiterinnen psychiatrischer Einrichtungen hatten damals entlassenen Patientinnen ihre private Telefonnummer gegeben, um in Notfällen für sie erreichbar zu sein. Das Ergebnis war, daß sie fast hundert Anrufe pro Abend erhielten. Aus dieser Situation entstand die Idee, ein Frauenkrisentelefon einzurichten.

Inzwischen rufen nicht nur entlassene Patientinnen an, sondern Frauen in allen Lebenslagen und mit allen Problemen, denen Frauen in dieser patriarchalen Gesellschaft begegnen. Deshalb haben wir unseren Begriff von „Krise" sehr weit gefaßt. Er reicht vom einfachen einmaligen Ärgernis, längeranhaltenden Familienproblemen, Entscheidungsschwierigkeiten, Problemen der täglichen Arbeit bis zur Ausweglosigkeit.

Wie habt ihr das Projekt aufgebaut?
Nach dem Kongreß traf sich eine Gruppe von Frauen, die ein Arbeitskonzept entwickelte und Räume suchte. Nach einem halben Jahr, an einem schönen Julisonntag mit blauem Himmel, ging 1982 der erste Dienst los.

Wie finanziert ihr euch?
Zuerst hatten wir überhaupt keine Finanzierung. Der Hut mußte rumgereicht werden, um die laufenden Kosten wie Miete zu bezahlen. Dann entschlossen wir uns nach heftigen Debatten über das Für und Wider von Staatsknete die Fink'sche Selbsthilfeförderung in Anspruch zu nehmen. Allerdings unter der Voraussetzung, daß uns der Senat nicht in unser Arbeitskonzept hineinredet. Keiner sollte vom Senat kommen dürfen und sich unsere Arbeit ansehen, geschweige denn anhören dürfen. Wir nahmen Staatsknete in Anspruch und konnten unsere Arbeit nach unseren Vorstellungen fortführen. Heute sind wir täglich auch an Sonn- und Feiertagen für 2 Stunden erreichbar.

Wieviele bezahlte Mitarbeiterinnen habt ihr?
Zwei halbe Stellen für die Büroarbeit, was nicht ausreicht: Projektarbeit umfaßt wesentlich mehr. Wir wollen z.B. die Einrichtung, die wir empfehlen, vorher kennenlernen. Wir wollen an anderen Aktivitäten wie Ausstellungen zu Themen gegen Gewalt gegen Frauen teilnehmen, an politischen Veranstaltungen und uns über Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Diese Aktivitäten können von zwei halben Stellen nicht erbracht werden. Deshalb haben wir zeitweise noch eine ABM-Stelle – für zusätzliche Arbeiten wie z.B. das Auswerten der Gespräche. So können wir uns fortbilden und neue Mitarbeiterinnen einarbeiten.

Foto: Uwe Rohnstock

Und euer Telefondienst?
Der wird grundsätzlich unbezahlt geleistet, solange wir keine Rundumfinanzierung haben. Auch die Aufarbeitung der Gespräche für unser Plenum zum Zwecke unserer Weiterbildung wird nicht bezahlt.

Welche Probleme werden am häufigsten angesprochen?
Das Thema der Gewalt, der Frauen ausgesetzt waren oder sind, steht im Vordergrund, immer verbunden mit der Frage nach Wohnraum; Gewalt in psychischer oder physischer Form, Vergewaltigungen, Mißhandlungen, zurückliegender sexueller Mißbrauch.

Ihr vermittelt die Frauen dann an die entsprechenden Einrichtungen?
...sofern sie das wünschen. Wir geben keine Ratschläge, sondern bieten ein Gespräch an. Ist die Frau daran interessiert, geben wir Hinweise auf Selbsthilfegruppen und Einrichtungen zur Weiterorientierung. Manchmal reicht ein Gespräch zur Sortierung der Probleme. Wir richten uns nach den Bedürfnissen der Frauen.

Hat die Suche nach Wohnraum, bedingt durch die vorhandene Wohnungsnot, zugenommen?
Nein, das Thema der Gewalt ist verbunden mit der Wohnungssuche konstant an der Spitze geblieben. Da können wir tatsächlich kaum weiterhelfen.

Habt ihr seit dem Abbröckeln der Mauer Anrufe aus Ost-Berlin erhalten?
Seit der Flüchtlingswelle über Ungarn erzählen viele Frauen, sie seien aus der DDR und suchen vor allem Wohnungen, oder sie haben einen Freund im Westen und stellen plötzlich fest, daß der sie schlägt. Viele wissen zwar um die Probleme der Arbeitssuche und Wohnraumbeschaffung, finden sich aber nicht zurecht. Da müssen wir leider auf die vorhandenen Anlaufstellen wie z.B. das Arbeitsamt ausweichen. Ich hatte schon öfter Gespräche mit Frauen aus dem Ostteil der Stadt. Die Probleme sind dieselben, ob die Frauen nun über Ungarn kommen oder aus dem Ostteil der Stadt.

Wollt ihr euer Angebot auch nach Ost-Berlin ausdehnen?
Das ist eine interessante Sache. Wir wollen uns zunächst über die in Ost-Berlin vorhandenen und möglicherweise jetzt entstehenden Angebote informieren. Wir müssen Kontakte knüpfen. Ich wünsche mir einen Austausch. Denkbar wäre, daß Frauen dort auch so etwas initiieren. Dazu müßten allerdings die Telefonleitungen verbessert werden. Anregungen zu geben und Ost- Berlin nach vorhandenen Angeboten durchzuforsten, käme dann allerdings zu unserer Projektarbeit hinzu.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Mitarbeiterinnen des Frauenkrisentelefons in Berlin legen Wert darauf, in ihrer Arbeit und somit auch bei Interviews anonym zu bleiben. ●

GRÜNDUNGSRAUSCH

Weiterbildung für Existenz-gründerinnen

Veranstaltet vom 12.-16. Februar 1990 in Kooperation mit der Heimvolkshochschule Glienicke in Berlin ein Intensiv-Seminar: „Frauen machen sich selbständig".
Kosten:
incl. Unterbringung und Verpflegung DM 267,50
Ermäßigte: 179,40
Beginn: Mo. 12.2.90 vormittags
Anmeldung:
Gründungsrausch
Leibnizstr. 57
1000 Berlin 12
☎ (030) 323 44 00

...ein Projekt vom Gründungsrausch Frauennetzwerk Berlin e.V.

PERSPEKTIVEN FÜR EINE ZUSAMMENARBEIT?

Zu Besuch in Ost-Berlin

An einem trüben Abend, beladen mit einigen Flaschen Wein, setzen wir uns in die S-Bahn und fahren nach drüben. Wir, das sind 7 Frauen aus unterschiedlichen Frauenprojekten, eingeladen von einer Frauen-Selbsterfahrungsgruppe in Ost-Berlin. Einige Tage nach Öffnung der Mauer war Dolly plötzlich bei uns aufgetaucht, abgesandt von drüben, um sich zu erkundigen, was hier so läuft. Wir wohnen in der selben Stadt, sprechen die selbe Sprache, ja sogar den gleichen Dialekt – trennen uns da Welten?

Ricarda Buch, Frauenredaktion ● Wir wollen wissen, wie Frauen drüben leben. Unser Informationsbedürfnis beruht auf Gegenseitigkeit, und so war es zu dieser Einladung gekommen. Sie erwarteten uns in den Räumlichkeiten einer Kirchengemeinde. Es roch nach Bohnerwachs. Eine Tafel wurde aufgebaut und sorgfältig mit roten Papierservietten dekoriert. Die verschiedenen Speisen schmeckten teils fremdartig, teils als ob wir sie selber gekocht hätten.

Fast alle unsere Gastgeberinnen sind verheiratet, haben Kinder und sind berufstätig. Als sie uns ihre Berufe nennen, fällt uns auf, daß sie durchweg männliche Berufsbezeichnungen wählen. Da ist einer Bäcker, eine andere Bürokaufmann und eine Bibliothekar. In unseren Ohren klingt das ausgesprochen fremd.

Probleme mit der Kinderbetreuung während der Erwerbsarbeitszeit kennen sie nicht. Die Kinder sind in Betriebskindergärten untergebracht, deren Erziehungsmethoden jedoch auf heftige Kritik stoßen. Umso größer ist ihr Interesse an unserem staatlichen Bildungssystem, an freien Schulen und an Theorie und Praxis der antiautoritären Kinderladenbewegung.

Die Bäckerin erzählt, daß sie eigentlich studieren wollte. Da sie jedoch kein Mitglied der FDJ gewesen sei, hätte man es ihr nicht erlaubt. Überhaupt stehen die ursprünglichen Berufswünsche unserer Gastgeberinnen in keinem Verhältnis zu ihren ausgeübten Tätigkeiten. Eine der Frauen, alleinerziehende Mutter zweier Kinder, kann ihren erlernten Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht ausüben. Zwar sei ihr die Berufsunfähigkeit hierfür attestiert worden, doch bestehe für sie derzeit keine Möglichkeit zur Weiterbildung oder Umschulung. Dafür müßte mensch in der DDR vom Betriebskollektiv vorgeschlagen werden. Nun arbeitet sie für 48,-- DM monatlich als Putzhilfe, ist auf zusätzliche staatliche Unterstützung angewiesen und wünscht sich nichts mehr als einen Beruf, mit dem sie sich identifizieren und von dem sie leben kann. Das kommt uns bekannt vor. Wir berichten im Gegenzug von Weiterbildungsangeboten speziell für Frauen, von Projekten im Bereich der beruflichen Orientierung erwerbsloser Frauen oder zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen nach einer familienbedingten Berufsunterbrechung und wecken damit große Neugierde.

Laut des Manifestes der autonomen Frauenbewegung der DDR, veröffentlicht in der TAZ vom 9.12.89, sind gering verdienende alleinerziehende Mütter dort kein Einzelschicksal. Welche Wege die Frauen dort beschreiten werden, um gegen solche Diskriminierung vorzugehen, bleibt abzuwarten.

HÜBEN WIE DRÜBEN

Einig waren wir uns, daß eine Wiedervereinigung unter kapitalistischem Vorzeichen zu Lasten der Frauen geht. Bereits jetzt werden DDR-BürgerInnen von einigen Berliner Firmen als Billigarbeitskräfte für für 5,50 DM Stundenlohn angeworben und in Kreuzberg sollen sie bereit sein, für 2,-- DM West in Kneipen auszuhelfen. Böse Zungen behaupten, demnächst würden Leihmütter gegen Westmark gesucht.

Von einem Anstieg der Gewalt gegen Frauen wußten unsere Gastgeberinnen zu berichten. In den Betonsilos der Satellitenstädte macht sie sich hüben wie drüben bemerkbar. So stießen insbesondere die Berichte von Mitarbeiterinnen Westberliner Zufluchtswohnungen auf großes Interesse. Erstaunt zeigten sich die Ostberlinerinnen darüber, daß Männer in die Frauenhäuser oder Zufluchtswohnungen nicht eingelassen werden, denn emanzipieren wollen sie sich nicht gegen, sondern mit den Männern. Derartige Einrichtungen gibt es in der DDR nicht und auch keine speziellen Hilfen oder Angebote für die betroffenen Frauen oder Mädchen. Sexueller Mißbrauch von Frauen oder Kindern war bisher in der DDR ein Tabuthema, das mitunter in den Familienberatungsstellen zur Sprache kam oder aber im privaten Kreis angesprochen wurde. Viele Opfer scheuen vor einer Anzeige zurück, da die Ermittlungen meist von männlichen Beamten mit der Einstellung durchgeführt werden, es handle sich um Kavaliersdelikte. Die Ostberlinerinnen wollen in Zukunft speziell ausgebildete Kripobeamtinnen zur Ermittlung in Vergewaltigungsdelikten fordern. Sie wollen unsere Projekte besuchen und sich sachkundig machen.

Wir verabreden weitere Besuche, wollen uns gegenseitig markante Orte der Frauenbewegung in der Stadt zeigen und werden zu fünft im Trabi bis zum Alex mitgenommen. Es war ein interessanter Besuch. ●

Anzeige

taz

ERHÄLTLICH IM ZEITSCHRIFTEN-HANDEL

DDR JOURNAL
ZUR NOVEMBERREVOLUTION
5 Mark

August bis Dezember 1989
Vom Ausreisen bis zum Einreißen der Mauer

■ Chronik ■ Dokumente ■ Reportagen ■ Analysen ■ Interviews und ■ Beiträge von Christa Wolf, Jurek Becker, Jürgen Fuchs, Wolf Biermann u.a. ■

Wir fassen zusammen: Auf über 160 Seiten dokumentieren wir die grenzenlosen Ereignisse der DDR zwischen August und Dezember 1989.

Ihr könnt nachlesen: Das taz-„DDR-Journal" für DM 5,- im Zeitschriftenhandel, per Scheck mit nebenstehendem Coupon (DM 6,20 incl. Versandkosten) oder per Überweisung von DM 6,20 auf Postgirokonto Nr. 540 19-107, PGiroA Bln-W, BLZ 100 100 10, taz-Verlag.
Absender nicht vergessen!

KEIN CASH AUF TASCHE!
Ich bestelle das taz „DDR-Journal" per Scheck (gedeckt, na klar) und lasse dafür DM 6,20 (incl. Versandkosten) springen. Das geschichtsträchtige Werk geht dann an den/die ungeduldige/n

Name: .....
Strasse: .....
Ort: .....
Unterschrift: .....
Die Bestellung geht an: taz „DDR-Journal", Kochstr. 18, 1000 Berlin 61.

SELBSTVERWALTUNG

Eine Chance für die DDR?

„Selbstverwaltung statt Ausverkauf", unter diesem Motto trafen sich am 25. und 26. November in Berlin (DDR) VertreterInnen der „Initiative für eine Vereinigte Linke" zu ihrem 1. Arbeitstreffen.

Helmut Bonn, Red. Berlin (West) ● Die „Vereinigte Linke", ein bislang loser Zusammenschluß verschiedenster linker Gruppierungen von kritischen SED-Mitgliedern und unabhängigen MarxistInnen über AnhängerInnen der Kirche von unten und UmweltbibliothekarInnen zu Antifas, autonomen Projekten u.a., veröffentlichte bereits im September in Böhlen (DDR) einen Appell „Für eine Vereinigte Linke in der DDR". Dieser Appell, inzwischen als „Böhlener Plattform" bekannt, war auch Grundlage für das Arbeitstreffen in Berlin. In mehreren Arbeitsgruppen wurden dort die unterschiedlichsten Themen diskutiert. Interessant für bundesdeutsche SelbstverwalterInnen war beispielsweise die Arbeitsgruppe „Wirtschaft". Dort wurden z. B. Modelle für eine mögliche Selbstverwaltung in DDR-Betrieben vorgestellt und diskutiert.

Leider ist es uns bisher noch nicht gelungen, Beiträge von TeilnehmerInnen des Arbeitstreffens zu erhalten. Die Ereignisse in der DDR überschlagen sich zur Zeit, jeder Tag bringt Veränderungen – entsprechend überlastet sind die Aktiven in der DDR. Sowohl mit der „Vereinigten Linken" als auch mit VertreterInnen des Neuen Forums bestehen bereits Kontakte, die Erstellung redaktionell eigenständiger Beilagen für CONTRASTE oder aber die Bildung eigener CONTRASTE-Redaktionen in der DDR werden diskutiert.

Hier zunächst in Kürze die wichtigsten Ergebnisse des Arbeitstreffens. Die „Vereinigte Linke" wird zunächst als Initiative weiterarbeiten. Eine Minderheit wollte bereits einen festeren Zusammenschluß der ansonsten autonomen örtlichen Gruppen. Dafür fehlt bisher jedoch die Einigung sowohl über programmatische Grundlagen als auch über die Struktur eines solchen Zusammenschlusses – die Mehrheit wollte (noch?) keine neue Partei.

Sowohl für die Fortführung der inhaltlichen Diskussion als auch als Vorbereitung einer Beteiligung am „Runden Tisch" der DDR (= Gesprächsrunde zwischen VertreterInnen der DDR-Opposition und VertreterInnen von Regierungs- und SED-Spitze) sollen die Arbeitsgruppen fortgesetzt werden. Desweiteren wurde die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit durch eine Redaktionsgruppe und Info-Büros geplant.

Auch wir haben uns über die Öffnung der Grenze gefreut - Aktion der Kommune Niederkaufungen in Kassel

Am 10. Dezember fand eine weitere Vollversammlung der „Vereinigten Linken" statt. Dort war zu erfahren, daß inzwischen Sprecher der Vereinigten Linken am Runden Tisch teilnehmen, in enger Zusammenarbeit mit dem Neuen Forum. Die wichtigsten Diskussionspunkte während dieser Versammlung, bei der auch Rudolf Bahro vorbeischaute (gerade auf dem Weg zum SED-Parteitag): Welchen Beitrag kann die „VL" zur Lösung der Wirtschaftskrise leisten? Wie sind die Veränderungen innerhalb der SED einzuschätzen? Was kann gegen die auch in der DDR immer lauter werdenden „Wieder"vereinigungsforderungen unternommen werden?

Dazu wurde der Aufruf der „VL" zu einer Demo am 19. Dezember (in Berlin-Ost) verabschiedet. Zudem wurde ein neuer Sprecherrat gewählt. Er besteht in Zukunft aus 7 SprecherInnen (3 Frauen – mehr hatten sich nicht zur Wahl gestellt – und 4 Männern) unterstützt von den Arbeitsgruppen, deren Sprecher eine Art Beirat bilden sollen.

Ausführlichere Berichte über den Diskussionsstand von Modellen alternativer Ökonomie in der DDR werden wir in den nächsten Ausgaben veröffentlichen. In dieser Ausgabe zunächst eine Dokumentation der „Böhlener Plattform", die bereits im September verabschiedet und in den Medien bisher nur in Auszügen veröffentlicht wurde. ●

DOKUMENTATION

Für eine Vereinigte Linke in der DDR

Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und der sich verschärfenden politischen Krise in unserem Land wenden wir uns mit diesem Aufruf an alle politischen Kräfte in der DDR, die für einen demokratischen und freiheitlichen Sozialismus eintreten. Ein linkes, alternatives Konzept für eine Wende wird immer dringlicher!

Wir sind uns der schwierigen Voraussetzungen durchaus bewußt: Die Diskreditierung einer sozialistischen Perspektive durch das, was die hier Herrschenden zum Zerrbild dieses alten Kampfziels der Arbeiterbewegung verkommen ließen, hat bei der Mehrheit der Bevölkerung mehr Desillusionierung und Passivität als mutiges und problembewußtes Denken und Handeln bewirkt. Und doch gibt es nicht nur die Ausreisewellen, sondern auch immer mehr Menschen, die bleiben und die bestehenden Verhältnisse ändern wollen. Dabei ist die Herstellung eines breiten Konsenses unter den Linken in unserem Land und die Ausarbeitung eines realistischen, politisch tragfähigen und durchgreifenden gesellschaftlichen Programms einer sozialistischen Umgestaltung der DDR heute wichtiger als jemals zuvor.

Dies gilt aus mehreren Gründen:

Zunächst zeigt die Umgestaltung der UdSSR, daß tiefgreifende Reformen im „real existierenden Sozialismus" nicht nur notwendig, sondern auch möglich sind. Andererseits sprechen die gefährlichen politischen Turbulenzen im Gefolge des viel zu spät begonnenen gesellschaftlichen Wandels in der UdSSR und der VR Polen eine deutliche Sprache: So zeigen zum Beispiel die jetzt ausufernden (weil über Jahrzehnte angestauten) nationalen Konflikte in der UdSSR oder die weitgehende Neutralisierung kommunistischen, sozialistischen und selbst sozialdemokratischen Denkens im Sog des Bankrotts der PVAP sowie das noch unbewältigte stalinistische Erbe der kommunistischen Parteien mit aller Deutlichkeit, was geschieht, wenn zum Problem des verschleppten Wandels noch die Abwesenheit tragfähiger sozialistischer Konzepte hinzukommt. Das Beispeil der Ungarischen Volksrepublik zeigt überdies deutlich, wie unter diesen Bedingungen die konzeptionslosen Anleihen aus dem Arsenal marktwirtschaftlicher Regulative im Bemühen um eine Wirtschaftsreform **selbst** Krisen und soziale Divergenzen produzieren. Wenn wir es auch in der DDR zulassen, daß die sich hier anstauenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme überfällige Reformen zu einer dramatischen „Flucht nach vorn" werden lassen, sind die Gefahren eines Ausverkaufs an den Kapitalismus oder einer Militärdiktatur mit neostalinistischer Option durchaus real.

Jedoch bieten die DDR und die CSSR noch die besten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen radikalen gesellschaftlichen Wandel in Richtung Sozialismus, wenn es gelingt, die zweifellos starken sozialistischen Potentiale für eine solche Perspektive wiederzugewinnen. Daß gerade diese beiden Länder politisch weitab von dieser Entwicklung zu verharren scheinen, ist nicht nur politbürokratischer Herrschaftstechnik geschuldet. Dies geht eben auch auf die vergleichsweise günstige wirtschaftliche Situation zurück. So kann es den Machthabern gelingen, jenen auf dirigistische Wirtschaftsreformlehre gestützten Beharrungskurs solange fortzusetzen, wie die sozialen Spannungen noch beherrschbar bleiben.

Wir sind der Auffassung, daß insbesondere die DDR vor einer historischen Chance radikaler Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftskonzeptes steht. Wird sie warten, so hat das Folgen, die möglicherweise nicht nur in unserem Land über lange Zeit hinweg die Aussicht auf ein sozial gerechtes und die freie Entfaltung jedes Gesellschaftmitglieds garantierendes Gemeinwesen suspendieren.

Die äußeren Bedingungen für eine radikale Erneuerung sind kompliziert genug: Im modernisierten internationalen Kapitalismus begünstigt die Enttäuschung der Werktätigen über die Wirkungslosigkeit des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatlichkeitmodells die weiter anhaltende neokonservative Wende nach rechts. Die Gewerkschaften stehen mit dem Rükken zur Wand. Der Rückgang des Einflusses westeuropäischer kommunistischer Parteien und der Prozeß ihrer galoppierenden Sozialdemokratisierung verdienen das Prädikat dramatisch. Der Internationalismus kommunistischer Massenparteien hat de facto aufgehört zu existieren und kann sich hinter dem dagegen noch funktionierenden, aber nichtsdestoweniger kläglichen sozialdemokratischen Internationalismus verstecken. Die Faszination des ermutigenden Aufbruchs der KPdSU aus dem Ghetto von Stagnation, Stalinismus und Machtanmaßung weicht mehr und mehr der Sorge, die nun anwachsenden zentrifugalen Kräfte könnten noch mehr zerreißen als die Blockaden gegen eine wirklich sozialistische Entwicklung. Der wirtschaftliche Umbruch in den Reformländern greift nicht oder bedient sich zweifelhafter Methoden. Die Defizite einer radikalen Erneuerung theoretischen Denkens auf marxistischer Grundlage sind angesichts der heutigen Herausforderungen katastrophal.

Auf dem ersten Arbeitstreffen der Initiative für eine "Vereinigte Linke"

Und doch ist die Chance da: Ein souveräner Umschwung in Richtung Sozialismus wäre heute nicht mehr militärischer Einmischung seitens „wohlmeinender Bruderländer" ausgesetzt. Aufgrund der desolaten Wirtschaftlage ist die politische Einmischung des Westens über den Kanal der „Wirtschaftskooperation" viel größer.

Die entscheidende Frage bleibt die soziale Basis, die politische Reife und die seriöse Programmatik sozialistisch votierender Kräfte im Lande selbst. Für uns heißt dies unter den in der DDR herrschenden Bedingungen, dieses Fundament wiederzugewinnen. Und hier sind bei uns die Voraussetzungen zweifellos günstiger als in anderen „realsozialistischen" Ländern – ungeachtet der weiter bestehenden politischen Unterdrükkung auch und erst recht linker Kräfte in der DDR. Die Linken in unserem Land können sich kein Sektierertum leisten. Sie müssen die treibende Kraft einer „Koalition der Vernunft" sein, welche sich auf die Vielfalt aller sich zum Sozialismus bekennenden politischen und sozialen Kräfte in der DDR stützt, aber darüber hinaus allen sozialen und politischen Gruppierungen unter dieser Voraussetzung des Sozialismus eine Perspektive bieten kann. Eine vereinigte Linke muß in diesem Sinn in freier, gleichberechtigter, offener und öffentlicher Diskussion in kürzester Zeit ein konzeptionelles Programm für die politische und wirtschaftliche Umgestaltung erarbeiten, welches den Charakter hat, sich bei seiner Realisierung auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz stützen zu können. Niemand, der diesen Prozeß der Erneuerung mitgestalten will, auch kein Mitglied der SED, darf aus diesem Prozeß ausgegrenzt werden. Andererseits zeigen gerade wieder jüngste Erfahrungen, wohin prinzipienloser gesellschaftskonzeptioneller Relativismus führen kann. Wir wenden uns entschieden dagegen, daß politbürokratische Unterdrückung durch kapitalistische Ausbeutung „ersetzt" wird.

Die Linken müssen sich auf der Basis

- des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln als die vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
- des Ausbaus der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
- der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftmitglieder
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenten Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds
- des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft

treffen. Die Zeit ist überreif für eine offene Diskussion der damit verbunden Fragen. Der Prozeß des Dialogs einer sich vereinigenden Linken auf solcher Grundlage kann und sollte auch unter den heute noch geltenden Bedingungen der beruflichen Diskriminierung und der Ausübung politischen Drucks auf politisch nicht angepaßtes Denken trotzdem öffentlich erfolgen. Dem **organisatorischen** Zusammenschluß einer vereinigten Linken hat der beschriebene Prozeß des Dialogs vorauszugehen.

Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR

Vorschlag für einen Minimalkonsens einer breiten unabhängigen sozialistischen Opposition

Vorbemerkung:

Die hier formulierten Vorschläge sind der Versuch, ein Minimum konstruktiver Gemeinsamkeiten zu finden, die für alle sozialistischen Tendenzen akzeptabel sind. Dieser Versuch ist schwierig, weil so grundsätzliche Probleme, wie die Form der sozialistischen Demokratie (Parlamentarismus, Rätesystem oder Kommune) als politisch umstritten innerhalb der Linken ausgeklammert werden müssen.

Die Präzisierung solcher Fragestellungen muß nicht nur klärender Diskussion innerhalb der Linken, sondern auch und vor allem dem Prozeß der Selbsttätigkeit der Massen vorbehalten bleiben.

1. Verwirklichung der sozialistischen Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität durch die Volksmacht, das heißt der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des werktätigen Volkes.

Dem dient die Realisierung folgender Grundsätze:

a) Sicherung individueller und kollektiver Freiheitsrechte entsprechend der UN- Menschenrechtscharta (einschließlich ungehinderter Reisefreiheit und Streikrecht)
b) Rechtsstaatlichkeit (einschließlich individueller und kollektiver Einklagbarkeit der Freiheitsrechte sowie gesetzliche Verantwortlichkeit der Behörden und ihrer Funktionsträger gegenüber den Bürgern)
c) **Funktionelle** Gewaltenteilung auf der Grundlage der Volkssouveränität (einschließlich Verfassungskontrolle und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie Wahrnehmung der Volkssouveränität gegenüber den rechtssprechenden und vollziehenden Apparaten)
d) Starke basisdemokratische Verankerung der staatlichen Gewalt mittels Volksabstimmung sowie politischer Rechte für Betriebsräte und Wohnbezirksräte
e) Selbstverwaltung aller territorialen politischen Gemeinschaften (Gemeinde, Kreise usw.) einschließlich der Bildung ihrer Rechtspflege- und Polizeiorgane durch sie selbst bei ausschließlich gerichtlicher Kontrolle ihrer von staatlicher Aufsicht freien Tätigkeit
f) Bundesstaatlichkeit auf der Grundlage der Länderstrukturen von 1949 sowie des Landes Berlin (DDR) und Bildung einer Länderkammer nach dem Senatsprinzip aus den Volksvertretungen der Länder
g) Politische und Meinungspluralität einschließlich Parteienpluralität auf der Grundlage freiheitlich-sozialistischen Verfassungsrechts
h) Recht von Gesetzesinitiativen und geregelte Vetorechte für demokratische Massenorganisationen (Gewerkschaften usw.)
i) Förderung von vielfältigen Bürgerinitiativen und Sicherung ihrer breiten Einbeziehung in die staatlichen Entscheidungsprozesse
j) Umbildung der Massenmedien aus Organen der monopolisierten Regierungsgewalt in Medien der Öffentlichkeit durch Anwendung des öffentlichen Rechts unter Sicherung des Medienzugangs für jeden Bürger
k) Informationsfreiheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und Rechtsschutz gegen den „gläsernen Menschen" (Datenschutz)

2. Wirtschaftliche und soziale Grundlagen

a) Öffentliches Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln in demokratischer Mitbestimmung und Selbstverwaltung durch die Arbeitenden
b) Eigene freie Arbeit des Einzelnen als Grundlage seiner Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum
c) Konsequente Anwendung des Leistungsprinzips bei der Verteilung der Einkommen
d) Recht auf Arbeit
e) Kollektive Kontrolle der Arbeitenden über den Produktionsprozeß in Betrieb und Gesellschaft
f) Freie Entfaltung von Genossenschaften und Privateigentum auf der Grundlage eigener Arbeit
g) Verbot der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (Aneignung fremder Arbeit); insbesondere Verbot
- monopolbürokratischer Lohnarbeit
- kapitalistischer Lohnarbeit (auch in privaten Kapitalgesellschaften)

h) Eigenfinanzierung der Wirtschaftssubjekte mit Rentabilitätszwang
i) An sozialen, wissenschaftlich-technischen, ökologischen und kulturellen Programmen ausgerichtete makroökonomische Wirtschaftssteuerung mittels aus solchen Programmen abgeleiteten Normativen
j) Umsetzung von Rahmenplänen mittels Staatsauftragstätigkeit auf der Basis von abzuschließenden Wirtschaftsverträgen mit Vorzugsbedingungen sowie mit ökonomischen Hebeln, wie Abgabe- und Zuschußpräferenzen, Krediten, Preisen, Zöllen, usw.
k) Ökonomische Bewertung von Ressourcen, insbesondere Naturressourcen
l) Konsequenter Abbau der Haftung für Umweltschäden nach dem Verursacherprinzip
m) Durchsetzung staatlicher Außenwirtschaftspolitik mittels rahmenplangebundener Präferenzen, Zölle und Tarife
n) Dezentralisierung staatlicher Finanzpolitik zur Sicherung des finanziellen Eigenaufkommens der territorial-politischen Gemeinschaften sowie Lasten- und Finanzausgleich zwischen Ländern und Kommunen
o) Humanisierung und Qualifizierung der Arbeit, Verkürzung der Arbeitszeit und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft als Hauptkriterien der Produktivkraftentwiklung in einer freiheitlichen sozialistischen Gesellschaft
p) Verfassungszwang für die vollziehenden Gewalten, im Falle ökologischer Notstände auch Notstandsmaßnahmen anzuordnen (Smog etc.)

3. Ziele der Verfassungs- und Gesellschaftsreform

a) Freie Entwicklung jedes einzelnen als Grundlage für die Entwicklung aller
b) Überwindung der Ungleichheit der Klassen zugunsten der Verschiedenheit der Individuen
c) Kontrolle der Arbeit und ihrer Produkte durch die Arbeitenden
d) Emanzipation der Frau
e) Schrittweise Zurückdrängung aller knechtenden und unterordnenden Verhältnisse und Tätigkeiten
f) Förderung solidarischer Verhaltensweisen und Minderheitenschutz
g) Verfassungsrechtliche Garantie des friedlichen Charakters der DDR auch durch Fixierung der freiheitlichen und solidarisch-demokratischen Verhältnisse im Innern
h) Verteidigung des Charakters der DDR als Gesellschaft sozialistischer Freiheit in der verfassungsrechtlichen Fixierung ihres
- Antidespotismus im allgemeinen und ihres
- Antistalinismus
- Antifaschismus
- Antimilitarismus im besonderen
- Antikapitalismus
- Antisozialismus
- Antirassismus. ●

QUO VADIS DDR UND BUNDESREPUBLIK?

Eine historische Chance

Gibt es einen dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus?

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● In den Ostblockländern überschlagen sich die Ereignisse. Die Verantwortlichen von gestern verschwinden in der Versenkung oder werden als Sündenböcke vorgeführt. Dieses Ablösungskarussell verdrängt allzuleicht den Tatbestand, daß die Miseren dort weniger auf personelle als struktuelle Ursachen zurückzuführen sind. So wie im Westen die Diskrepanzen zwischen arm und reich und die Überschuldungen unabhängig von einem Austausch der Regierenden und Regierungen weiter wachsen, so im Osten die Versorgungsmängel und der Zusammenbruch der Wirtschaft.

Wenn eine Maschine einen Konstruktionsfehler hat, kann ein Auswechseln des Maschinisten wenig bringen. Selbst eine Persönlichkeit wie Michael Gorbatschow gerät darum in zunehmende Schwierigkeiten. Beobachter vor Ort fürchten bereits, daß er den Winter nicht überstehen könnte. Wo aber liegen die „Konstruktionsfehler" in den Systemen, die behoben werden müßten, wenn es zu einem Abbau der Problementwicklungen und grenzüberschreitenden Spannungen kommen soll? – Hier ist es zweckmäßig, erst einmal die bestimmenden Systembegriffe zu klären.

Die Begriffe:

Die westlichen Systeme können mit Marktwirtschaft und Kapitalismus umrissen werden, die östlichen mit Planwirtschaft und Sozialismus. Dabei werden in beiden Lagern die Begriffspaarungen als Einheit angesehen und die Einzelbegriffe sogar miteinander verwechselt. Kaum jemand kann sich vorstellen, was beispielsweise ein vom Plan befreiter Sozialismus sein könnte oder eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Doch genau diese Trennung der Begriffe und ihre Analyse ist erforderlich, wenn wir zu konstruktiven Alternativen kommen wollen.

Eine Marktwirtschaft wird von Angebot und Nachfrage bestimmt. Ohne kapitalistische und planwirtschaftliche Verfälschungen führt jeder Tauschvorgang am Markt zu einem beiderseitigen Nutzen. „Gegenseitigkeit", so stellte schon Proudhon vor rund 150 Jahren fest, „ist die Formel der Gerechtigkeit". Wie ein natürlicher, negativ rückgekoppelter Regelkreis, bringt sich ein freier Markt immer wieder ins Gleichgewicht. Ein Gütermangel führt aufgrund des Wettbewerbs zu erhöhten Angeboten, die sich mit der einsetzenden Sättigung selbsttätig abbremsen. Ein freier Markt sorgt dafür, daß keine Bäume in den Himmel wachsen, auch nicht die Gewinne, die sich selber herunterkonkurrieren.

Die Planwirtschaft stellt einen unnatürlichen Eingriff in das Marktgeschehen dar. Sie setzt die Steuerungsmechanismen von Angebot und Nachfrage außer Kraft und entmündigt den Menschen als Produzenten wie als Nachfrager. Die Folgen der gestörten Selbststeuerungsprozesse sind einerseits Produktionen am Bedarf vorbei, andererseits Gütermangel, Wartezeiten und Warteschlangen. Als Folge davon bilden sich Schwarze Märkte und Sonderverteilungsstellen für Bevorrechtigte, was zu Ungerechtigkeiten und sozialen Spannungen führt. Die Plan- und Zuteilungswirtschaft erfordert immer größere Bürokratien mit bevorzugten Funktionärseliten, die immer größere Reibungs- und Verteilungsverluste produzieren. Willkürlich festgesetzte Preise und leistungsferne Entlohnungen führen zu einem wachsenden Desinteresse an der Leistung und zur Minderung der Qualität. Außerdem verlieren die Menschen das Gefühl für die Wertigkeit der Dinge. Sie gehen sorgloser und leichtfertiger mit allem um, weil alles allen und damit niemandem gehört. Sie verfüttern – um ein Beispiel zu nennen – subventioniertes Brot an Tiere, weil es billiger als Futtermittel ist.

Der Kapitalismus ist das Kennwort für eine Wirtschaftsform, in der nicht der Bedarf alleine über die Produktion entscheidet, sondern letztlich die Rentabilität des eingesetzten Kapitals. Das heißt, zu einer Investition und damit einem Güterangebot kommt es nur dann, wenn diese Investition mindestens jenen Zins abwirft, den man ohne jede Leistung für Bankeinlagen erhält. Die Folge ist, daß bei einem angenommenen Zins von fünf Prozent der Wert sämtlicher Sachkapitalien in einer Volkswirtschaft (also aller Produktionsanlagen, Gebäude, Vorräte und des Bodens) alle zwanzig Jahre erneut aus den Taschen der Arbeitsleistenden in die der Besitzenden übergeht. Und zwar zusätzlich zu den Abschreibungen, mit denen die Abnutzung der Sachkapitalien ausgeglichen wird! Da aber die reproduzierbaren Sachkapitalien rund doppelt so rasch zunehmen wie die Wirtschaftsleistung, die Geldkapitalien sogar rund dreimal so rasch, nimmt auch die Umverteilung der Einkommen von den Werteschaffenden zu den Besitzenden laufend zu. Die damit verbundene Verarmung der Arbeitsleistenden kann nur durch ein ständiges Wirtschaftswachstum ausgeglichen werden, also mit einer zunehmenden Gefährdung der Natur.

Sozialismus kann vielleicht am zutreffendsten mit Gerechtigkeit und Brüderlichkeit umschrieben werden, mit Überwindung von Privilegien, Mitverantwortung für die Gemeinschaft und den Nächsten, vor allem für jene, die unverschuldet in Not geraten. Staatlich organisiert und mit festgeschriebenen Ansprüchen gekoppelt, führt er jedoch leicht zu Mißbrauchsentwicklungen und dem Versuch, das soziale Netz als Hängematte auszunutzen und damit andere zu belasten. Die Wirklichkeit in Ost und West bietet dafür genügend Anschauungsmaterial.

Die Begriffsverbindung „Soziale Marktwirtschaft" im Westen ist im Grunde ein weißer Schimmel, da eine wirklich freie Marktwirtschaft auf Gerechtigkeit basiert. Das vorgehängte Verb „sozial" umschreibt lediglich den Versuch, die negativen Auswirkungen des Kapitalismuseffekts durch staatlich organisierte Einkommensrückverteilungen wenigstens teilweise auszugleichen. Aufgrund des Überwachstums jener Umverteilung von der Arbeit zum Besitz sind diese staatlichen „Reparaturmaßnahmen" jedoch auf Dauer immer weniger möglich.

Welche anderen Gesellschaftsformen wären denkbar oder wünschenswert?

Wie die Analyse gezeigt hat, sind die Begriffspaarungen in beiden Lagern widersprüchlich. Dem Stichwort „Gerechtigkeit" für Sozialismus steht im Osten das Stichwort „Unfreiheit" für Planwirtschaft gegenüber. Im Westen wiederum steht Marktwirtschaft für Freiheit und Gerechtigkeit, Kapitalismus für Ungerechtigkeit und Ausbeutung.

Eine andere Paarung der Begriffe, zum Beispiel die Zusammenfassung von Kapitalismus und Sozialismus, käme einer Vereinigung von Feuer und Wasser gleich. Nicht anders wäre das mit einer Zusammenfassung von Plan- und Marktwirtschaft. Auch ein bißchen Plan- in einer Marktwirtschaft oder ein bißchen Kapitalismus in einer sich sozialistische nennenden Gesellschaft kann nicht gutgehen: Sowohl die Planwirtschaft als der Kapitalismus tendieren zu ständigen Ausweitungen und damit zur Überwucherung alles anderen.

Auch eine Mischung von Kapitalismus und Planwirtschaft ist kaum vorstellbar, weil hier zwei zur Selbstzerstörung neigende Kräfte zusammenkommen. Faßt man dagegen Marktwirtschaft und soziale Sicherung zusammen, könnte sich – befreit von Plan und Kapitalismus – eine konstruktive Basis für ein Leben und Wirtschaften in Freiheit und Gerechtigkeit ergeben.

Die konkrete Situation in der DDR

Die Situation in der DDR ist gekennzeichnet von einer alles beherrschenden Planwirtschaft mit ganz geringen Resten von Markt. Sozialismus wurde dort vor allem als Verstaatlichung des Bodens und der Produktionsmittel verstanden, außerdem als Garantie des Arbeitsplatzes und der Subventionierung aller Grundbedürfnisse. Das damit zwangsläufig verbundene zunehmende Desinteresse an der Leistung konnte nur anfangs durch anspornende Parolen und die Verleihung von Fahnen und Orden aufgehalten werden. Da aber auch ein sich sozialistisch nennendes Land immer nur verteilen kann, was vorher geschaffen wurde, waren die Kalamitäten vorprogrammiert.

Angesichts der Verstaatlichungen und der relativ geringen Geldvermögensbildung spielt der Kapitalismuseffekt in der DDR bislang nur eine geringe Rolle. Trotzdem werden auch hier die Einlagen der Bürger bei den Banken verzinst, da ohne diese Zinsversprechen – nicht anders als bei uns – der Geldkreislauf und damit die Wirtschaft zusammenbrechen würde. Diese Zinseinnahmen aber, die vor allem den Gutverdienenden zugute kommen, müssen auch in der DDR aus den Einnahmen der Arbeitsleistenden abgezweigt werden, es sei denn, daß der Staat sie mit neugedruckten Scheinen finanziert.

Gravierender wahrscheinlich als dieser „Innenkapitalismus" hat sich derjenige ausgewirkt, den man mit den Außenschulden importierte. Nach den letzten Zahlen liegt diese Außenschuld der DDR bei 20 Mrd. Dollar, also rund 36 Mrd. DM. Umgelegt auf jeden der acht Mio. Erwerbstätigen beträgt die Verschuldung also 4.500 DM, was bei sechs Prozent Verzinsung im Jahr 270 DM und im Monat 22 DM ergibt. Diese 22 DM gehen – bei korrekter Schuldenbedienung – jedem Arbeitsleistenden im Monat verloren. Rechnet man diesen klein erscheinenden Betrag in Ostmark um, wird seine Bedeutung erkennbar. Vor allem aber wird deutlich, zu welchen Problemen eine zunehmende Verschuldung der DDR im Westen führen muß.

Die konkrete Situation in der BRD:

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist durch einen weitgehend noch intakten Markt gekennzeichnet, der jedoch durch wachsende Kapital- und Firmenkonzentration gefährdet ist. Außerdem wird der Markt durch staatliche Einmischungen und Preisregulierungen belastet, vor allem im Agrar- und Wohnungsbereich.

Die gefährlichste Belastung geht jedoch von dem Überwachstum der Geldvermögen und Schulden aus, die eine zunehmende Umverteilung der Einkommen von der Arbeit zum Besitz zur Folge haben. Einen Teil der damit verbundenen Probleme, vor allem Arbeitslosigkeit und Verarmung, haben wir – wie auch die übrigen Export- und Gläubigernationen – bislang in andere Länder „exportieren" können. Das gilt nicht nur für die Länder auf der Südhalbkugel. Auch der schuldenzinsbedingte Reichtumsabfluß aus der Mehrzahl der Ostblockstaaten hat sich entlastend auf unsere Inlandssituation ausgewirkt. Das gilt auch für die seit 1981 bis 1988 ständig sinkenden Zinssätze und Zinsbelastungen im Inland, die der entscheidende Auslöser der wirtschaftlichen Zwischenerholung waren. Doch mit den nun steigenden Zinsbelastungen nehmen auch die Verteilungsprobleme wieder zu. Und der Versuch, die Umverteilung von der Arbeit zum Besitz durch eine ständige Leistungssteigerung auszugleichen, stößt mehr und mehr an ökologische Grenzen.

Was müßte/könnte in der DDR geschehen?

Geht man von den positiven und negativen Ergebnissen der Begriffsanalyse aus, gilt es in der DDR die Planwirtschaft abzubauen ohne den Kapitalismus einzuführen. Die Ausgangsbedingungen für das Letztere sind günstig, da in der DDR Boden und Produktionsmittel verstaatlicht sind. Während jedoch der Boden, als unvermehrbare Lebensgrundlage, nicht in privates Eigentum zurückgeführt werden darf, ist das bei den Produktionsmitteln erforderlich. Hier sollte man bei Handel, Handwerk und Gewerbe beginnen. Bei den Großbetrieben könnten verschiedene Modelle in Wettbewerb zueinander treten.

Ein ganz wichtiger Reformbereich ist der Wohnungssektor. Hier könnte man allen Mietern ihre Wohnungen zum Kauf anbieten, auch mit monatlichen Abschlagszahlungen. Höhere, freiwillige Zahlungen sollten mit Nachlässen verbunden werden. Die Umschreibungen der Wohnungen sollte sofort erfolgen, damit bei den Nutzern das Interesse an Pflege und Erhalt der Wohnsubstanz geweckt wird. Die aus dem Verkauf dem Staat zufließenden Gelder könnten für die Stadtsanierung eingesetzt, ggf. aber auch stillgelegt werden, um einen Teil des Geldüberhangs abzuschöpfen.

Beim Boden, der nicht verkauft werden darf, muß jedoch die Nutzung privatisiert werden durch langfristige Pacht-, Erbpacht- oder Baurechtsverträge. Um Korruptionen zu vermeiden, sind die Nutzungsrechte durch öffentliche Ausschreibungen nach dem Meistbietungsprinzip zu vergeben. Den derzeitigen Nutzern wird dabei ein Vorpachtsrecht eingeräumt.

Da der Boden allen Menschen gehört, stehen ihnen auch die Pachteinnahmen zu. Sie sollen deshalb, von einer unabhängigen Institution verwaltet, an die Bürger zurückfließen. Am günstigsten und sinnvollsten würde das in Form eines Erzieher-oder Kindergeldes für alle Heranwachsenden erfolgen. Mit einer solchen Bodenrechtsform würde also gleichzeitig das Problem des sozialen Abstiegs gelöst, von dem heute alle Familien und Alleinerziehende betroffen sind.

Eine noch wichtigere Reform als die der Bodenrechtsordnung ist die der Geldordnung. Hiermit ist jedoch nicht das gemeint, was man im allgemeinen unter Geldreform versteht, nämlich der Austausch einer durch den Staat bankrottierten und inflationierten Währung gegen eine neue, mit der man dann nach einigen Jahrzehnten wieder vor dem gleichen Scherbenhaufen steht. Vielmehr sollen mit einer wirklichen Reform zukünftig solche Kaufkraftentwertungen und Währungszusammenbrüche vermieden werden. Das kann durch eine andere Geldumlaufsicherung erreicht werden, die die herausgegebene Geldmenge mit der nachfragenden in Deckung bringt, die Kaufkraft stabilisiert und den Kreislauf und die Konjunktur verstetigt. Dazu muß das spekulative Zurückhalten von Geld, das heißt die schwankende Geldverminderung, ähnlich unterbunden werden wie heute schon die Geldvermehrung. Oder anders ausgedrückt: Die heute schon gegebene Annahmepflicht beim Geld muß durch eine Weitergabepflicht ergänzt werden.

Eine solche konstruktive Umlaufsicherung würde den Zins von dieser Aufgabe entlasten und bei gesättigten Kapitalmärkten sein Absinken gegen Null bewirken. Mit einem sinkenden Geldzins wiederum würde auch allen Sachgütern der Kapitalcharakter genommen und damit die Eigentumsproblematik aufgehoben.

Ob eine Währungsreform im alten Sinne zusätzlich erforderlich ist, also eine Verringerung der Geldmenge, ein Währungsschnitt, hängt von den tatsächlichen Gegebenheiten und Größenordnungen ab. Angesichts der Preise auf dem Schwarzen Märkten und der freien Wechselkursrelationen dürfte eine solche Geldabschöpfung jedoch kaum vermeidbar sein. Denn die Alternative dazu ist ein Preisauftrieb, der vor allem die weniger besitzenden Normalbürger viel härter trifft als ein Geldumtausch.

Welcher Beitrag könnte von uns geleistet weden?

Wenn wir die Reformbewegung in der DDR unterstützen wollen, müssen wir bei der Einführung der Marktwirtschaft behilflich sein, ohne den Kapitalismus dorthin zu exportieren. Das aber ist nur über zinslose Kredite möglich, noch besser über rückzahlungsfreie Hilfen. Solche Hilfen sind durchaus möglich, ohne bei uns den Steuerzahler zu belasten. So könnte man z.B. mit der DDR vereinbaren, auf beiden Seiten die Militärausgaben jährlich um zehn Prozent zu senken und die bei uns eingesparten Milliarden der DDR zur Verfügung stellen. Da die Nachfrage der DDR nach zivilen Gütern bei uns im gleichen Umfang zunehmen würde wie die Produktion von Rüstungsgütern abnimmt, ergäben sich auch keine Nachteile für unseren Arbeitsmarkt. Im Gegenteil würde sich die Beschäftigung erhöhen, da zivile Güter arbeitsintensiver sind als Rüstungspro-duktionen. Die in der DDR eingesparten Militärausgaben könnten z.B. der dortigen Wirtschaft zugute kommen, vor allem der Erneuerung von Produktionsanlagen. Auch das würde eine Belebung der Wirtschaft bewirken, auch im Bereich von Handwerk und Handel, und damit den Schritt in die Marktwirtschaft beschleunigen. Außerdem würde eine solche Vereinbarung zur Rüstungsreduzierung die Befürchtungen abbauen helfen, die bei unseren Nachbarn mit dem Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten gegeben sind.

Eine noch größere Hilfe wäre es, wenn wir, parallel zum Abbau der Planwirtschaft in der DDR, bei uns die negativen Kapitalismuseffekte minimieren würden. Das wäre durch ein marktgerechtes Absinken der Geldzinssätze möglich, was mit einer Änderung der Geldumlauftechnik zu erreichen ist. Mit einer solchen „Parallelreform" würden wir in beiden deutschen Staaten zur Stärkung von Freiheit und Gerechtigkeit beitragen. Eine solche friedliche Revolution auf beiden Seiten wäre darüber hinaus ein vorbildhafter Beitrag zum Abbau von Spannungen in der Welt, zwischen Ost und West ebenso wie zwischen Nord und Süd. Die historische Chance dazu ist einmalig. Wir sollten sie nicht verstreichen und uns nicht von unseren Landsleuten in der DDR beschämen lassen. ●

FOTO: PETER PEITSCH

Peter Paul Zahl

»Übernehmt die Patenschaft für Zeitungsabonnements! Schickt Bücher in den Knast – und kämpft zusammen mit den Gefangenen gegen jeden einzelnen Fall von Zensur!« P.P. Zahl (1977/1989)

»In Gefängnissen sind Zeitungen noch wichtiger als draußen.«

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!
Spenden Sie bitte auf das Konto:

Freiabonnements für Gefangene e.V. (gemeinnützig)
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
Konto-Nummer 26 011 604

Wenn Sie eine bestimmte Zeitung spenden wollen, nennen Sie bitte ein Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen (für die Spenden-Quittung).

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR. 3, 1000 BERLIN 62, TEL. 0 30/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung _____

KontoinhaberIn (Adresse) _____

_____

_____

Bank _____

Konto-Nummer _____

Bankleitzahl _____

Ich gestatte dem Verein Freiabonnements für Gefangene e.V., DM ....., monatlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

_____

Datum, Unterschrift

KAPITALGEWINN DURCH „FALSCHGELD"

Was kostet die Inflation?

Ich habe es zunächst nicht glauben wollen: Wenn der Kreditgeber einen Inflationsausgleich für sein verliehenes Geld in Form einer entsprechenden Zinserhöhung erhält, dann bewirkt das eine Zinskosten-Steigerungsrate für den Kreditnehmer, die das Vielfache der Zinsertrags-steigerungsrate ausmacht, die der Kreditgeber erhält.

Klaus Schmitt, Redaktion Heidelberg ● Ein Beispiel: Der Bau einer Wohnung und der dazu notwendige Grundstücksanteil kostet, sagen wir, 200.000 DM, die monatlichen Bewirtschaftungskosten – Verwaltung, Instandhaltung etc. – und die Abschreibung der Wohnung erfordern allenfalls 500 DM. Verlangt der Geldgeber 6% Zinsen für die vorübergehende Hergabe seiner Ersparnis, dann kommen 1.000 DM im Monat hinzu. Der gesamte Mietpreis würde dann 1.500 DM betragen. Wie wir sehen, sind die Zinskosten ganz schön happig. Haben wir nun eine Inflationsrate von 1% im Jahr, dann müßte außerdem der Kaufkraftverlust des Geldes mit einer Zinserhöhung von 1% des angelegten Geldes ausgeglichen werden; diese zahlt ebenfalls der Mieter. Um wieviel erhöht sich nun der Mietpreis? 1% von 200.000 sind 2.000 im Jahr oder (durch 12 geteilt) knapp 167 DM im Monat. Auf den Mietpreis von 1.500 DM bezogen, ist das eine Mietpreiserhöhung von 11%. Die Preissteigerungsrate der Miete ist also mehr als 10 mal so hoch wie die allgemeine Inflationsrate!

Wenn wir diese Kostensteigerung allein auf den Zinsanteil der Miete beziehen, dann erhalten wir die Kreditkosten-Steigerungsrate; sie ist noch erheblich größer. Wie wir gesehen haben, sind bei 6% Zinsen 1.000 DM und bei 1% Inflationsausgleich 167 DM im Monat zusätzlich zu zahlen. Diese zusätzlichen Zinszahlungen, bezogen auf die bisherige Zinslast von 1.000 DM, entspricht einer Kostensteigerung der Kreditzinsen von 16,7%!

Wie sieht die Rechnung nun aus, wenn wir in einer zinsfreien Kreditwirtschaft leben würden und somit die Mieten – vom Inflationsausgleich abgesehen – gar nicht mit Zinsen belastet wären? Könnte es nicht sein, daß bei Gütern, für die nur geringfügige oder überhaupt keine Kreditzinsen zu bezahlen sind, dieser Inflationsausgleich die Kosten für die Nutzung dieser Güter nicht mehr belastet als es dem allgemeinen Preisanstieg entspricht? Vielleicht ist diese Inflationsausgleichsrate sogar niedriger als die allgemeine Inflationsrate selber? Keineswegs! Auf einem zinsfreien Wohnungsmarkt würde unsere Wohnung 500 DM im Monat kosten. Hätten wir aber immer noch ein inflationistisches Währungssystem, dann hätte der Geldgeber auch immer noch einen Anspruch auf einen Inflationsausgleich. Ein einprozentiger Inflationsausgleich für die gestiegenen Kosten für Verwaltung, Reperaturen etc. würde die Bewirtschaftungskosten nur um etwa 1%, die Miete von 500 DM also um 5 DM erhöhen. Ein einprozentiger Inflationsausgleich für die in dieser Wohnung angelegten 200.000 DM bewirkt jedoch, wie wir gesehen haben, eine Mietpreiserhöhung von 167 DM im Monat. Das würde, bezogen auf die zinsfreie Miete von 500 DM, eine Mieterhöhung von 33% bedeuten!

Erst dann, wenn im Sachkapital kein Geldkapital mehr enthalten ist, stellt auch kein Geldgeber mehr einen Anspruch auf einen Inflationsausgleich. Doch dann meldet der Sachkapitaleigentümer seine durchaus legitimen Interessen auf einen Inflationsausgleich für sein Sachgut an. Denn ohne diesen Ausgleich würde sein Eigentum durch das Auseinanderklaffen der Schere zwischen allgemeiner Preissteigerung und festem Mietpreis entwertet werden. Bei einer Inflationsrate von 1% im Jahr steigt der nominelle Handelswert der Wohnung ebenfalls um etwa 1% im Jahr. Nach einem Jahr hätte sich ihr nomineller Verkaufswert also um 2.000 DM erhöht. Neben einem Ausgleich für die gestiegenen Bewirtschaftungskosten verlangt der Eigentümer auch für diese Preissteigerung eine Kompensation. Außerdem ist in 80 bis 100 Jahren das Haus baufällig und es muß ein neues gebaut werden. Da für jedes vergängliche Sachgut zu seiner Wiedererstellung angemessene Rücklagen angesammelt werden müssen und dieses in Form von Geld geschieht, muß also der inflationistische Kaufkraftverlust dieses zurückgelegten Geldes in den Preis für die Nutzung dieses Gutes mit einkalkuliert werden. Bei der gegenwärtigen Inflationsrate von 3% macht das eine inflationistische Kostenbelastung für unsere Wohnung von 500 DM im Monat aus.

Außerdem werden auch für die inflationsbedingten nominellen Wertzuwächse des Realkapitals Zinsen verlangt. Steigt der Preis der Wohnung um 3% von 200.000 auf 206.000 DM, dann müssen also für die zusätzlichen 6.000 DM ebenfalls Zinsen, in unserem Fall 6%, also 30 DM im Monat gezahlt werden. Zum Inflationsausgleich kommen also auch noch die Zinsen für den Inflationsausgleich hinzu!

Nicht nur die 3 bis 5% Realzinsen (der arbeitsfreie Gewinn, der dem Geldgeber bzw. dem Realkapitaleigentümer nach Abzug der Inflationsrate verbleibt), auch die Inflation – auch eine geringfügige – macht die Nutzung von Kapital sehr teuer. In manchen, auch sozialistischen Ländern beträgt die Inflationsrate 100 bis 1.000%. Bei 100% würde unser monatlicher Mietpreis um 16.667 DM Inflationsausgleich plus 1.000 DM, die für die 6% Zinsen, die für diesen Ausgleich gezahlt werden müssen, steigen, also um insgesamt 17.667 DM: von 1.500 auf 19.167 DM. Bei einer 1.000prozentigen Inflationsrate würde die Monatsmiete in einem Jahr von 1.500 DM um 166.667 plus 10.000 auf 178.167 DM steigen. Während also das allgemeine Preisniveau bei einer Inflationsrate von 100% um das Doppelte und bei 1.000% um das Zehnfache steigt, steigt der spezielle Mietpreis um das Dreizehn- bzw. Hundertundneunzehnfache! Theoretisch, denn praktisch verkraftet das keine Volkswirtschaft...

WER SIND DIE GEWINNER?

Da eine Wohnung ein extrem kapitalintensives Gut ist, sind auch die Kapitalkosten im Verhältnis zu den übrigen Kosten und damit an der Gesamtmiete besonders hoch. Wenn wir nun von einem Gut ausgehen, das gar keinen Kapitalwert hat, z. B. von der menschlichen Arbeitskraft, wie sieht die Inflationsbelastung dann aus? Sie beträgt 1 : 1. Steigen die Preise im Durchschnitt um 1% und erhält der Arbeiter eine Lohnerhöhung von 1%, dann erhält er jetzt 10,10 DM, der Unternehmer zahlt dann ebenfalls nur 1% mehr für die Ware Arbeitskraft. So wie jedoch Kapital ins inflationistische Spiel kommt, verändern sich die Proportionen zwischen den inflationistischen und den übrigen Kosten für die Nutzung eines Gutes: Mit steigendem Kapitalanteil steigen die inflationistischen Kosten gegenüber anderen Kosten überproportional an. Damit steigen aber auch die Preise kapitalintensiver Güter stärker an als die der arbeitsintensiven: Ihre Preise steigen unterproportional. Inflation führt also zu erheblichen Kosten- und Preisverzerrungen in der Volkswirtschaft, und diese gehen offenbar zu Lasten jener, deren Arbeitseinkommen allenfalls in Höhe der durchschnittlichen Inflationsrate steigen: Sie müssen die durch den Inflationsausgleich für Leih- und Sachkapital überproportional gestiegenen Preise bezahlen. Zu ihnen gehören zum Beispiel die Lohnarbeiter und die Genossenschaftler von Wirtschaftskommunen, die die auch in Bezug auf die Löhne und Genossenschaftsgewinne überproportional gestiegenen Mietpreise für Wohnungen und Gewerberäume bezahlen müssen.

Und wer sind die Gewinner? Auf jeden Fall jene „Falschmünzer", die über das Warenangebot hinaus Geld in den Umlauf bringen – und das sind nicht nur die „kriminellen" Falschmünzer! Dazu gehören vor allem die Geldschöpfer der Notenbank und des Staates, wenn sie in Brasilien oder Israel, in Jugoslawien oder Vietnam, in Nicaragua oder Polen ganz legal die Notenpresse rotieren lassen, ohne für ein angemessenes Warenangebot zu sorgen. Auch wenn sie dieses „Falschgeld" für soziale Zwecke statt für Waffen ausgegeben, bringt das für die Unterschichten nichts. Und wenn die Herren der Deutschen Bundesbank meinen, sie müßten den Diskontzins erhöhen, um die Inflation zu stoppen, dann treiben sie damit nur die Kapitalkosten in die Höhe – mit den oben beschriebenen Folgen. ●

REZENSIONEN

Renaissance libertären Gedankenguts: Pierre-Joseph Proudhon

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Nicht zuletzt die Sprachbarriere Französisch hat dazu geführt, daß in der Bundesrepublik einer der wichtigsten Verfechter libertären, sozialistischen Gedankengutes fast nur dem Namen nach bekannt ist: Pierre-Joseph Proudhon. Zudem bewirkte die einseitige Durchsetzung marxistisch-leninistischer Ideen, daß Sozialismus und Zentralismus oft als identisch angesehen werden. Vertreter eines freiheitlichen Sozialismus wurden so mehr oder weniger zwangsweise aus der Geschichtsschreibung gestrichen. Aktuelle Entwicklungen in den Ländern des sogenannten „realen Sozialismus" lassen hoffen, daß nun verstärkt eine Rückbesinnung auf diesen „vergessenen Sozialismus" zum Tragen kommt. Drei Veröffentlichungen zu Proudhon sind hier ein Anfang:

„Für eine zweite Proudhon-Rezeption" machen sich Johannes Hilmer und Lutz Roemheld stark. Sie wollen Proudhons vielfältige Überlegung verstärkt einer wissenschaftlichen, aber auch politisch-publizistischen Auseinandersetzung öffnen. Als erstes Hilfsmittel hierfür sehen sie ihre Bibliographie an. Die 191seitige Schrift ist tatsächlich ein guter Einstieg und Überblick in die Literatur von und über Proudhon. Gesamtwerke, Textauswahlen und Einzelveröffentlichungen von Proudhon werden in den unterschiedlichsten Ausgaben und Sprachen aufgeführt. Interessanter allerdings die umfangreiche Zusammenstellung der Sekundärliteratur, unterteilt in Bücher über Proudhons Werke und sein Leben sowie in Aufsätze zu Proudhon. Das mühselige Zusammensuchen entsprechender Lektüre, wenn eine Auseinandersetzung mit Proudhon versucht wird, kann so endlich vermieden werden. Für eine zweite Auflage der Bibliographie wäre allerdings eine Kommentierung vor allem der Sekundärliteratur wünschenswert.

Johannes Hilmer/Lutz Roemheld (Hrsg.): Proudhon-Bibliographie, Frankfurt a.M. 1989 (Verlag Peter Lang) DM 47,--

Die Übersetzung des ersten Teils von Proudhons „Über das Förderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder aufzubauen" soll helfen, die erhoffte Renaissance seiner Ideen kräftig anzuschieben. Für Lutz und Regine Roemheld weist sich Proudhon mit dieser Schrift als ein scharfsichtig beobachtender Analytiker politischer Systeme aus. Für sie ist er – zurecht – ein schöpferischer Denker, „dessen Vorschläge zur gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und staatlichen Erneuerung Europas auf der Grundlage eines Staat, Wirtschaft und Gesellschaft umfassenden Förderalismus auch heute noch begehbare Wege aus der Krise des industriekapitalistischen Systems im Übergang zu einem nachindustriellen Zeitalter aufzeigen". Wie Proudhon denkt und schreibt ist sicherlich nicht jedermanns oder jederfrau Sache. Seine Ausführungen haben aber, bezogen auf die aktuelle Diskussion des Verhältnisses von BRD und DDR, geradezu prophetischen Charakter. Eine seiner zentralen Aussagen soll deshalb – für sich sprechend – wörtlich wiedergegeben werden:

Nach diesen Grundsätzen ist der Föderations- Vertrag, der zum Gegenstand hat, in allgemeinen Begriffen den konföderierten Staaten ihre Souveränität, ihr Territorium und die Freiheit ihrer Bürger zu gewährleisten; durch allgemeine Maßnahmen auf alles zu sehen, was für die gemeinsame Sicherheit und Wohlfahrt von Interesse ist; diese Art von Vertrag ist, sage ich, ungeachtet des Ausmaßes der in ihn eingebundenen Interessen eingeschränkter Natur. Die Große Behörde («Autorité»), die mit seiner Durchführung beauftragt worden ist, darf nie den Sieg über die, die sie einsetzen, davontragen, will sagen, daß die dem Bund zugeteilten Befugnisse an Zahl und Sachinhalt nie diejenigen kommunaler oder provinzialer Behörden («autorités») überschreiten dürfen, wie auch diese nicht die Rechte und Vorrechte des Menschen und Bürgers überschreiten dürfen. Wäre es anders, wäre die Gemeinde eine Gemeinschaft; dann würde aus der Föderation monarchische Zentralisation; die Bundesbehörde («autorité fédérale») würde in der Anschauung der Menschen von einer einfachen Beauftragten und untergeordneten Verrichtung, die sie sein soll, zu einer Macht werden, die das Übergewicht hat, anstatt auf eine besondere Dienstleistung begrenzt zu sein, würde sie dazu neigen, jede Tätigkeit und jede Initiative in die eigenen Hände zu nehmen; die konföderierten Staaten würden in Präfekturen verwandelt, bloße Verwaltungseinheiten, eine Art Zweigniederlassungen oder Verwaltungen der Staatseinkünfte. Der so umgeformte politische Körper könnte sich Republik nennen, Demokratie oder was euch auch immer beliebt: das wäre kein Staat mehr, der in der Fülle seiner Autonomien errichtet ist, das wäre keine Konföderation mehr. Dasselbe fände statt, und zwar noch eher, wenn durch eine falsche Wirtschaftsräson, durch Willfährigkeit oder aus irgend einem anderen Grunde die Gemeinden, Bezirke oder konföderierten Staaten einen einzigen von sich mit der Verwaltung und der Regierung der anderen beauftragten. Dann würde die Republik von einer föderativen zu einer einheitlichen Staatsform, ja sie befände sich auf dem Wege zur Gewaltherrschaft.

Pierre-Joseph Proudhon: Über das Förderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder aufzubauen, Teil 1, Frankfurt a.M. 1989 (Verlag Peter Lang) DM 26,--

Pierre-Joseph Proudhon (1809-1865)

Das dritte Buch ist eigentlich keines zu Proudhon, sondern zu Silvio Gesell oder noch allgemeiner: zur Zeit einer der besten Versuche, die geldanarchistischen Theorien einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Als Entwickler dieser Ideen und Überlegungen kann Proudhon angesehen werden. Herausgeber und Mitautor Klaus Schmitt formuliert dies so: „Proudhon ist der Begründer einer eigenständigen anarchistischen Wirtschaftstheorie, die Gesell auf den Begriff gebracht hat und deren zentrale Einsichten auch die Grundlagen der Keynesschen Geld-, Zins- und Konjunkturtheorie bilden." Eine Tatsache, die von vielen sektiererisch vor sich „hinwurschtelnden" anarchistischen Grüppchen übersehen wird. Sie beziehen sich meist nur auf einen geldtheoretischen Autor und bemühen sich krampfhaft um wechselseitige Abgrenzung. Auch wenn Schmitt auf seinen Gesell nichts kommen läßt, ist sein Versuch, einen umfassenderen Überblick zu geben, eine lesenswerte Wohltat. Den Bezug seiner Darstellungen zu Proudhon stellt Schmitt selbst bei jedem Kapitel mit einem prägnanten Proudhon-Zitat her. Gleiches geschieht durch den Wiederabdruck der „Frühen Gesell-Rezension eines Proudhonisten" (Arthur Mühlberger)

Den umfangreichen, gut lesbaren, aber auch widersprüchlichen Ausführungen von Schmitt gerecht zu werden, ist nicht einfach. Sein Buch sollte als etwas genommen werden, was es auf jeden Fall ist: eine spannende Anregung. Es ist eine Anregung, sich intensiver mit der Frage auseinanderzusetzen, ob Selbstverwaltungsbetriebe zur Beseitigung der ungerechten Einkommensverteilung im Kapitalismus beitragen. Die Antwort von Schmitt liegt nahe: „Solange das kapitalistische Geld- und Zinssystem nicht beseitigt ist, werden auch Kollektive unter periodisch wiederkehrende Absatzkrisen zu leiden haben." Sie können keine Alternative zum herrschenden Gesellschaftssystem anbieten, wenn sie mit ihren Ansätzen auf der einzelwirtschaftlichen Ebene stehen bleiben. Daß bei der Auseinandersetzung in makroökonomischen Lenkungssystemen die Lösung der Geld-, Zins- sowie der Grund- und Bodenproblematik einen zentralen Stellenwert erhalten mußte, leuchtet nach der Konfrontation mit den Überlegungen von Proudhon und Gesell wohl den meisten ein. „Das sind", so Schmitt, „Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialutopie, die sich ausbauen ließen."

Klaus Schmitt (Hrsg.): Silvio Gesell – «Marx» der Anarchisten? Texte zur Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus und der Kinder und Mütter vom patriachalischen Bodenunrecht, Berlin 1989 (Karin Kramer Verlag)

Wir suchen zum 1.2.1990 oder früher eine/n qualifizierte/n

DruckvorlagenherstellerIn

oder

DruckformherstellerIn

Dein zukünftiges Aufgabengebiet umfaßt Arbeiten am SW-Scanner, Composing, Bogenmontage und Plattenkopie.
Wir sind ein 18-köpfiger, selbstverwalteter Betrieb.
Nähere Einzelheiten kannst du direkt bei uns erfragen (Angela Schoop).

Oktoberdruck
Paul-Lincke-Ufer 44a · 1000 Berlin 36
Tel. 030/612 32 56 · 612 45 18

Der *GEGENDRUCK*, alternative Stadtzeitung für **Karlsruhe,** sucht
zum **1. März 1990**

RedakteurIn

Zunächst auf ein Jahr und zu szeneüblicher Bezahlung. Erwartet werden gute Schreibe, Organisationsfähigkeit, Kreativität, Eigenständigkeit und Erfahrungen mit kollektiven Arbeitsformen.
☎ (07 21) 84 47 34 (Bernd) oder ☎ (07 21) 3 38 21 (Dietrich)

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; 2000 Hamburg , Detlef Weiher, Rendsburger Str. 3, ☎ (040) 319 35 93 (abends); Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 2 28 38; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, IISG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 20 668 58 66

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ (030) 693 53 51; **Grafische Betriebe:** 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur:** 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften:** 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik:** 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen:** 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost:** 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0 bei Textline GmbH;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

JOBS

Spätestens zum 1.2.90 suchen wir, ein Kollektivbetrieb (4 Personen) aus der Fahrradbranche, zusätzlich mehrere MitarbeiterInnen.
Wir bieten: Dauerarbeitsplatz, soziale Absicherung, gutes Gehalt, vielseitige Tätigkeit.
Wir erwarten: Engagement, Begeisterung für's Fahrrad und Fahrradtechnik, selbstverantwortliches Arbeiten im Kollektiv.
Chiffre: Bielefeld

Radschlag sucht Verstärkung
Wir wollen unser Kollektiv erweitern und suchen dazu zwei Menschen, die Lust haben, bei uns einzusteigen. Mit der Erweiterung von 4 auf 6 KollektivistInnen möchten wir unsere Arbeitsbedingungen noch verbessern. Wir wünschen uns konfliktfähige, stressfeste und velophile MitarbeiterInnen. Seid Ihr, da wo Ihr lebt, so zufrieden, daß Euch unser Laden nicht interessiert?...
Wir bieten vielfältige Arbeit (4 Tage) im Laden, Werkstatt und Büro mit überdurchschnittlicher Bezahlung.
Radschlag · Fahrradladen in Selbstverwaltung
Auf den Häfen 12/15 · 2800 Bremen
☎ (0421) 70 41 05

Ausbildungsbetrieb in Selbstverwaltung BuntStift e.V. sucht dringend KollektivistIn zum Einheitslohn für Ausbildungs- und Auftragsarbeiten in der Metallwerkstatt. Die Person soll gelernte/r MalerIn mit Berufserfahrung, MetallerIn, TechnikerIn, Metalltechnik – Berufspädagoge/in oder IngenieurIn mit praktischen Erfahrungen sein. Wir fordern besonders Frauen auf, sich zu melden.
BuntStift e.V.
Helmholtzstr. 4
3500 Kassel,
☎ (0561) 89 57 64

Selbstverwaltete Schule sucht LehrerInnen für die Bereiche:
○ Deutsch als Fremdsprache
○ EDV
○ Erwachsenenbildung
Mitarbeit in der Selbstverwaltung ist erforderlich.
Initial e.V.
Steinstr. 23
7500 Karlsruhe
☎ (07 21) 37 75 78

SONSTIGES

Stiftungen – wer hat mit Anträgen bei Stiftungen gute oder schlechte Erfahrungen gesammelt und möchte diese für ein Buchprojekt in der AG SPAK zur Verfügung stellen?
Bernhard Scholer · Postfach 25 60
2000 Hamburg 13

JOBSUCHE

Betriebswirt/Industriekfm., Netzwerk-Projektberater, m. 29 J., sucht ab Juni '90 Betrieb im selbstverw. o. ökolog. Bereich im Raum Ruhrgebiet.
Axel Berger · Antonistr. 13
2000 Hamburg 4

Gabi, 29, sucht Umschulungsplatz. Näheres unter Postfach 1341 · 3550 Marburg

PROJEKTE

EMMAUS Stgt e.V. bietet Mitarbeit an. Wir sind ein Wohn- u. Arbeitsprojekt mit Holzwerkstatt, Ablaugerei, Gebrauchtmöbelladen mit Transport, z. Zt. 7 Leute. Näheres unter
☎ (07 11) 24 05 86 o. 89

Projekt-Haus mit viel Wohn- und Gewerberaum und Garten nördlich von Freiburg zu verkaufen; sanierungsbedürftig; Mietkauf möglich
Netzwerk Dreyeckland
Habsburger Str. 9
7800 Freiburg

KONTAKTE

„Suche Frau, die zu mir paßt" (BTM-inhaftiert keine Bedingung). Bewege mich auf dem Level der Randgruppenzugehörigkeit, Kommunikationsdefizit durch Sprachfehler. Bin 32, Stotterer (auf einem Spektrum von gar nichts bis zu harten Blocks), – Persönlichkeitsstruktur – Analyse = labil ohne Durchhaltevermögen. Machen wir uns doch nichts vor...
Resignation? Der Kampf geht weiter!! o.k., heiraten will ich Dich ja nicht gleich, alles klar?
Uwe Müller · Neißer Str. 12
4030 Ratingen

LITERATUR

Hamburger Erwachsenen-Bildung e.V., Die Vergangenheit hat uns eingeholt..., Hamburg 1988, Erinnerungen an die Schulzeit – geschrieben von KursteilnehmerInnen der Hamburger Erwachsenen-Bildung.
Diese Broschüre ist zu beziehen bei der Hamburger Erwachsenen-Bildung e.V., Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 20, für den Betrag von 2,50 DM.

Hamburger Erwachsenen-Bildung, Die geheiligte Schrift, München: AG SPAK 1986
Im Reader stellen sich unterschiedliche Projekte und Träger der Alphabetisierung mit ihren unterschiedlichen Konzeptionen vor. Die Übertragbarkeit Freires, Finanzierung von Alphabetisierung, Professionalisierung, wissenschaftliche Projekte, Medien (AGI, Alphabetisierungsspots und KursteilnehmerInnenreaktion auf den Pilot-Spot des NDR, Pressespiegel) sind weitere Themen.
Dieses Buch (168 Seiten) ist zu bestellen bei der AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2. Es kostet 20,-- DM zuzüglich Versandkosten.

Waltraud und Heinz Schulze, Zukunftswerkstatt Kontinent, München AG SPAK 1989
In Lateinamerika hat sich – ausgehend von der Pädagogik Paulo Freires – eine Bildungsbewegung entwickelt, deren theoretischer Rahmen und damit verknüpfte praktische Erfahrung in aller Ausführlichkeit in diesem Buch dokumentiert werden.
Dieses Buch (235 Seiten) ist zu bestellen bei der AG SPAK und kostet 28,-- DM
Im »Freire Rundbrief« beschäftigen wir uns mit Fragen der bewußtseinsbildenden Pädagogik. Wichtige Impulse dafür gibt uns Paulo Freire, der einer der bekannten Volkspädagogen unserer Zeit ist. Der „Freire Rundbrief" ist erhältlich über die AG SPAK. Das Jahresabonnement des Rundbriefes (4 Ausgaben) kostet 10,-- DM.

»Frauen – Arbeit – Recht«, Leitfaden zum Arbeitsrecht für Frauen
Mit ihrer neuesten Veröffentlichung will die Gleichstellungsstelle der Stadt Detmold Frauen ein Nachschlagewerk in Sachen Arbeitsrecht in die Hand geben. Die Broschüre mit dem Titel „Frauen – Arbeit – Recht – ein Leitfaden" stellt in übersichtlicher und auch für Nichtjuristen verständlicher Form die wichtigsten arbeitsrechtlichen Grundlagen für Frauen dar; sie gibt konkrete Tips und Hinweise, z.B. über Urlaub bei Teilzeitbeschäftigung, über Stillzeiten, Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz. Zusammengestellt wurde das 102 S. starke Werk von Frau Dr. J. Weyand, Assistenzprofessorin an der Uni Frankfurt.
Wer Interesse an einem Exemplar hat, kann sich an die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Detmold, Dr. Anne Drescher,
☎ (05231) 767-284, wenden.

LESERBRIEFE

Betr.:Abokündigung
Die Zeitung ist mir zu theoretisch, zu pessimistisch und teilweise zu zynisch. Es fehlt die Spontanität des Lebens, worum es eigentlich geht. Einfach nicht mein Stil.

Noch 'ne Meinung einer Leserin:
Zu schwierig, langatmig und hochgestochen geschrieben, mit vielen manchmal komplizierten Sätzen sicher was gesagt, doch denke ich mir gehts auch einfacher! Kurz: zu perfekt.
T. Siebenschuh · Süderborys

Betr. Kommentar von Dirk Weinreich zum Bundestreffen der Netzwerke.

Lieber Dirk,
im Grunde hätte ich dir die Sachen lieber mal privat gesteckt. Da du es aber jeweils vorzuziehen scheinst, deine persönlichen Enpfindlichkeiten in Form von Contraste-Veröffentlichungen aller Art zum vermeintlichen Politikum aufzublasen, möchte ich dazu auch öffentlich stellungnehmen:
○ Möglicherweise ist für dich Schweigen schon, wenn Mann nicht in deiner locker, flockigen Sprücheklopferart daherredet. Jedenfalls war in Nunkirchen keinesfalls nur das „große Schweigen", sondern es wurde 2 Tage lang konzentriert gearbeitet.
○ In der Tatsache, daß der – inzwischen und bereits vor deinem Contraste-Kommentar verschickte – Rechenschaftsbericht des Vorstands nicht schriftlich vorlag, siehst du einen Beleg für eine „informelle Funktion" des BAG-Vorstands. Du hättest an diesem „informellen" Zusammenhang durchaus teilhaben können, wenn du es nicht vorgezogen hättest, in die Sauna zu gehen, während im Plenum der Rechenschaftsbericht vorgetragen und diskutiert wurde.
○ Du hast die Themen, die du gerne diskutieren wolltest, im Plenum vorgestellt. Das allgemeine Interesse daran war nicht so groß, daß sich eine eigene Arbeitsgruppe dazu gebildet hätte. Das mangelnde Interesse der Anwesenden als „informelle Machtstruktur" zu interpretieren, halte ich nicht nur für eine astreine Projektion, sondern stempelt die Mehrzahl der Anwesenden zu „nützlichen Idioten" eines „machthungrigen Vorstands". Dagegen verwehre ich mich.

Lieber Dirk, halte dich doch einfach selbst an die Empfehlungen, die du so gerne anderen gibst: wenn's was Persönliches sein sollte, trag's auch auf der persönlichen Ebene aus. Was sollen andere, in diesem Fall die BAG, darunter leiden?
Franz-Josef Bartsch,
ehemal. BAG-Vorstand

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

Öffentlichkeit gegen Staatsschutzterror

Nachdem sich der Druck des Staatsschutzes nach der Aktion gegen Herrhausen gegenüber Zusammenlegungs-Initiativen und Angehörigen der politischen Gefangenen wieder verstärkt hat, halten wir es für notwendig, verstärkt Öffentlichkeit zu schaffen.
Nach Ende des Hungerstreiks hat sich für die Gefangenen nichts grundlegend verändert.
Die Attacken des Staatsschutzes gegen die Gefangenen und uns werden uns nicht abhalten, weiterzukämpfen für:
○ die Freiheit der politischen Gefangenen,
○ die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen,
○ die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und
○ die freie politische Kommunikation zwischen Ihnen im Knast und uns draußen.

Das „Angehörigen-Info" erscheint auch nach Beendigung des Hungerstreiks der politischen und kämpfenden Gefangenen in der BRD für Zusammenlegung in große Gruppen weiter. 14-tägig informiert es aktuell und authentisch über die Situation und Diskussion revolutionärer Gefangener hier und weltweit. JedeR kann es abonnieren.
Durchbrecht die Mauer des Schweigens! Schafft Öffentlichkeit!
Abonniert das „Angehörigen-Info"!
Bestellungen über GNN-Verlag · Postfach 260226 · Zülpicher Str. 7
5000 Köln 1 · ☎ (02 21) 21 16 58.

Heidelberger Initiative zur Unterstützung der Zusammenlegung

WIRTSCHAFT

Geld, Zins und Weltwirtschaft
Hintergründe der Problementwicklung in der Dritten Welt und Osteuropa.
Ort: Kath. Hochschulgemeinde Oldenburg
Referent: Helmut Creutz
Termin: Do., 25. Januar, 20 Uhr

Wachstum, bis die Erde stirbt
Was sind die Ursachen des Wachstumsdrucks?
Welche Rolle spielt das Geld?
Ort: Auferstehungskirche Aachen
Referent: Helmut Creutz
Termin: Mo., 5. Februar, 19.30 Uhr

Islamic banking – Ausweg aus der «Zinsknechtschaft»?
Forumsveranstaltung der Ökobank, Diskussionsveranstaltung
Ort: Cafe Mousonturm, Frankfurt
Referenten: Dieter Reincke, Helmut Creutz u.a.
Termin: Mo., 19. Februar, 19 Uhr

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Ökologisches Marketing für Produkte zur regenerativen Energieerzeugung
Vom 1. bis 4. Februar führt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung zum dritten Mal ein Seminar zum Thema „Ökologisches Marketing für Produkte zur regenerativen Energieerzeugung" durch. Diesmal findet es in Sambachshof bei Bad Königshofen statt. Programmanforderungen und Anmeldung direkt an die Bundeszentrale für politische Bildung (Sabine Berthold), Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.
Bei inhaltlichen Fragen:
Burghard Flieger · Erwinstr. 29
7800 Freiburg
☎ (0761) 70 90 23

Zwischen Markt und Plan – Kooperativen in Osteuropa
Unter diesem Titel organisiert der TAK AÖ in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem ISO international vom 16. bis 18. Februar in Freudenberg (nähe Bonn) ein Seminar. Information (Mitte Januar ist die Einladung fertig) und Anmeldung bei Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 6800 Mannheim. Unter dieser Anschrift ist auch eine Selbstdarstellung des TAK AÖ's für 3,– DM plus Porto zu beziehen.

Der Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung e.V., Wiesbaden setzt seine Vortragsreihe in 1990 fort. Schwerpunkte bei den Vorträgen sind die Steuerreform 1990 und die Änderungen durch das Vereinsförderungsgesetz.
Die Themen lauten:
Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten durch die Steuerreform 1990 für alternative Betriebe und Projekte (z.B. Bewirtungskosten, Verpflegungsmehraufwendungen, private PKW-Nutzung) Mittwoch, 24. Januar 1990, 19 Uhr
Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten durch die Steuerreform 1990 für die Arbeitnehmer in alternativen Betrieben und Projekten (z.B. Werbungskostenersatz durch den Arbeitgeber, Lohnzuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Reisekosten) Mittwoch, 21. Februar 1990, 19 Uhr
Die Veranstaltungen finden im Cafe des Hilde-Müller-Hauses, Wallufer Platz 15, Wiesbaden, statt. Der Eintritt ist frei.
Das komplette Vortragsprogramm und weitere Informationen sind erhältlich beim Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung e.V., c/o Herbert Siebert, Bierstadter Höhe 22, 6200 Wiesbaden

NIEDERKAUFUNGEN

Bildungsurlaube
«Anders leben – Anders arbeiten».
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellung sie von ihrer Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:
- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach seinen/ihren Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindungen nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen und ob sie Anregungen für die Lebens-und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 26.-30.3.90
Teilnahmebetrag: 190,– DM

Wochenendseminar
Leben in der Kommune
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden.
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen

Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 18.-20.5.90
Teilnahmebetrag: 90,– DM

Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
☎ (05605) 30 15

NETZWERK HAMBURG

EFFEKTIVER ARBEITEN
Allein, in Gruppen und in Gremien – wie geht das, ohne die Lust zu verlieren? Auch in selbstorganisierten Betrieben und Vereinen, in denen aufgeschlossene Menschen zu sinnvoller und gesellschaftlich wichtiger Arbeit motiviert sind,
- müssen Ziele vereinbart und aufeinander abgestimmt werden
- müssen Spielregeln gefunden, überprüft und evtl. neugestaltet werden
- mindern Zeitdruck und Streß die Arbeitsenergie
- bleiben Konflikte nicht aus

In diesem Seminar wollen wir herausfinden, wo Konflikte „auf der Lauer" liegen, wie sie zu verstehen sind und welche Strategien ihrer Lösung dienen.
Wir werden uns mit dem Formulieren und Erreichen von Unternehmenszielen und ihren Teilschritten befassen, sowie mit den dazu hilfreichen Spielregeln im Arbeitsteam und im Umgang mit außerbetrieblichen Partnern.
Termin: Fr., 2.Feb.90, 18-21h,
Sa., 3.Feb.90, 9.30-17.15h
Ort: Netzwerk-Büro,
Gaußstr. 17
2000 Hamburg
Anmeldung: Zusammen Leben und Arbeiten e.V.
Gaußstr. 25
2000 Hamburg 50

PROBLEME ALTERNATIVER BETRIEBE
Aufbau und Praxis
Der Existenzgründungskurs vermittelt an 13 Abenden Informationen zu allen Schritten des Betriebsaufbaus, wie Fragen der Gründungsplanung, Finanzierung, Rechtsform, steuerliche und gewerberechtlicher Art. Neben der Analyse der konkreten Gründungsschritte soll die Diskussion von Anspruch und Wirklichkeit alternativer Betriebe aufgrund persönlicher Erfahrungen, eines Films und der Besichtigung eines alternativen Betriebes im Mittelpunkt des Kurses stehen.
Der Kurs läuft unter der Trägerschaft der Volkshochschule (VHS)
Beginn ab 6.Feb.90, immer dienstags, 19h
Preis: 90,–DM
Ort: Netzwerk-Büro, Gaußstr. 17, 2000 Hamburg
Anmeldung bei der VHS,
Katharinenstr. 29
2000 Hamburg 11

ISO

Kollektives Managment «Was tun»
Das kennt jeder: Mit großem Engagement setzt man sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig: Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen dauern endlos – einige werden zu Machern.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit der hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. An diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der Anderen optimal für gemeinsame Ziele einzusetzen. Alle Aufgaben sind in einem gleichberechtigten Team zu lösen.
Termine: 9.-11.3.90 & 4.-6.5.90
Information & Anmeldung:
ISO c/o M. Paulini
Bachstr. 22
6100 Darmstadt
☎ (06151) 37 73 33

ANTI-ATOM

Süddeutsche Konferenz gegen Atomtransporte
Vom 20. bis 21. Januar 1990 in Mannheim, Forum der Jugend
Information & Anmeldung:
Initiative gegen den Atomtod
Mannheim/Ludwigshafen
c/o Anti-Atom-Büro
C3, 19 · 6800 Mannheim 1

TAGUNGSHÄUSER

Lernwerkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere „Lernwerkstatt" hat 29 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zimmer), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Selbst- oder Vollverpflegung (vegetarische Vollwertkost). Außerdem: Unser neuer Saal ist fertig (80 qm!!!) Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrücken, Ffm. Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 oder 1031

ANARCHISMUS

Leben ohne Zwang und Herrschaft
Anarchisten und der Anarchismus
Wochenendseminar v. 22.-26.1.90 An der Heimvolkshochschule in Bad Bevensen
Themenschwerpunkte:
Anarchismus und Feminismus
Anarchismus und Ökologie
Anarchismus und Selbstverwaltung
Anarchismus heute (Planspiel)
Kritik am Anarchismus
Anhand von Rundfunksendungen, Filmen und Texten wird kurz in anarchistische Theorien eingeführt. In Arbeitsgruppen werden die Themenschwerpunkte erarbeitet.
Preis für 4 Übernachtungen in Doppelzimmern, Vollpension: DM 160, Ermäßigte ca. 120 DM.
Info und Anmeldung: bei
Rolf Cantzen:
☎ (030) 393 61 01

SONSTIGES

Computerkurse:

I. **Das Betriebssystem MSDOS** (3./4.2.90 + 12./13.5.90) Wie funktioniert der PC? Für Leute, die am PC arbeiten und wissen möchten, wie er funktioniert. Die gängigsten Befehle (Kopieren etc.) werden an vielen praktischen Beispielen erlernt.

II. Textverarbeitung WORD 5.0 für AnfängerInnen (17./18.2.90 + 9./10.6.90) Der Kurs zeigt, wie Texte bearbeitet und gestalten werden. Keine Grundkenntnisse erförderlich!

III. **Schnupperkurs** (17./18.3.90) Was ist ein Computer? Grenzen und Möglichkeiten eines PC. Ein Kurs zum Ausprobieren und Kennenlernen.

IV. **Textverarbeitung (WORD 5.0) für Fortgeschrittene!** (7./8.4.90 + 7./8.7.90)Es werden Gebiete wie Serienbriefe, Tabellen, Druckformatvorlagen etc. behandelt.
Teilnahmegebühr: DM 250,–
Anmeldung:
Faprik gGmbH
Im Großen Ahl 35
6050 Offenbach
☎ (069) 86 99 35

ZBB

«Neuer» Rechtsradikalismus?
Ursachen, Hintergründe und historische Kontinuität von Rechtsextremismus & Fremdenfeindlichkeit.
10. + 11.Feb.90 in Bamberg,
Alternat. Volkshochschule
Information + Anmeldung:
ZBB
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
☎ (089) 77 40 77

KULTUR

NETZWERK HAMBURG
Konzeption, Finanzierung und Durchführung von Veranstaltungen
Mathias Schwark berichtet und informiert über Erfahrungen der **Werkstatt 3** bei sozio-kulturellen Veranstaltungen. Zu folgenden Stichworten gibt es Informationen:
- Konzeption
  Planungsarbeiten, Zeiträume, Öffentlichkeitsarbeit/PR, ReferentInnen, Medieneinsatz
- Finanzierung
  Verträge, Steuern, GEMA- Gebühren, Mieten, Honorare.
- Durchführung
  Beachtung der Raumauswahl, Atmosphäre bei Veranstaltungen, Veranstaltungsreihen.

Termin: Sa. 10.Feb.90, 10.00-19.00h
Preis: 40,–DM
Ort: Seminarraum der Werkstatt 3, Gaußstr. 25, 1.OG
Anmelden bei: Netzwerk Selbsthilfe Hamburg e.V.
Gaußstr. 17
2000 Hamburg 50

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN:

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

WIR SETZEN DAGEGEN

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

...nicht nur mit der monatlich erscheinenden „Zeitung für Selbstverwaltung", sondern auch durch Aktivitäten des CONTRASTE-Vereins zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie. So ist CONTRASTE Mitinitiatorin der geplanten europaweiten Projektemesse in Berlin 1991, wo Projekte und Betriebe aus europäischen Ländern in Ost und West den verstaubten Regeln der alten Ordnung und Unterordnung ihre Vorstellungen von anderen Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen entgegensetzen werden – phantasievoll, lautstark und uneinsichtig.

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen !

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
  (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE · Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg